

Doppelheft DM 2,-

# elan

## MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

Frankfurt/M 1 Januar/Februar 1/2 1971

1971:

### Jahr der arbeitenden Jugend

Vietnam:

### Ein VW-Bus für die FNL

Sozialdemokraten und Kommunisten:

### Todfeinde - weil die CSU es will?

Solidarität:

### Freiheit für Angela Davis

Aktion:

### Goldenes Vorhängeschloß

Säubert die Schulbücher:

### Raus mit em braunen Dreck

Bares Geld:

### So holst Du Deine Lohnsteuer zurück

D Postf. B 1240  
Enzel-Verlag  
ann 711

# Jetzt

## Aktionseinheit

# ARCHIV



D 2835 E

# elan

## MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

### HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

### CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

### STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

### GESTALTUNG

coopreative  
Jerken Diederich / Annette Welke

### REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### ZWEIGBÜRO

6104 Jugendheim a. d. B.  
Alsbacherstraße 65

### VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

### PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.  
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-  
ment DM 13,— einschl. Zustell-  
gebühr

### KONTEN

Weltkreisverlag  
Deutsche Bank Darmstadt/  
Kto.-Nr. 290 221  
Postscheckkto. Frankfurt/M.  
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:  
Hosch GmbH,  
Frankfurt/M.



# P FÜNFB SACHS HEN

### Letztes Mittel

Ich würde vorschlagen, sehr vorsichtig zu sein mit dem in unserem Bereich letzten Mittel, dem Zudrehen des „Geldhahnes“.

Heinz Westphal (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjugendministerium, zur Frage, ob die DJO weiterhin aus dem Bundesjugendplan finanziell gefördert werden könne. Westphal hat sich wiederholt gegen die Wiederaufnahme der Förderung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) gewandt. (Zitiert nach: jpd. 23. 11. 70)

### Grundübel

Vieles bleibt noch zu tun. Und das Grundübel der auf Profitstreben gegründeten kapitalistischen Gesellschaft, zu dessen Überwindung die Arbeiterjugenden von 1904 auftraten, ist noch in der Welt.

Heinz Westphal (SPD), damals Bundesvorsitzender der „Falken“, heute Parlamentarischer Staatssekretär, in „Deutsche Jugend“ Oktober 1954.

### Galgenvögel

Beim demokratischen Club e. V. Tübingen handelt es sich um einen Verein faschistischer Galgenvögel wie Gmellin, Adjutant a. D. des Gauleiters von Bratislava,

Anzeige aus „Die Welt“ 4. 12. 1970

z. Z. Oberbürgermeister von Tübingen, sowie Todenhöfer, ehemaliger hoher SS-Offizier und Duzfreund Kiesingers. Flugblatt „Rote Zelle Bosch“, Reutlingen, Oktober 1970.

### Bewährter Feind

„Der Feind steht immer noch im Osten, trotz des Moskauer Vertrages.“ Nach dieser kernigen und nach altem Muster bewährten Einleitung gab Stufz Pegel am 15. September im U-Raum einen Unterricht über sowjetische Waffengattungen. Die schlechte Bildqualität einiger sowjetischer Panzertypen entschuldigte er damit, daß die Aufnahmen von Spionen gemacht sein könnten.

Aus der unabhängigen Soldatenzeitung „Rührt Euch“, Hamburg-Fischbek, Nr. 4/70.

### Schwarzer Himmel

Der Himmel ist schwarz. Und was der Kanzler und seine Freunde für Morgenröte halten, ist die Farbe des Fahmentuchs sowjetischer Imperialgewalt, die ganz Europa bedroht.

Axel Springer in „Die Welt“ über den Warschauer Vertrag, 9. 12. 70.

### Wider die roten Kannibalen

Weil wir mit ihnen leben müssen, haben wir dafür zu sorgen, daß wir von ihnen nicht geschluckt werden.

Der Parteirat der SPD in seiner Beschlußvorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ über die Kommunisten, 16. 11. 70.

### Transportfrage

Problem des Transportes von Stückchen Bleis von der Fabrik bis in die Brust des potentiellen Feindes.

Brigadegeneral Schwartz über die Töten, zitiert nach „Welt der Arbeit“, 13. November 1970.

### Ewiges Heer

Unser treuer Kamerad Hans Ab... ist im Alter von 84 Jahren zu ewigen Heer abberufen worden. Als Gründungsmitglied der NF und immer im nationalen Lager stehend, starb er im Glauben an Deutschland.

Aus dem Anzeigenteil der „Deutschen Nachrichten“, 21. 8. 70.

### Zivilisation

Der Sozialdemokratie ist es gelungen, die kapitalistische Gesellschaft zu „zivilisieren“ und sie erträglich zu machen.

Der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Hans J. Nitschke, im „Vorwärts“, 20. 11. 70.

### Waffen

Rohrstöcke für Schule und Haus erhalten Eltern und Lehrer vom Fachgeschäft. Schreiben Sie Rückporto an Chiffre.

Anzeige in der „Neuen Gerichtszeitung“.

### Irrtum

Der Waldmann behauptet, er habe den jungen Mann mit einer Fasan verwechselt.

„Die Welt“ über einen Jagdpächter, der im Wald einen Pächter mit einer Schrotladung tötete.



## REPUBLIK FINNLAND

VERKAUFSANGEBOT

# Lieber Leser,



Horst Stuckmann, einer der Herausgeber unseres Jugendmagazins, soll mundtot gemacht werden. Eine Studentenorganisation soll politisch entmündigt werden. Das planen reaktionäre Kreise in der evangelischen Kirche Hessen-Nassau.

Was ist geschehen? Eine maoistische Gruppe, die den Namen KJVD angenommen hat, suchte in Mainz einen Veranstaltungsraum. Sie beantragte auch im Evangelischen Studentenzentrum einen Raum, unterließ es aber abzuwarten, ob ihrem Antrag zugestimmt wurde. So erschreckten Plakate mit Stalin- und Mao-Bildnissen und mit Einladungen ins Evangelische Studentenzentrum einige biedere Bürger.

Eine Bagatelle? Gewiß, nicht der Rede wert. Ein Telefonanruf bei Pfarrer Stuckmann hätte der Kirchenbehörde Klarheit verschafft. Aber Klarheit wollte man dort offenbar nicht – vielmehr wünschten einige Kirchenoberen, angestachelt von frömmelnden CDU-Intriganten, der Studentengemeinde (ESG) eins auszuwischen. Der ESG wurden Anweisungen gegeben, welcher Gruppe sie einen Raum geben darf und welcher nicht.

Die ESG, die sich als Teil der um demokratische Veränderungen kämpfenden Bewegung versteht, mußte ein solches Verhalten einer Behörde als Versuch werten, die Zusammenarbeit der progressiven Gruppen zu stören und die politische Selbständigkeit der kritischen Studenten aufzuheben. Sie reagierte mit Flugblättern, in denen die „Aussperrung progressiver Gruppen aus der Kirche“ als Werk jener Rechtsbewegung gekennzeichnet wird, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft breitmacht. Die ESG: „Die Arbeitsmöglichkeiten progressiver Pfarrer und Theologen werden rechtsradikal beschnitten.“ Und: „Kurz vor einem neuen ‚1933‘ reicht die Kirche in der selben Blindheit wiederum den Kräften in Politik und Wirtschaft die Hand, welche dem Nationalsozialismus zum Durchbruch verhalfen.“

Eine solche klare Abfuhr durch ihre Theolo-

giestudenten brachte gewisse Kreise in der Kirchenleitung nun vollends in Harnisch. Sie richteten jetzt ihren Zorn gegen Studentenfarrer Stuckmann, dem sie vorwarfen, er habe die Flugblätter mitverfaßt – was nicht stimmt – oder doch ihre Verbreitung nicht verhindert – wozu sich Horst Stuckmann bekennt: „Ein Studentenfarrer hat erwachsenen Menschen gegenüber keine Polizeifunktion und ist auch nicht deren Vorgesetzter.“

Spätestens als in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ von anonymer Seite lancierte Artikel erschienen („Studentenfarrer im Zwielicht“), in denen der Eindruck erzeugt wurde, als habe mit Stuckmanns Dienstantritt im September 1970 eine allgemeine kommunistische Unterwanderung der ESG begonnen, spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde klar, daß ein billiger Anlaß genutzt werden sollte, um den engagierten Linken, das Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Friedens-Union und Mitherausgeber des „elan“, Horst Stuckmann, abzuschließen. Am 4. Dezember wurde gegen Horst Stuckmann ein Beurlaubungsverfahren eingeleitet, das Mitte Januar entschieden werden soll. Stuckmann wurde aufgefordert, sich von den Flugblättern und damit von den Studenten zu distanzieren.

Aber Stuckmann läßt sich nicht von den Studenten trennen. Er lehnt es ab, sie zu disziplinieren, sie anzupassen.

Die Evangelische Studentengemeinde Mainz hält zu ihrem Pfarrer. Die ESG fühlt sich als politische Gemeinde wie Pfarrer Stuckmann sein Amt als politisches Mandat versteht. Horst Stuckmann ist immer für die Selbständigkeit der demokratischen Jugendbewegung, gegen Gängelband, politische Vormundschaft und staatliche Repression aufgetreten. Davon läßt er sich bei seiner Arbeit für diese Zeitschrift ebenso wie für die ESG leiten. Horst Stuckmann in seiner Ansprache beim Semestereröffnungsgottesdienst: „Die Studentengemeinde gehört zur Gesamtkirche, soweit und so entschlossen diese auf Befreiung der Menschen gerichtet ist.“

Wo unter Mißbrauch des Begriffes Christ (CDU, CSU, christliches Abendland usw.) die Ausbeutung und Unterdrückung voranschreiten, da stellen sich Mitbürger wie Horst Stuckmann und seine Freunde von der ESG dem mutig in den Weg.

Niemand von uns darf sie jetzt im Stich lassen!

(Die Anschrift für Solidaritätsschreiben an die ESG Mainz und Pfarrer Stuckmann: 65 Mainz, Am Gonsenheimer Spieß 1) Herzlichst

*Milich Jundes*

# INHALT

1971 – Jahr der arbeitenden Jugend	4
Lohnsteuer Keinen Pfennig zuviel zahlen	13
Olympia Noch 600 Tage bis München	16
Westberlin Westdeutsche Gastarbeiter am Kudamm	29
Internationales Entreißt sie den Henkern Vietnam: Solidarität hilft siegen Bei den Mädchen in Saint Denis FDJ intern	38 52 54 58
Sozialdemokraten und Kommunisten Kurt Bachmann antwortet elan-Lesern	48
Bundeswehr Ein Minister, neun Soldaten und die Verträge von Moskau und Warschau	60
elan-Kurzgeschichte Schnellimbiß	20
Kultur Udo 70 Filmtage in Leipzig Aktion Sauberes Schulbuch BILD-lich gesprochen	29 56 62 68
Jugendpolitische Blätter	33
elan-Polit-Poster Reiner Hachfeld: Würfelspiel Rettet Angela Davis Arno Ploog: Comic	8 36 72
Monats-Magazin	4
Witze	47
Leser-Post	66

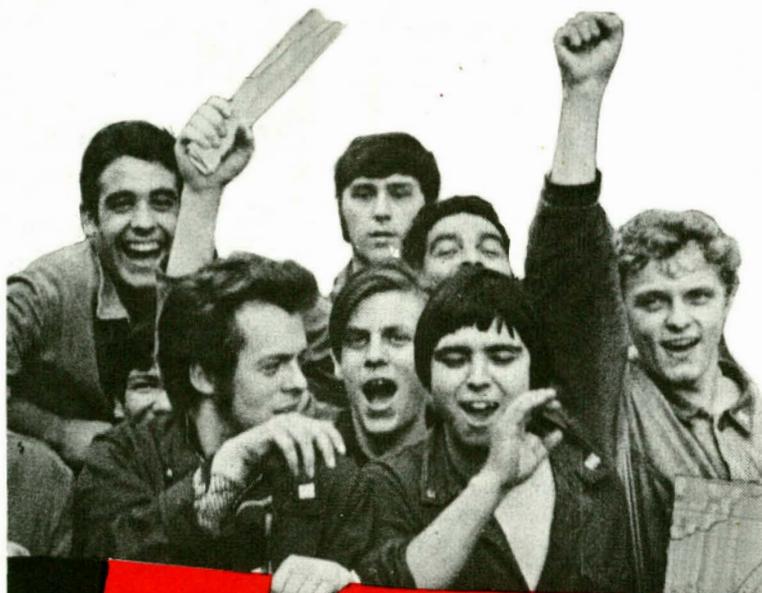
Diese Ausgabe erscheint als Doppelseite.

Die nächste Ausgabe liegt am 1. März 1971 in normalem Umfang vor.

Stammkapital der Weltkreis Verlag GmbH:

DM 31.500,-. Teilhaber: Werner Weismantel, Jugendheim a.d.B. (DM 10.500,-), Karl Heinz Schröder, Offenbach/M., (DM 10.500,-) Werner Maletz, Esser (DM 10.500,-).

Fotos: ap (4), Bartels (1), dpa (4), Hollmann (1), Keystone (1), Rose (13), Rossenbach (5), Scholz (1), Schröder (3), Silberzahn (1), Tripp (1).



# 1971

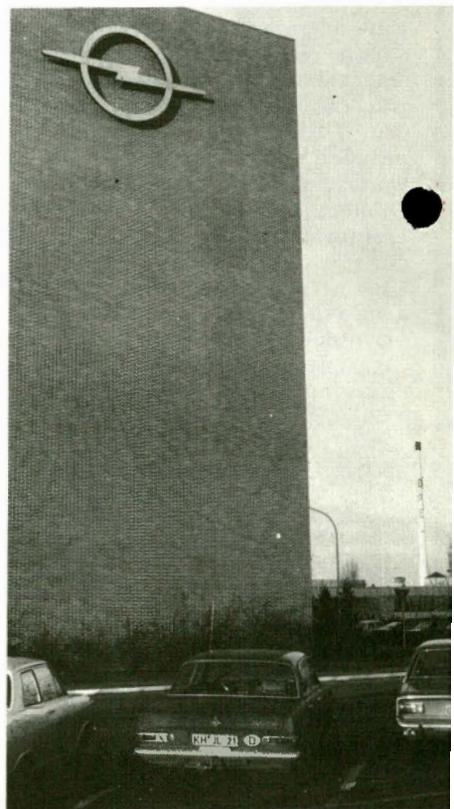
## Jahr der arbeitenden Jugend

Lehrlinge 1970 - das waren die selbstbewußtesten Lehrlinge, die es je gab. Junge Leute zerrten die Bosse symbolisch vor Gericht, vor Arbeiterjugendtribunale. Junge Arbeiter kämpften in der Tarifbewegung. Mit über 60 Lehrlingszeitungen durchbrachen sie von Meinungsmachern aufgebaute Tabus. Die Bewegung der jungen Arbeiter und

Lehrlinge ist nicht mehr zu übersehen, und vieles spricht dafür, daß sie 1971 weiter anwachsen wird. Denn: Die Alleinherrschaft der Unternehmer, ihre Macht, ist ungebrochen. Die Gewerkschaftsjugend hat zum Jahr der arbeitenden Jugend aufgerufen. Lehrlinge und Jungarbeiter rüsten sich zu neuen Aktionen. Wie - das lest ihr auf diesen Seiten.

## Zum Beispiel Opel- Rüsselsheim

Rüsselsheim — eine Stadt, die von Opel geprägt ist. Überall Hinweisschilder auf die verschiedensten Werkteile, in den Straßen fast nur Kadetts, Rekords und andere Opel-Fabrikate, es gibt einen Opelplatz, und im Bahnhofsgebäude sind Opelmodelle aus verschiedenen Jahrzehnten abgebildet. Selbst der Platz vor diesem Bahnhof gehört nicht der Bundesbahn — wie sonst üblich —, sondern ist ein Opel-Privatparkplatz, auf dem die Opel-Werkpolizei den Verkehr regelt. Opel nichts als Opel.



„Das Jahr des jungen Arbeitnehmers soll kein Jahr für, sondern ein Jahr des jungen Arbeitnehmers sein“. Was bedeutet diese Äußerung des DGB-Bundesjugendsekretärs Walter Haas für die über 100 Lehrlinge und Tausende Jungarbeiter in dem riesigen Werk des amerikanischen Konzerns General Motors zwischen Frankfurt und Darmstadt? Welche Probleme haben die jungen Leute, die Tag für Tag morgens um halb acht durch das große Haupttor in ihre Abteilungen verschwinden, bis sie nachmittags um halb fünf „ihrer“ Firmen Rücken kehren können? Welche Aufgaben stellt sich die Jugendvertretung in diesem Jahr der arbeitenden Jugend? Wir fragten Lehrlinge und Jugendvertreter von Opel, wo sie der Schuh drückt.

Einer der ersten, den wir ansprachen, schilderte seine Lage bei Opel mit den Worten: „Wir brauchen zwar keine Brötchen zu holen, aber dafür macht einem die Maschine eines Großbetriebes zu schaffen. Schon am ersten Tag bekommt man klargestellt, was Betriebshierarchie ist, vom Meister zum Obermeister bis zum höchsten Gott. Entweder man paßt sich an oder man wehrt sich dagegen, die ganze Zeit eingeperrt zu sein.“ Und einer seiner Kollegen pflichtet ihm bei: „Wenn der Obermeister kommt, wird halb gezittert, wenn der Werkstatteleiter kommt, ganz!“

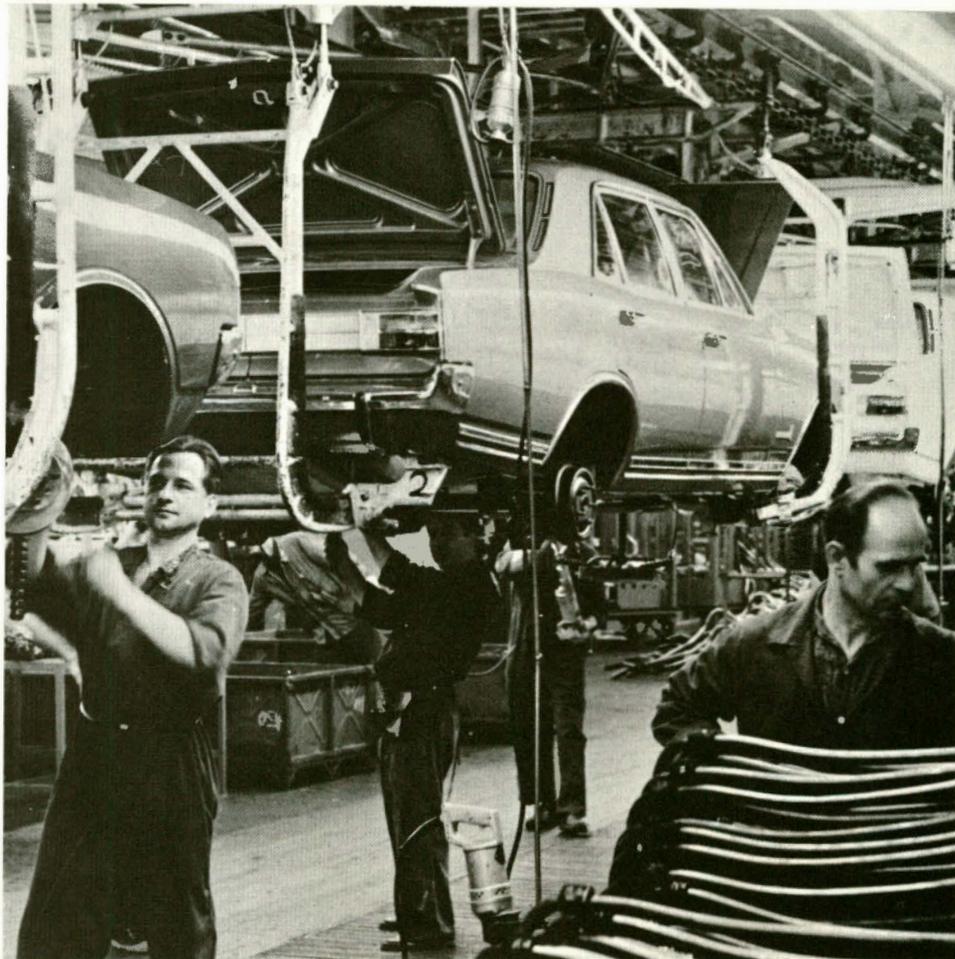
Bis jetzt ist die „große“ Lehrlingsbewegung in Opel vorbeigegangen. Aber solche Äußerungen – sicher nicht repräsentativ für alle Lehrlinge – deuten schon auf das wachsende Bewußtsein auch unter diesen Lehrlingen hin.

### „Bitte keine Namen veröffentlichen“

Bei diesem ersten Gespräch erfahren wir gleich noch etwas Bezeichnendes. Wir werden später immer wieder darauf stoßen. Die beiden Lehrlinge bitten uns, auf keinen Fall ihre Namen zu veröffentlichen. Sie fürchten den langen Arm Opels. Die andere Seite der Medaille „Betriebshierarchie“.

Bei Opel werden die Lehrlinge in „traditionellen“ Berufen ausgebildet: Werkzeugmacher, Maschinenschlosser, Dreher, Fräser, Polsterer, Elektriker, Betriebsschlosser und Modelltischler. Ein Werkzeugmacher-Lehrling weiß zu berichten: „Es gibt eine richtige Rangfolge bei den Berufen. Obenan stehen Werkzeugmacher und Maschinenschlosser. Die letzten sind Betriebsschlosser und Polsterer. Die mit den besten Zeugnissen werden auch in den obersten Berufen ausgebildet. Wir haben aber den Verdacht, daß Opel die Maßstäbe willkürlich oder auch nach Bedarf anlegt. Als ich eingestellt wurde, galt für Werkzeugmacher eine Mindestdurchschnittsnote von 2,5. Heute liegt sie schon über drei.“

Da Opel Werkzeugmacher braucht, ist die Grenze heruntergesetzt worden.“ Sein Kollege bestätigt das und fügt noch hinzu: „Ein Kollege von



uns wollte ursprünglich Werkzeugmacher werden. Doch er bekam einen Brief von Opel, daß man im Moment keine braucht, und er soll doch Polsterer werden.“

Auch in der Richtlinie Nr. 400 der Personal- und Sozialabteilung von Opel heißt es: „Die jährliche Einstellungszahl (von Auszubildenden) richtet sich nach dem künftigen Bedarf der Betriebsabteilungen an auszubildenden Fachkräften . . .“.

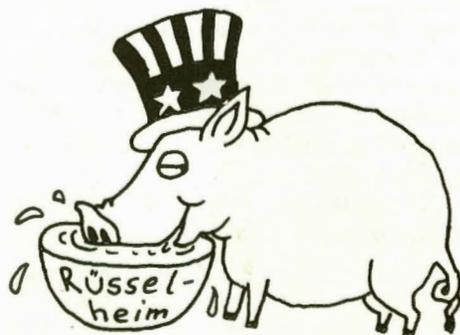
Der Krupp-Stufenplan ist den Opel-Lehrlingen zwar unbekannt. Aber die Ausbildung nur für den werkseigenen Bedarf – die kennen auch sie.

Opel hat eine eigene Lehrwerkstatt und auch eine eigene (staatlich anerkannte) Be-

rufsschule. Wie sieht es dort aus? Lassen wir die Lehrlinge berichten.

### „Außer Hammer und Feile habe ich noch nie ein Werkzeug gesehen“

„Die Lehrwerkstatt bekommt immer Aufträge von anderen Betriebsteilen. Wir müssen oft immer dieselben Arbeiten wiederholen, z.B. in hundert verschiedene Teile Zahlen einschlagen oder dauernd Federgreifer feilen. Wir sind sogar so fest eingeplant, daß wir eine bestimmte Zeit vorgegeben bekommen, in der wir die Arbeit schaffen müssen. Werden wir nicht fertig, bekommen wir einen Anschuß. Unsere Arbeit wird den anderen Abteilungen zum normalen Facharbeiterlohn berechnet. Wir selbst aber bekommen nur unsere paar Mark Ausbildungsvergütung.“ Seine Kollegen unterbrechen ihn mit Zwischenrufen. Daraus läßt sich nur heraushören: „Als Maschinenschlosser im dritten Jahr feile ich heute noch. Ab und zu darf ich mal einen Motor auseinandernehmen!“ – „Die Amerikaner (denen der Konzern gehört) wollen Facharbeiter haben, aber mit Lehrlingsausbildung wollen sie nichts zu tun haben!“ – „Ich bin Werkzeugmacher im dritten Lehrjahr und habe noch nie ein Werkzeug gesehen – außer Hammer und Feile!“



# Zum Beispiel Opel-Rüsselsheim



– „Die behaupten immer, ein Lehrling kostet im Jahr 6000 Mark. Ich glaube aber nicht, daß die Lehrwerkstatt ein Zuschußbetrieb ist.“

Wir fragen, ob sie denn schon mal Vorschläge für eine bessere Ausbildung gemacht hätten. „Ja natürlich!“, ergreift der erste wieder das Wort. „Die Maschinen Schlosser machen zum Beispiel alle einen Drehlehrgang. Da müssen sie Führungssäulen bis ein paar zehntel Millimeter vor Maß abschrubben – manchmal bis zu sechs Wochen lang. Da kam der Vorschlag, daß ein extra Lehrgang gemacht wird, in dem der ganze Arbeitsgang durchgenommen wird. Doch die Antwort war: ‚Keine Zeit‘. Außerdem wären zu viele Aufträge da, die von der Lehrwerkstatt erfüllt werden müssen. Lehrwerkstattstunden sind eben billiger als Facharbeiterstunden. Außerdem wird gesagt, das haben wir schon fünfzig Jahre so gemacht.“

## „Entweder man wird Sekretärin oder überhaupt nichts“

Ein Mädchen, Bürokaufmannslehrling, meldet sich zu Wort: „Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß meine Ausbildung besser wäre, z.B. außerbetrieblich und höchstens ein Jahr Betriebspraktikum. Es gibt viele Büros, die uns als vollwertige Arbeitskraft betrachten. Die Chefs fühlen sich oft als kleine Halbgötter. Sie brüllen rum, und wir sind praktisch der Blitzableiter. Wir haben seit 50 Jahren noch keine Frau in leitenden Positionen gehabt. Und das soll so bleiben. Das berufliche Fortkommen der Frauen wird behindert. Eine Freundin von mir ist Betriebswirtschaftsstudentin. Sie wollte eine entsprechende Einstellung haben. Doch nach vielen Versuchen hat sie aufgegeben. Entweder man wird Sekretärin oder überhaupt nichts.“

Die Schlußfolgerungen aus diesen Aussagen zogen die Lehrlinge selbst: „Wenn nicht dauernd die Routinearbeit wäre, könnte man sogar eine richtige Ausbildung machen.“ – „Nach dem Geld, was Opel hat, könnte er viel mehr tun.“ Und: „Die Ausbildung ist nicht für die Zukunft, mehr für vorgestern.“

Zum „neuen“ Berufsbildungsgesetz hörten wir nur den einen Kommentar: „Das ist ein Scheiß-Gesetz, wo der alte Dreck nur neu verpackt wird. Wir brauchen ein neues.“ Doch selbst an dieses „Scheiß-Gesetz“ hält sich Opel nicht: „Wir müssen unsere Hefte und Bücher selbst bezahlen, und unsere Berichte müssen wir immer noch zu Hause schreiben.“

Wie sieht es mit der Mitbestimmung der Jugendlichen aus? Das wollten wir von den Jugendvertretern wissen. Einer dämpfte sofort unsere Erwartungen: „Wir Jugendvertreter haben überhaupt kein Mitbestimmungsrecht. Wir dürfen nur bitten. Wir haben zum Beispiel mal einen Raum für die Wochenberichtscharung gefordert. Bis jetzt findet sie in einem Speisesaal statt. Da ist eine fürchterliche Akustik und außerdem sind zwei Gruppen in einem Raum. Doch es blieb alles beim alten.“ Ein anderer Jugendvertreter berichtet von seinen Schwierigkeiten: „Wir haben keinen eigenen Raum für die Jugendvertretung. Außerdem sind für über 800 Lehrlinge fünf Jugendvertreter viel zu wenig. Da kann man sich überhaupt nicht um alles kümmern. Vielleicht wäre es gut, wenn die Jugendvertretung eine regelmäßige Sprechstunde einrichten könnte.“

## „Wir haben uns für 1971 viel vorgenommen“

Auf gewerkschaftliche Jugendarbeit angesprochen, meinte der andere Jugendvertreter: „Da gibt es noch einige Schwierigkei-

ten. Wir haben uns für 1971 vorgenommen einen Jugendvertrauensleutkörper aufzubauen. Auch der Aufbau einer IG Metal Jugendgruppe gäbe uns bessere Möglichkeiten, unsere Ziele durchzusetzen. Außerdem gibt es in Rüsselsheim keinen IG-Metal Jugendsekretär.“

Der andere: „Man müßte von gesetzlicher Seite mehr für die Jugendvertreter tun, mehr Rechte, z.B. daß wir an Sitzungen teilnehmen und Kündigungsschutz, Kontrolle der Jugendvertretung über Berufsausbildung usw.“

Auf ein anderes Thema, die vergangene Tarifbewegung, angesprochen, meinte sein Kollege: „Viele Lehrlinge hätten gerne mitgestreikt. Eigentlich müßten auch Lehrlinge ein Streikrecht haben. In der nächsten Tarifrunde werden wir anstreben, daß die Altersstaffelung endlich wegfällt. Wir fordern auch eine Angleichung der Ausbildungsvergütung an die Facharbeiterlöhne, d.h. den Prozenttarif.“

Abschließend meinte der andere Jugendvertreter: „Es gibt noch eine Sache. Immer wieder müssen wir erleben, daß unsere Kenntnisse nicht ausreichen. Es müßte einen gesetzlichen Bildungsurlaub geben, damit wir unsere Lücken auffüllen können.“

Die Lehrlinge und Jugendvertreter machten viele Vorschläge. Doch sie haben erkannt, daß es auch bei Opel bestimmte Barrieren gibt, die die Durchsetzung solcher Forderungen verhindern. Ein Lehrling sagte zu uns: „Wenn die uns eine anständige Ausbildung geben würden, könnten sie ja nicht so viel verdienen. Sie hängen doch zwar nicht an die große Glocke, aber in der Zeitung hats ja gestanden. 43 Prozent Dividende sind voriges Jahr nach Amerika gegangen, das sind über 400 Millionen Mark. Junge Arbeiter beginnen zu erkennen, daß sie für die Durchsetzung ihrer Interessen ein System antasten müssen, in dem ein Opelarbeiter in einer 45-Stunden-Woche nur 20 Stunden für seinen Lohn, aber 25 Stunden für den Profit von General Motors arbeitet. Und das ist die größte Gefahr für die Bosse, nicht nur bei Opel.“

Wolfgang Bartels

Zeichnungen: Reiner Hachfeld



# Die Kampfkasse stimmte

## Aktie für Aktionen

„Die Idee ist Klasse, aber das kostet 'ne Stange Geld. Woher nehmen, die nächste Miete haben wir auch noch nicht zusammen.“ Peters Einwand bremste die allgemeine Begeisterung etwas, die sich an diesem Abend im Dortmunder SDAJ-Zentrum breitmachte. Und das lag an einer Idee, die Hans geäußert hatte: „Seit einem Jahr haben wir uns am Hoesch-Konzern festgebissen. Wir haben ziemlich regelmäßig den ‚Lehr-Links-Info‘ herausgegeben und der ist bei den Hoesch-Lehrlingen gut angekommen. Jetzt setzen wir einen Höhepunkt: wir machen ein Tribunal gegen den Hoesch-Konzern, bei dem die Lehrlinge des Konzerns die Richter sind.“ Aber ein Tribunal – das war allen in der Runde klar – kostet Geld. Da müssen Plakate und Flugblätter gedruckt werden, Saalmiete und Betriebszeitungen sind ebenfalls zu bezahlen. Außerdem war noch vorgeschlagen, ein Heft „Zukunft der Ausbildungsberufe bei Hoesch“ zu drucken, also eine Analyse der einzelnen Lehrberufe. Für einen Jugendverband, der nur von den Beiträgen und Spenden seiner

Mitglieder und Freunde lebt, eine gewaltige Aufgabe.

Doch wo gemeinsam beraten wird, wo intensiv von allen geknobbelt wird, wo die Vorbereitung einer politischen Aktion nicht ein Einmann-Unternehmen ist, da gibt es auch Ideen. Die zündende der Dortmunder: „Wir kaufen uns eine Hoesch-Aktie. Nach dem Börsenbericht kostet die im Moment ungefähr 65 Mark. Diese Aktie verwenden wir als Druckvorlage – nachdem wir den Text etwas verändert haben. Wo ‚Aktie‘ steht, setzen wir ‚Anti-Aktie‘ ein. Und dann als Text: ‚Für die Überführung des Hoesch-Konzerns in Gemeineigentum gemäß Artikel 24 der Landesverfassung von NRW‘. Außerdem drucken wir noch drauf ‚Arbeiterjugend gegen Hoesch‘. Diese Aktien müßten einen Wert von 5 und 10 Mark haben. Ich meine, das ist ein Gag, der sich verkaufen läßt. Wir hauen potentielle Spender nicht nur um Geld an, sondern wir bieten dafür auch als Gegenleistung einen Druck, den man sich zum Beispiel an die Wand nageln kann. Außerdem können wir mit dieser Anti-Aktie natürlich auch viel leichter an andere herantreten, die bisher nicht zu unseren Spendern gehörten.“

Gesagt, getan. Hans wurde für einige Tage Hoesch-Aktionär. Nachdem die Druckerei die Aktie als Vorlage verwendet hatte, gab Hans das Besitzbürgerdasein wieder auf, und die Aktie ging an die Bank zurück. Den größten Teil des Geldes für die Aktie bekam er zurück, ganze drei Mark gingen als Kosten (für Bankgebühren und Kursveränderung) drauf. Mit der Anti-Aktie wurden viele Brieftaschen geöffnet – sie wurde zu einem vollen Erfolg. Alle Kosten – die durch das Tribunal gegen Hoesch entstanden – konnten mit den Einnahmen gedeckt werden. Die finanzielle Absicherung – entstanden aus einer guten

Idee – wurde Grundlage des politischen Erfolges. Hans meint: „Wir müssen immer daran denken, daß der Kampf um Geld nicht irgendeine Nebensächlichkeit ist, sondern eine politische Aktion.“

Der politische Erfolg wurde den Dortmundern nicht geschenkt. Immer wieder spürten sie, daß dieses Tribunal dem stadtbeherrschenden Hoesch-Konzern weh tat. Plötzlich weigerten sich alle Vermieter von Sälen, der SDAJ einen Raum zur Verfügung zu stellen. Plötzlich schwieg sich die Dortmunder Lokalpresse – die ansonsten häufig und gern über die Aktivitäten der SDAJ berichtet – aus. Doch SDAJ-ler und Hoesch-Lehrlinge ließen sich nicht einschüchtern. Das Tribunal wurde auf die Straße verlegt: vor die Tore der beiden Lehrwerkstätten des Konzerns. Hier bekamen die Lehrlinge Stimmzettel, mit denen sie darüber befinden konnten, ob

- + die Berufsausbildung bei Hoesch auf die Zukunft orientiert ist;
- + Lehrlinge durch produktive Hilfsarbeiten ausgebeutet werden;
- + Jugendvertreter und Arbeiterjugend bei Hoesch mitbestimmen können.

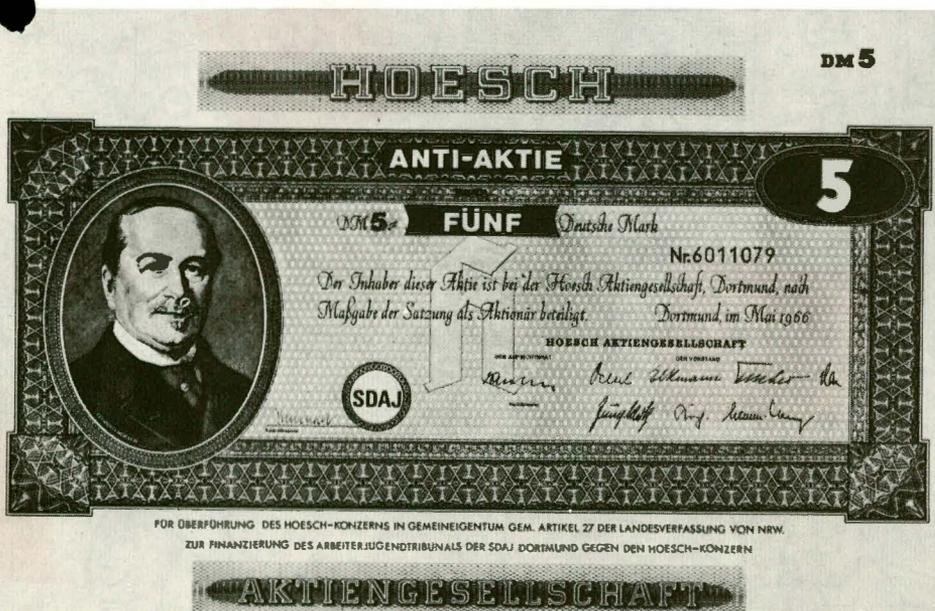
80 % der Lehrlinge beteiligten sich an der Abstimmung und 73% stellten fest, daß die Hoesch-Berufsausbildung nicht zukunftsorientiert ist; daß Hoesch-Lehrlinge durch produktive Hilfsarbeiten ausgebeutet werden und daß es keine Mitbestimmung gibt. In Dortmund gegen die Hoesch-Bosse aufzutreten, erfordert Courage. Die Hoesch-Lehrlinge haben sie. Werner Winter

## Das lehrte Düsseldorf

### Mit den Lehrlingen für die Lehrlinge

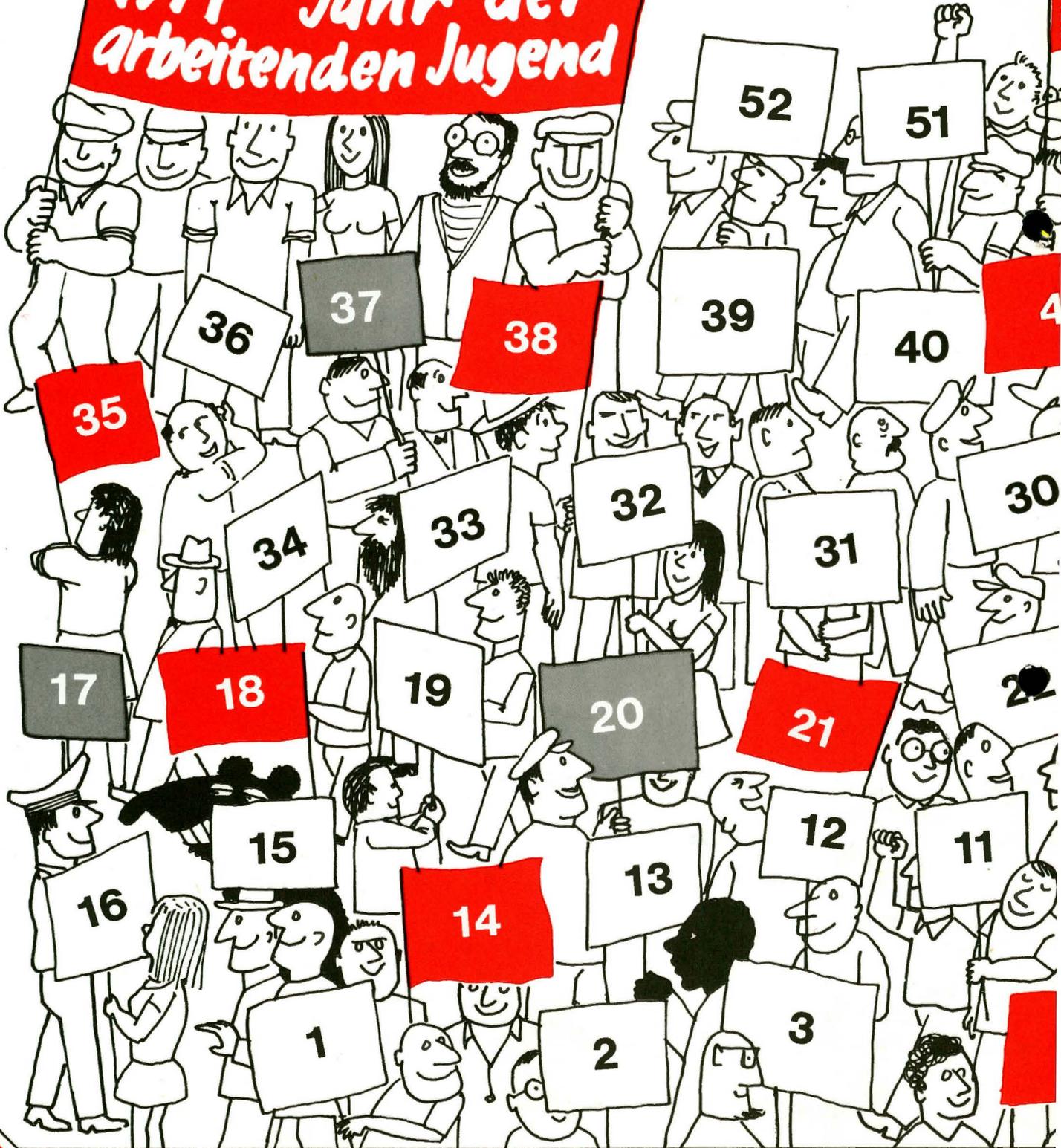
In der Presse heftig umstritten ist der Lehrlingskongreß der Jungsozialisten (am 28./29.11.70 in der Düsseldorfer Kongreßhalle). Für die rechten Strategen in der Bonner SPD-Baracke und für die Springer-Presse war er Startsignal einer großangelegten Kampagne gegen die Jusos. Das Auftreten linkssektiererischer Gruppen, die in den Jusos ihren Hauptfeind sehen, gab den rechten Kräften den Vorwand, gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunisten vom Leder zu ziehen.

Fortsetzung Seite 10

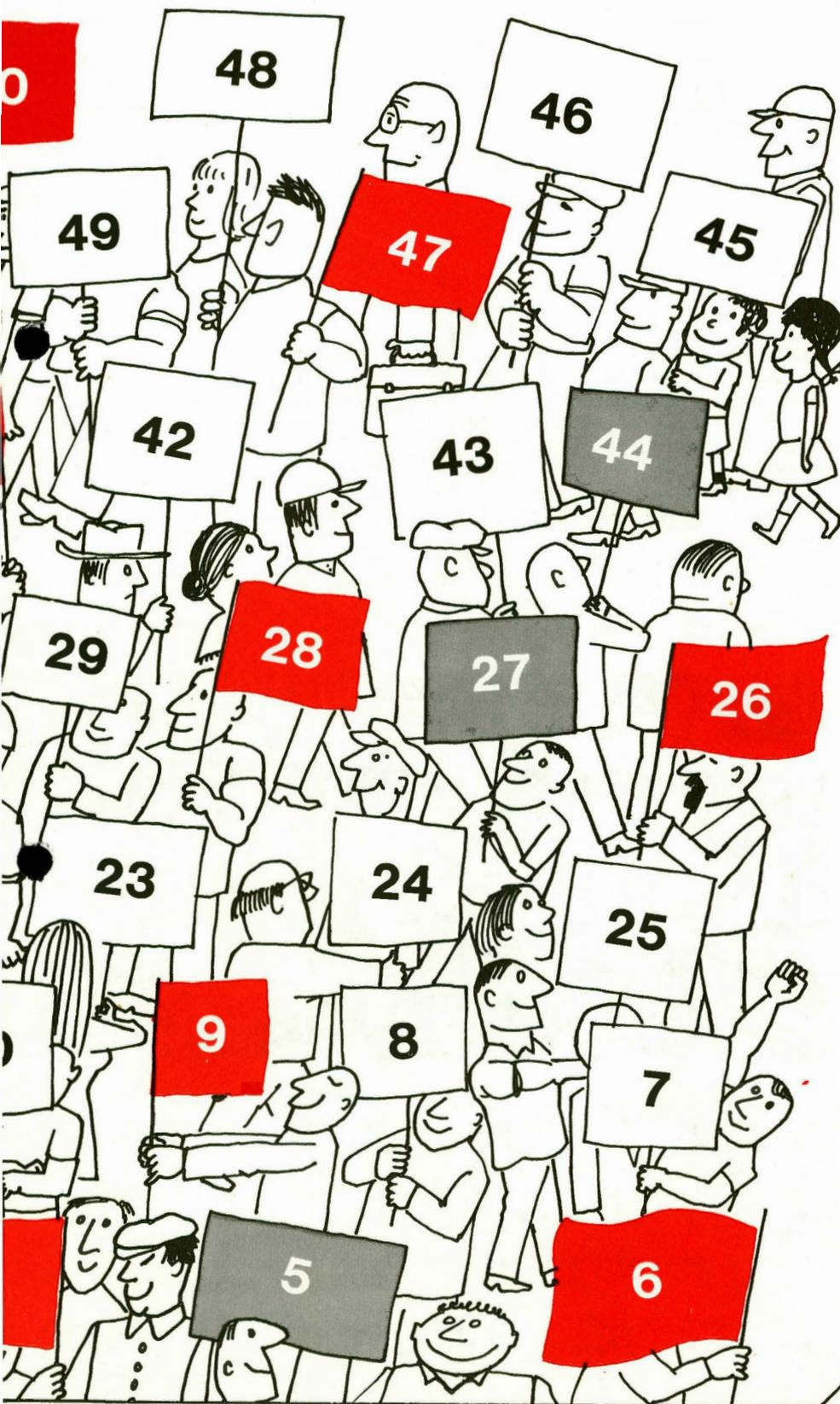


Dies ist ein Würfelspiel. Es geht um das Jahr der arbeitenden Jugend. In diesen 52 Wochen wird sich eine Menge tun, sicherlich mehr, als auf diese zwei Seiten angedeutet ist. Nun wünschen wir

# 1971 - Jahr der arbeitenden Jugend



uch, daß ihr einen Würfelbecher zur Hand habt und erfolgreicher seid als elan-Chefredakteur Ulrich Sander, der beim Redaktions-Testwürfel einmal auf Feld 1 zurückkehren mußte und aufgab.



Zeichnung: Rainer Hachfeld

## Rote Felder

**4** Dein Bundestagsabgeordneter lehnt es ab, sich für ein neues Berufsbildungsgesetz einzusetzen. Du organisierst ein Go-In bei ihm, um ihm die Meinung der Arbeiterjugend klarzumachen. 3 vorrücken

**6** Moskauer Vertrag noch immer nicht ratifiziert. Mit der Gewerkschaftsjugend sammelst du Unterschriften für die Ratifizierung und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. 7 vorrücken.

**9** Du hast dich im Betrieb besonders hervorgetan, um ein gutes Verhältnis zu den ausländischen Kollegen herzustellen. 3 vorrücken

**14** Betriebsvereinbarung über bessere Berufsausbildung durchgesetzt. Der Jugendvertreter bestimmt jetzt über die Ausbildung mit. 5 vorrücken

**18** Minister Schmidt lehnt die Verkürzung der Wehrpflichtzeit und die Verringerung der Rüstungsausgaben weiterhin ab. Aus Protest organisierst du eine Flugblattverteilung mit der Wehrpflichtigenstudie „Soldat '70“. Richtig! 6 vorrücken

**21** 1. Mai! Wenige Tage später: Außerordentlicher DGB-Kongreß. Die Jugend im DGB erhält größeres Mitspracherecht. 3 vorrücken

**26** Das Volljährigkeitsalter wird vom Bundestag auf Grund der Forderungen und Aktionen der Arbeiterjugend auf 18 Jahre herabgesetzt. 10 vorrücken.

**28** 13. 8.: 100. Geburtstag von Karl Liebknecht, dem Begründer der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. 3 vorrücken

**35** September: Tarifverhandlungen — Streik! Es geht um gleichen Lohn der Jugendlichen und Frauen bei gleicher Arbeit. 4 vorrücken

**38** An Demonstration zum Antikriegstag (1. 9.) teilgenommen. 4 vorrücken

**41** November: DGB-Bundesjugendkonferenz in Dortmund beschließt Jugendpolitisches Sofortprogramm. Du setzt einmal zum Studium der Beschlüsse aus und rückst mit Schwung 10 vor.

**47** Die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) wird aus dem Stadtjugendring ausgeschlossen. 5 vorrücken

**50** Du hast 5 neue Abonnenten unter deinen Kollegen für elan geworben. Vorrücken zum Ziel. Herzlichen Glückwunsch!

## Graue Felder

**5** Entgegen dem Jugendarbeitsschutzgesetz wurde Akkordarbeit Jugendlichen im Betrieb geduldet. 4 zurück

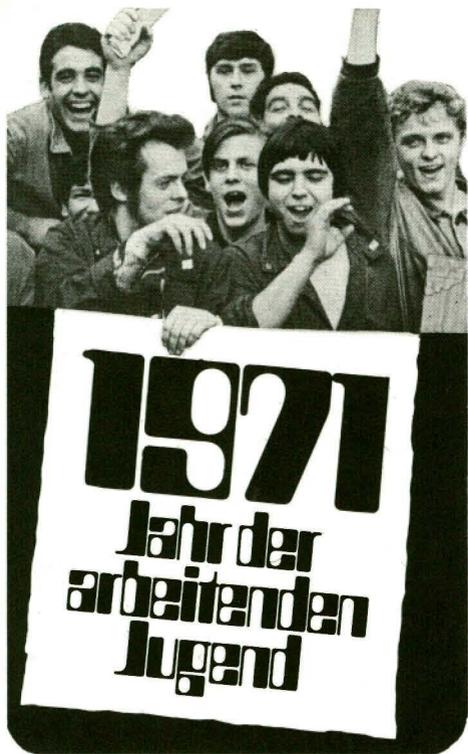
**17** Dein Betriebsjugendvertreter wird entlassen. Du organisierst keine Protestaktion. 10 zurück

**20** Zur Freude von Strauss bestätigt die SPD-Führung ihre Anti-Kontakt-Beschlüsse gegen das einheitliche Handeln von Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten. Von vorn anfangen

**27** Die Unternehmer gewähren immer noch keinen Mindesturlaub von 30 Tagen für alle Jugendlichen. 3mal aussetzen

**37** 9. 8.: Jugendarbeitsschutzgesetz elf Jahre alt. Du überlegst, was gegen die zahlreichen Verstöße gegen das Gesetz zu tun ist und wie wir zu einem besseren Gesetz kommen. 2mal aussetzen

**44** Gemeinsame Aktion der Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Falken und Naturfreundejugend gegen CSU-Freundeskreise und andere neonazistische Vereine wie „Aktion Widerstand“ kommt in deinem Heimatort nicht zustande. Die Reaktion triumphiert. 10 zurück.



#### Fortsetzung von Seite 7

Was war in Düsseldorf wirklich los? Hier sind zwei Stellungnahmen:

**Dr. Eberhard Schmidt, Pressesprecher der Jusos:**

„Die Befürchtungen, die wir vor dem Lehrlingskongreß der Jungsozialisten zum Ausdruck gebracht haben, sind leider zu einem guten Teil bestätigt worden. In den Plenardebatten des Kongresses versuchten KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands – Marxisten/Leninisten), Spartacus (Trotzkisten) und Junge Garde (Trotzkisten lambertistischer Tendenz), die in beachtlicher Zahl den Saal bevölkerten und ihm durch das beständige Schwenken roter Fahnen das Kolorit einer Jahreshauptversammlung aller linken Splittergrüppchen zu geben suchten (Ein Lehrling unter dem Beifall der Mehrheit: „Die schwenken ihre Fahnen wie ihren Pimmel“), durch beständige Geschäftsordnungsdebatten und langatmige phrasenhafte Selbstdarstellungen, jede Debatte über konkrete Praxis der Lehrlingsarbeit und die Strategie dieser Arbeit zu verhindern. Dieses Bemühen nahm mitunter groteske Züge an, wenn die „Trotzkisten“ von der Jungen Garde einem Redner Beifall klatschten, der gerade wieder die Sozialfaschismustheorie der KPD von 1928 aufwärmte. Eine nicht immer geschickte Verhandlungsführung des Juso-Präsidiums und Reden, wie die des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, Norbert Gansel, der alle Gruppen pauschal zu Nationalbolschewisten stempelte, schafften dann sogar eine Solidarisierung der sich sonst bitter befehdenden Grüppchen. Wenn die Jungsozialisten

sten auch den Kongreß, entgegen manchen Presseberichterstattungen, in der Hand behielten und alle Versuche, das Präsidium abzuwählen, mißlingen, so hat sich doch gezeigt, daß ein offener Kongreß über derartige Fragen zur Zeit noch nicht oder nicht mehr möglich ist.

Aber das ist nicht die einzige oder auch nur wichtigste Konsequenz aus diesem Kongreß. Ebenso wenig wie die voreilige Schlußfolgerung des SPD-Parteivorstandes, mit Kommunisten könne man eben nicht zusammenarbeiten. Eine Formel, auf die auch ZDF-Miesgram Gerhard Löwenthal den Kongreß in seiner Mittwochabend-Nörgelei brachte: „Die Alten und Erfahrenen in der SPD haben schon recht . . .“

In den fünf Arbeitsgemeinschaften des Kongresses zeigte es sich dann, daß sachliche Diskussionen über die einzelnen Probleme der Veränderung der beruflichen Bildung und der Situation der arbeitenden Jugend durchaus möglich waren. Es zeigte sich aber auch, daß diejenigen, die in den Plenardebatten den Kongreß zu sabotieren suchten und vergeblich versucht hatten, die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften zu verhindern, in der Sache nirgends über die konkreten Vorschläge der Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend hinausweisende Perspektiven und Forderungen vorzubringen hatten.

Die Konsequenzen, die die Jungsozialisten aus diesem Kongreß gezogen haben, sind richtig. Sie werden ihre Lehrlingsarbeit am Ort weiter verstärken, vor allem in Zusam-

menarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, aber auch mit denjenigen Gruppen der außerparlamentarischen sozialistischen Opposition, die zu einer sachlichen Zusammenarbeit im Interesse der Aktivierung und Mobilisierung der Lehrlinge bereit sind.“

so teilgenommen wie Mitglieder verschiedener Gewerkschaftsjugendgruppen, von Lehrlingszentren, der SJD – Die Falken u.a. In diesen Kongreß waren die Erwartungen gesetzt, daß die Probleme der Lehrlinge und Jungarbeiter behandelt und Vorschläge für ein gemeinsames Handeln entwickelt würden. Der Kongreß hätte die Weiterentwicklung der verschiedensten Lehrlingsgruppen, für das Zusammenwirken der verschiedensten Jugendgruppen eine beachtliche Rolle spielen können.

Mitglieder der SDAJ sind in verschiedenen Arbeitsgruppen für eine sachliche und konstruktive Diskussion eingetreten. Dementsprechend beschäftigten sie sich in ihren Beiträgen uneigennützig mit den wirklichen Lehrlingsproblemen und bemühten sich um Erfahrungen, die sie bei ihren vielfältigsten Aktionen gesammelt haben, zu vermitteln. Bedauerlicher Weise haben verschiedene maoistische und trotzkistische Gruppen den Ablauf des Lehrlingskongresses empfindlich behindert und die konkrete Problemdiskussion gestört. Dieses Auftreten behindert – gewollt oder ungewollt – das Zusammenfinden der Gruppen und Gruppenierungen in der Lehrlingsbewegung, lenkt vom wahren Feind, dem Großkapital, ab und bedeutet außerdem Wasser auf die Mühlen des Großkapitals, der Springer-Presse und der rechtsreaktionären Kräfte um Franz Josef Strauß.

Wir sind überzeugt, daß weiterhin alles getan werden muß, um den Kampf für die Interessen der Arbeiter und Lehrlinge



menarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, aber auch mit denjenigen Gruppen der außerparlamentarischen sozialistischen Opposition, die zu einer sachlichen Zusammenarbeit im Interesse der Aktivierung und Mobilisierung der Lehrlinge bereit sind.“

(Auszug aus „express-international“, 11.12.70)

#### Bundesvorstand der SDAJ:

„Mitglieder der SDAJ haben am Juso-Lehrlingskongreß, der offen gestaltet war, eben-

gen das Großkapital verbessert und verstärkt führen zu können. Dies wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Masse der Lehrlinge und Jungarbeiter, die Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Schichten auf den gemeinsamen Kampf gegen das Großkapital orientieren und diesen Kampf organisieren.“

Die SDAJ-ler auf dem Juso-Lehrlingskongreß erklärten, weiter in den demokratischen Bewegungen der Lehrlinge und Schüler konstruktiv mitzuarbeiten.“ (Presseerklärung vom 29.11.70)

# Jahr des jungen Arbeitnehmers

Der Bundes-Jugendausschuß des DGB hat eine Anregung des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter aufgegriffen, wonach das Jahr 1971 zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ erklärt werden soll.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich der Bundes-Jugendausschuß (BJA) mit einem Forderungskatalog der Gewerkschaftsjugend. Die Schwerpunkte dieses Katalogs sind:

- Reform der Berufsbildung
- Mehr Rechte für Jugendvertreter
- Reform des Jugendarbeitsschutzes
- Mindesturlaub von 30 Tagen
- Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre
- Reform der gesamten Jugendgesetzgebung
- Bildungsurlaub von 15 Arbeitstagen
- Verkürzung der Wehrpflichtzeit
- Reform des Ersatzdienstes

Diese Forderungen stützen sich auf die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Jugendkonferenzen. Sie werden jedoch aktualisiert, da die seit der letzten Jugendkonferenz geführten wichtigen Diskussionen – gerade zum Problem der Berufsbildung – nicht außer acht gelassen werden dürfen.

Im Januar oder Februar 1971 soll jetzt die Programmdiskussion in allen Bereichen der Gewerkschaftsjugend (Jugendausschüsse, Lehrlingsgruppen und -zentren, „Jour fix“, Aktionskreise usw.) beginnen.

Diese Programmdiskussion, verbunden mit Aktionen der Gewerkschaftsjugend und begleitet von einer Agitationskampagne in Betrieben, Schulen und in der allgemeinen Öffentlichkeit, soll bis zur Bundes-Jugendkonferenz des DGB im November 1971 geführt werden. Da die Bundes-Jugendkonferenz das höchste beschlußfassende Organ der Gewerkschaftsjugend ist, hat diese natürlich auch die für die Jugend der Gewerkschaften bindenden Beschlüsse zu fassen.

Das „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ soll kein Jahr für, sondern ein Jahr des

jungen Arbeitnehmers sein. Entsprechend sollen auch die Initiativen und Aktivitäten von der Gewerkschaftsjugend ausgehen. Im Jahre 1971 sollen:

in allen Bereichen der Gewerkschaftsjugend Programmdiskussionen durchgeführt werden (Forderungskatalog);

parallel dazu die vielfältigsten Aktionen organisiert und durchgeführt werden;

die ohnehin stattfindenden Jugendkonferenzen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sowie der DGB-Landesbezirke in diese Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Bundes-Jugendkonferenz mit einbezogen werden;

alle Aktivitäten von Aufklärungsaktionen begleitet werden. Die Abteilung Jugend beim Bundesvorstand des DGB wird entsprechendes Informationsmaterial herausgeben.

Nur wenn sich viele, möglichst alle jugendlichen Mitglieder mit Unterstützung der Gesamtorganisation an diesem Programm beteiligen, werden wir unsere Forderungen durchsetzen können. Solidarisches und zielstrebiges Handeln führt dann zum Erfolg, wenn:

auf allen Ebenen der Gewerkschaftsjugend die Aktionen sorgfältig vorbereitet und organisiert werden;

die Aktivitäten sich an kurzfristigen und langfristigen Forderungen und Erfordernissen orientieren;

Lehrlingszentren und Jugendausschüsse noch enger als bisher zusammenarbeiten;

hinter den Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend die Kraft der Gesamtorganisation auf allen Ebenen steht.

Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB  
(aus „Solidarität“)

## Bittere Pille

### Bonner Aktionsprogramm zur Berufsbildung

„Die Bundesregierung würdigt die Bildungsleistungen der Wirtschaft.“ Wer diesen Satz in der Vorbemerkung des Aktionsprogramms der Bundesregierung für berufliche Bildung liest, kann sich die Marschroute vorstellen.

Da wird allenthalben im Lande die Rückständigkeit unserer Berufsausbildungssysteme nachgewiesen und daß die Alleinherrschaft der Unternehmer in diesem Bereich die Wurzel des Übels ist. Und zur gleichen Zeit kommt der Kniefall der Bundesregierung vor eben diesen Unternehmern und der von ihnen verursachten Ausbildungskatastrophe.

„Die Bundesregierung nimmt die Unruhe in der berufstätigen Jugend und die öffentliche Kritik an der beruflichen Bildung ernst.“ Wie ernst – das zeigt sich schon auf der folgenden Seite des Aktionsprogramms. „Durch ein neues Betriebsverfassungsgesetz sollen die Betriebsräte und die Jugendvertretungen Rechte zur Mitbestimmung und zur Mitgestaltung der beruflichen Ausbildung erhalten.“ Das hört sich

gut an – und ist doch nichts als eine Beruhigungsspielle für unruhige Lehrlinge und Jungarbeiter. Inzwischen ist der Regierungsentwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz da. Und siehe da: kein Wort von Mitbestimmung und Mitgestaltung der Jugendvertreter. Bleibt die Frage: Will Arbeitsminister Arendt die Arbeiterjugend veralbern?

Billige Phrasen zeichnen auch weitgehend das übrige Aktionsprogramm aus. So die Formulierung: „... ist ungeeigneten Auszubildenden die Ausbildungsbefugnis im Rahmen des durch das Berufsbildungsgesetz vorgesehenen Verfahrens zu entziehen.“

Das ist blanker Hohn. Denn das im BBiG vorgesehene Verfahren bedeutet letztlich, daß die Unternehmer von ihnen eingesetzte Ausbilder bei mangelnder Eignung selbst entfernen müßten. Denn das BBiG sieht ja ausdrücklich vor, daß die Unternehmer über ihre Kammern die Berufsausbildung allein beherrschen.

Schließlich versteigt sich das Aktionsprogramm gar in die irrsinnige Behauptung: „Das Berufsbildungsgesetz hat mit der Errichtung von Ausschüssen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene Ansätze für eine Demokratisierung der Berufsbildung gebracht.“ Man muß sich vorstellen: Ausschüsse, die in allen wesentlichen Fragen kein Entscheidungsrecht haben, sondern von den Unternehmerkammern abhängig sind, als „Ansätze für eine Demokratisierung“ Das ist doch ein eigenartiges Demokratieverständnis.

So ist nicht verwunderlich, daß das Aktionsprogramm in seinem realen, glaubwürdigen Teil ausschließlich technokratische Reformen vorsieht, die das vorhandene Ausbeutungssystem so lange stabilisieren werden, wie sie nicht durch echte Demokratisierung, d.h. durch Mitbestimmung der Betroffenen, ergänzt werden.

Hans-Jörg Hennecke

# Aktion „Goldenes Vorhängeschloß“



Als bei Opel in Bochum für höhere Löhne gestreikt wurde, ließ die Unternehmensleitung die Lehrlinge in der Lehrwerkstatt kurzerhand **einschließen**.

Es gibt Unternehmer, die Lehrlinge für das Huhn halten, das goldene Eier legt. Die Profite werden sorgfältig **weggeschlossen**.

Kritische Lehrlinge und junge Arbeiter gehen ihren Bossen auf die Nerven. Am liebsten würden diese Bosse den aktiven Jugendsprechern und Gewerkschaftern den Mund **verschließen**.

elan will nicht länger einseitig die Aktivitäten der Lehrlinge und Jungarbeiter loben. Deshalb hat elan für besonders aktive Unternehmer, die beispielhaf-

tes leisten, wenn es gilt, die jungen „Mitarbeiter“ in ihre Schranken zu weisen und ihnen den Mund zu verbieten, das **Goldene Vorhängeschloß** gestiftet, das für alle Wechselfälle des Unternehmerlebens wertvolle Hilfe gewährt. Macht alle mit!

Diese Auszeichnung verleihen wir auf Euren Vorschlag an die würdigsten Unternehmer. Nennt uns ihre Namen. Die Übergabe soll in feierlichem Rahmen erfolgen.

Eine Jury aus Jugendvertretern, Jugendleitern und Journalisten wird den preiswürdigsten Unternehmer des Monats zum Träger des **Goldenen Vorhängeschlosses** ernennen.

Jürgen  
Reuschel

# Schenkt dem Staat kein Geld

Die Lohnsteuer ist eine der wichtigsten Steuern, mit denen die kapitalistische Grundordnung finanziell ihren Bestand sichert. Lohnsteuern fließen in Bundes- und Länderhaushalte. Wir finanzieren damit Bundeswehr, NATO, die Entwicklungshilfe der Unternehmer, das repressive Schulsystem, die Vertriebenenverbände. Jede Aktion „Ein Stundenlohn für Vietnam“ ist unzureichend, wenn wir auf der anderen Seite nicht alles tun, um diesen Staat so wenig wie möglich Steuern zu bezahlen. Deshalb: Macht den Lohnsteuerjahresausgleich. Macht den Jahresausgleich in der Jugendgruppe. Vorschlag: Zehn Prozent der Rückzahlung sind für Vietnam.



Das Wichtigste am Lohnsteuer-Jahresausgleich ist, daß man ihn überhaupt beantragt. Jeder Steuerberater kennt diese Binsenweisheit. Drei Beispiele:

- Eberhard Kranewacker, ledig, arbeitet im Büro. Bis August hatte er 800 Mark Monatsgehalt, danach gab's Gehaltserhöhung: 900 Mark. Sein Weihnachtsgeld betrug 500 Mark. Er hat keine besonderen Ausgaben, die er dem Finanzamt präsentieren könnte. Trotzdem beantragt er den Jahresausgleich. Auf seiner Lohnsteuerkarte steht: Bruttojahresgehalt 10 500,- Mark. Lohnsteuer 1 348,40 Mark. Der Finanzbeamte rechnet:
  - Gezahlt wurden 1348,40 Mark
  - Zu zahlen sind 1325,00 Mark
  - Zu erstatten sind 23,40 MarkDieser Betrag ist der Lohn für zehn Minuten Formularausfüllen.
- Lore Schmiedeknecht war bis zum Juni bei Kollé & Co. Monatsgehalt 500 Mark.

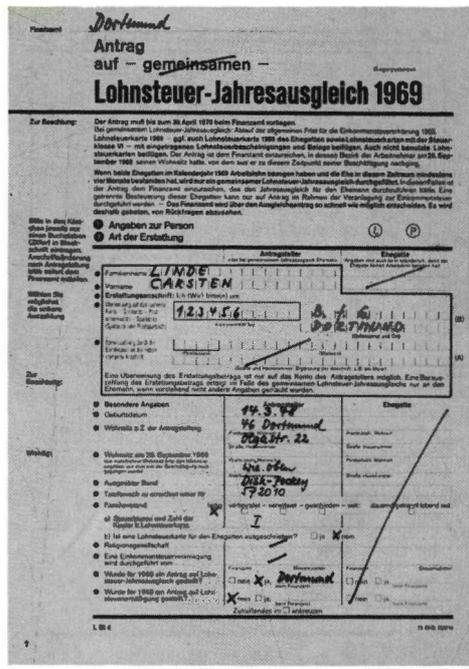
- Danach ging sie zwei Monate auf Weltreise – kein Einkommen. Seit September verdient sie einen Monatslohn von 600 Mark bei der Knispel & Knispel GmbH. So sieht – zusammengerechnet – ihre Lohnsteuerkarte am Jahresende aus: Jahresverdienst 5400,- Mark. Lohnsteuer 465,- Mark. Auch sie hat keine besonderen steuerermäßigenden Ausgaben. Trotzdem beantragt sie Jahresausgleich. Das Finanzamt rechnet:
  - Gezahlt wurden 465,- Mark
  - Zu zahlen sind 353,- Mark
  - Zu erstatten sind 112,- MarkFür das Formularausfüllen gab es den höchsten Stundenlohn, den Lore Schmiedeknecht je verdient hatte.

- Marion Wielsch war bis zum Herbst auf der Fachschule. Seit dem 1. Oktober verdient sie 600 Mark monatlich. Im Dezember gab es 100 Mark Weihnachtsgeld. Auf ihrer Lohnsteuerkarte steht: Bruttojahresverdienst 1900,- Mark.

- Lohnsteuer 179,40 Mark. Beim Jahresausgleich rechnet der Finanzbeamte:
  - Gezahlt wurden 179,40 Mark
  - Zu zahlen ist 0,00 Mark
  - Zu erstatten sind 179,40 MarkMarion freut sich. Dafür hat sich das bißchen Schreiberei gelohnt.

Wie kommt das? Ganz einfach: Die Lohnsteuer ist eigentlich eine Jahressteuer. Die monatlichen Abzüge sind sozusagen nur Vorauszahlungen, Zwölftel-Beträge auf die Jahressteuer. Wenn aber der Lohn unregelmäßig war oder wenn man gar nicht das ganze Jahr über gearbeitet hat, war die Steuer zu hoch. Was zuviel bezahlt wurde, kommt zurück – vorausgesetzt, man füllt das Formular aus.

Es gibt überhaupt nur zwei Fälle, in denen keine Steuer zurückkommt. 1. Fall: Jemand hat gar keine Lohnsteuer bezahlt. 2. Fall: Jemand hat jeden Monat gleichviel verdient, das Weihnachtsgeld betrug genau 100 Mark, und er hat keine steuerermäßi-



**Schenkt dem Staat kein Geld**

genden Ausgaben, die das Finanzamt berücksichtigen muß. Was ist zu tun? Zuerst die Lohnsteuerkarte 1970 vom Lohnbüro kommen lassen. Lohnsteuer bezahlt? Ja? Dann ab zum Finanzamt und drei Formulare für den Jahresausgleich holen: eins zum Verschreiben, eins fürs Finanzamt und das dritte als Abschrift oder Durchschlag (damit man weiß, was man geschrieben hat und die Rückzahlung nachrechnen kann). Und dann geht es los.

**Allgemeine Ausgaben**

Das Finanzamt wünscht Angaben zur Person. Das ist kein Problem. Dann kommt die Art der Erstattung. Empfehlenswert: Die Rückzahlung sollte auf ein Konto überwiesen werden. Man kann dann später noch die Höhe der Rückzahlung nachkontrollieren, auch wenn der Überweisungsabschnitt verloren gegangen ist. Das Finanzamt überweist auch aufs Sparbuch. Danach: Angaben über die Zeiten der Beschäftigung, den Arbeitslohn usw. Mit anderen Worten: Hier braucht man nur die Zahlen von der Lohnsteuerkarte abzuschreiben. Danach kommen einige Spezialfragen, die nur selten zu beantworten sind. Wer davon betroffen ist, weiß, was er hinzuschreiben hat.

Jetzt aber wird es ernst: Werbungskosten und Sonderausgaben. Solche Kosten wirken sich steuerermäßigend aus. Und zwar funktioniert das so: Die Steuer wird nicht vom Bruttolohn erhoben. Vom Bruttolohn gehen Werbungskosten und Sonderausgaben herunter. Erst was dann übrig bleibt, unterliegt der Steuer. Deshalb ist es wichtig, daß hier kein Posten vergessen wird.

**Werbungskosten (Berufsausgaben)**

Jeder Lohnsteuerzahler hat berufliche Ausgaben, also Werbungskosten. Damit die Finanzbeamten nicht Millionen Anträge mit großen und kleinen Beträgen prüfen und nachrechnen müssen, gibt es für die beruflichen Ausgaben einen Pauschalbetrag: 564 Mark fürs Jahr. Auf die Anerkennung hat man einen gesetzlichen Anspruch. Das Finanzamt berücksichtigt die 564 Mark automatisch, wenn man bei den Werbungskosten nichts einträgt.

Wollt Ihr mehr als 564 Mark anerkannt haben, müßt Ihr aber jede Mark nachweisen. Am besten ist, man rechnet erst einmal auf einem Zettel über den Daumen. Schafft man mehr als 564 Mark, muß es genau gemacht werden.

Was sind Werbungskosten? Es sind alle Kosten, die wegen des Berufs entstehen. Eine lückenlose Werbungskosten-Liste gibt es nicht. Außerdem: Was beim einen Berufsausgaben sind, ist beim anderen Privatvergnügen. Ein Koch kann Kochbücher aufschreiben, ein Feinmechaniker nicht. Der darf aber Bücher über Metallbearbeitung geltend machen. Im Formular sind nur die häufigsten und wichtigsten Werbungskosten genannt. Hier nenne wir noch ein paar Beispiele mehr. Erschöpfend ist auch diese Liste nicht. Im Zweifelsfall: Die Ausgaben einfach hinschreiben und erläutern (auf beiliegendem Zettel), warum es Berufsausgaben sind. Klar muß sein: Es muß sich um wirkliche Kosten handeln, also tatsächliche Geldausgaben. War die Firma so überfreundlich und hat das Berichtsheft bezahlt, darf man es nicht aufführen.

Jetzt im Formular der Reihe nach:  
**Beiträge zu Berufsverbänden:** Gemeint ist die Gewerkschaft. Der Beitrag gehört voll zu den Werbungskosten.  
**Arbeitsmittel:** Es geht um Berufskleidung, Fachliteratur, Werkzeuge. Die Berufskleidung muß „typisch“ sein: Monteuranzug, weißer Kittel, Kutte, Gummischürze, Schutzhelm, Sicherheitsschuhe, Bäckermütze, Kellnerjacke. Was man auch auf der Straße trägt, gilt nicht. Wer im Büro arbeitet, geht also leer aus. – Die Berufskleidung muß gewaschen und repariert werden. Auch diese Kosten gehören hierher. – Was als Fachliteratur gilt, ist für jeden Beruf verschieden. Lehrbücher und fachliche Nachschlagewerke, auch Fachzeitschriften werden ohne weiteres anerkannt. Vertrauensleute und Jugendsprecher sollten nicht vergessen: Arbeitsrechts-Lektüre, das Handbuch für Arbeiter und Angestellte

usw. Wer noch zur Berufsschule geht: Heft, Kugelschreiber, Millimeterpapier, Lineal aufschreiben! – In manchen Berufen wird am Arbeitsplatz eigenes Werkzeug benutzt: Technische Zeichner arbeiten mit eigenem Zeichengerät, Büffetiers haben einen eigenen Mixer, Disc-Jockeys eigene Platten. Die Kosten hier aufschreiben.

**Doppelte Haushaltsführung:** Diese Rubrik betrifft fast nur Verheiratete: Der Mann arbeitet nicht am Wohnort der Familie und nimmt sich am Arbeitsort ein möbliertes Zimmer. Für Ledige, die ab und zu nach Hause zu Muttern fahren, gibt es bei der Steuer nichts zu holen. Was können Verheiratete mit doppeltem Haushalt aufschreiben? Im Formular steht: „Zimmermiete“. Das ist nicht genau. Aufschreiben kann man die Miete, die Kosten für Licht, Gas, Heizung und fürs Saubermachen (Putzfrau). Dann die „Mehraufwendungen für Verpflegung“: Man schreibt für jeden Tag, den man am Arbeitsort verbracht hat, 9 Mark auf. Wer mehr als 750 Mark verdient, schreibt 11 Mark pro Tag auf. Ein Nachweis für diese Beträge ist nicht erforderlich. Fahrtkosten: Wer mit der Bahn gefahren ist, rechnet hier seine Fahrkarten ab. Autofahrer können nur 18 Pfennig je gefahrenen Kilometer rechnen (oder: 36 Pfennig je Entfernungskilometer). Motorradfahrer rechnen 8 Pfennig (oder: 16 Pfennig bei Entfernungs-Rechnung). – Trennungsschädigung oder Auslösung muß abgezogen werden.

**Mehraufwendungen für Verpflegung:** Das ist eine Vergünstigung für Leute mit langer Arbeitszeit. Wer regelmäßig, das heißt mehr als die Hälfte aller Arbeitstage im Jahr, wegen der Arbeit mehr als 12 Stunden von seiner Wohnung abwesend ist, darf pro langen Arbeitstag 2,50 Mark aufschreiben. Gründe können sein: Regelmäßige Überstunden, 12-Stunden-Schichten, weiter Weg zur Arbeit, ungünstige Verkehrsverbindungen.

**Verschiedene Werbungskosten:** Im Formular kommt nun eine Zeile, in die man mancherlei einsetzen kann. Zum Beispiel: Kosten der Bewerbung bei einer Firma (Inserat, Briefpapier, Porto, Zeugnis-Fotokopien, Telefongespräche, Fahrtkosten zum Arbeitsamt und zur Vorstellung), Berufsversicherungen (Berufshaftpflicht, Fahrerrechtsschutz bei einem Berufskraftfahrer, Versicherung gegen Falschbuchungen bei einem Kassierer), Fehlgelder (Manko bei Kassierern, Geldbriefträgern, der Bedienung im Lokal; das Finanzamt verlangt hier fortlaufende Aufzeichnung) oder Arbeitsprozeßkosten (Fahrtkosten zur Gewerkschaft, zum Gericht, zum Anwalt, Telefonkosten, Fotokopien, Arbeitsrechts-Kommentar).

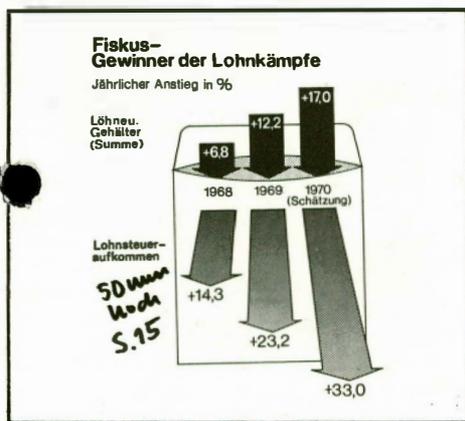
Ein wichtiger Punkt, der hierhin gehört: Fortbildungskosten. Es geht nicht um die erstmalige Ausbildung (Lehre) oder Allgemeinbildung (Mittlere Reife, Abitur), sondern um die Weiterbildung im gleichen Beruf. Beispiele: Ein Schlosser besucht einen Schweißerlehrgang. Ein Maschinenbauer

besucht die Ingenieurschule, ein Möbelver-  
käufer die Möbelfachschule.

Das Finanzamt erkennt an: Studien- und  
Lehrgangsgebühren, Schulgeld, Arbeitsma-  
terial, Fachbücher, Kosten der Unterkunft  
(Hotel, Heim, möbliertes Zimmer), wenn  
das wegen des Lehrgangs nötig war. Fahrt-  
kosten: Entweder die Ausgaben für öffent-  
liche Verkehrsmittel oder bei Benutzung  
eines eigenen Wagens 25 Pfennig je gefahrenen  
Kilometer (Kleinwagen bis 500 ccm  
18 Pfennig, Motorrad 11 Pfennig, Mofa 6  
Pfennig, Fahrrad 3 Pfennig). Fand der  
Lehrgang nicht am Wohnort (Arbeitsort)  
statt, kann man Tagesspesen aufschreiben.  
Die Höhe richtet sich nach der Dauer der  
Abwesenheit von der Wohnung und dem  
Jahreseinkommen. Bitte im Lohnbüro er-  
kundigen und nach den Tagesspesen bei  
Reisekosten fragen! Auch das Finanzamt  
gibt Auskunft.

In manchen Betrieben wird geklaut, wenn  
man nicht dauernd das Werkzeug weg-  
nimmt. Dann verlangt die Firma Scha-  
densersatz. Das sind Werbungskosten.  
Ebenso, wenn das Auto oder Fahrrad vom  
Parkplatz vor dem Betrieb verschwunden  
ist und nicht wieder auftaucht. Zahlt eine  
Versicherung, darf man nichts aufschrei-  
ben. Zahlt sie einen Teil, gehört der andere  
Teil zu den Werbungskosten.

Unfälle auf dem Arbeitsweg oder im Be-  
trieb: Was keine Krankenkasse oder Ver-  
sicherung bezahlt hat, kann aufgeschrie-  
ben werden, auch die zerrissene Hose, die  
kaputte Uhr. Voraussetzung: Man hat den  
Unfall nicht vorsätzlich oder grob fahrläs-  
sig verschuldet. Bei leichter Fahrlässigkeit  
darf das Finanzamt die Kosten noch nicht  
streichen.



Umzugskosten können aufgeschrieben wer-  
den, wenn der Umzug berufsbedingt war.  
Beispiele: Umzug an neuen Arbeitsort, weil  
jemand zum ersten Mal eine Stelle ange-  
nommen oder die Firma gewechselt hat;  
Verkürzung des Arbeitsweges; Versetzung;  
Firma verlangt, daß eine Dienstwohnung  
bezogen oder geräumt wird. Umzüge inner-  
halb des gleichen Ortes werden nur in Aus-  
nahmefällen anerkannt. Man kann geltend  
machen: Kosten der Wohnungssuche (Inse-  
rate, Makler), Fahrt und Möbeltransport  
zum neuen Wohnort für die ganze Familie,  
die Nebenkosten (Telefon ummelden, neue

Nummernschilder fürs Auto usw.), nutzlos  
bezahlte Mieten (alte Wohnung mußte vor  
Ablauf der Kündigungsfrist geräumt wer-  
den, neue Wohnung mußte vorzeitig ange-  
mietet werden).

In all diesen Fällen will das Finanzamt  
möglichst viele Belege sehen: Rechnungen,  
Quittungen, Fahrkarten. Wenn die Quit-  
tungen verloren gegangen sind, Ausgaben  
trotzdem aufführen und genau erläutern.  
Kleine Beträge (Briefmarken, Telefonge-  
spräche) können geschätzt werden. Bei  
nichtbelegten Ausgaben dem Antrag immer  
einen Zettel mit genauer Aufstellung beile-  
gen und dazuschreiben: „Die nichtbelegten  
Ausgaben sind geschätzt. Ich bitte, die  
Schätzung anzuerkennen.“ Dann ist der Fi-  
nanzbeamte freundlich gestimmt und  
macht sparsamer vom Rotstift Gebrauch.  
**Fahrten zur Arbeitsstelle mit öffentlichen  
Verkehrsmitteln:** Die normale Monatskar-  
te, die Fahrten 2. Klasse mit Bundesbahn  
werden ohne Beleg anerkannt. Wer 1. Klas-  
se fährt, muß die Fahrkarten beilegen. Das-  
selbe gilt für gelegentliche Taxifahrten zum  
oder vom Betrieb: Quittungen beifügen.  
Dann wird auch das Taxi anerkannt.

**Fahrten zur Arbeitsstelle mit Auto, Mo-  
ped, Fahrrad:** Das Finanzamt erkennt  
nicht die tatsächlichen Kosten fürs Auto  
an, sondern nur einen Pauschalsatz pro Ki-  
lometer. Für Mofas und Fahrräder sind kei-  
ne Pauschalsätze festgelegt. Wer aber die  
folgenden Beträge geltend macht, hat beim  
Finanzamt keine Schwierigkeiten:

- o 36 Pfennig für Autos,
- o 16 Pfennig für Motorräder oder Motor-  
roller,
- o 12 Pfennig für Mopeds, Mofas und  
Fahrräder mit Hilfsmotor,
- o 6 Pfennig für Fahrräder.

Die Beträge gelten pro Entfernungskilo-  
meter auf der kürzesten Straßenverbindung  
(also nicht Hin- und Rückfahrt rechnen!).  
Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrie-  
ben wurde, galt noch eine Entfernungsgrenze:  
Wer mehr als 40 km von der Ar-  
beitsstelle entfernt wohnt, bekommt die  
Kosten nur für 40 km anerkannt. Die Be-  
hörden in Bonn sind gerade dabei, die  
40-km-Grenze zu beseitigen. Also auf jeden  
Fall die volle Entfernung rechnen, auch  
wenn in dem Formular noch etwas von  
40 km stehen sollte. Belege sind nicht er-  
forderlich.

**Pauschalbeträge für bestimmte Berufsgrup-  
pen:** Einige Berufe dürfen statt des Einzel-  
nachweises besondere Werbungskosten-  
Pauschalen aufschreiben. Das sind Artisten,  
Bühnenangehörige, hauptberuflich tätige  
Musiker und Journalisten. In manchen Ge-  
genden gibt es auch Pauschalen für andere  
Berufe (Bergarbeiter, Binnenschiffer,  
Hochschullehrer). Erkundigt Euch im  
Lohnbüro oder beim Finanzamt danach.

### Sonderausgaben

Was als Sonderausgaben gilt, ist im Formu-  
lar lückenlos aufgeführt. Deshalb nur weni-  
ge Hinweise: Die Sozialversicherungs-Bei-

träge stehen auf der Lohnsteuernkarte  
(Rückseite, letzte Spalte). Als sonstige Ver-  
sicherungen gelten immer nur Personen-,  
aber niemals Sachversicherungen (Hausrat,  
Feuer). Wer die Kilometer-Pauschale für  
Autofahrten zur Arbeit in Anspruch  
nimmt, darf bei den Sonderausgaben nur  
die Hälfte der gezahlten Kfz-Haftpflicht  
hinschreiben. Bitte dazuschreiben:  
„50 % Kfz“. Sonst kürzt der Finanzbeamte  
den Betrag noch einmal um die Hälfte. An-  
dere Autobesitzer setzen den vollen Betrag  
ein.

Als Schuldzinsen gelten alle Kreditzinsen,  
Bearbeitungsgebühren, Teilzahlungszu-  
schläge für einen Kredit, aber nicht die Ra-  
ten selbst. Wer den Kredit gewährt hat  
(Bank, Neckermann, Privatperson), ist egal.  
Aufwendungen für Berufsausbildung oder  
die Weiterbildung in einem nicht ausgeüb-  
ten Beruf: Hier können nur die eigenen  
Kosten oder die des Ehegatten aufgeschrie-  
ben werden, nicht die Kosten von Kindern.  
Beispiel: Der Mann ist auf der Fachschule  
oder der Uni, die Frau arbeitet im Betrieb.  
Oder: Jemand arbeitet tagsüber, abends  
holt er auf der Abendschule das Abitur  
nach. Genaue Kostenaufstellung erforder-  
lich, Stipendien und Zuschüsse müssen ab-  
gezogen werden. Erst der Rest ist Sonder-  
ausgabe. — Für Spenden sind Spendenquit-  
tungen notwendig, Parteibeiträge: Die ge-  
zahlte Summe angeben und dazuschreiben:  
„Auf Wunsch kann Parteibuch mit Bei-  
tragsmarken vorgelegt werden.“

Auch für die Sonderausgaben berücksich-  
tigt das Finanzamt schon einen Pauschalbe-  
trag. Die tatsächlichen Ausgaben sind fast  
immer höher. Deshalb haben wir darauf  
nicht besonders hingewiesen.

### Außergewöhnliche Belastungen

Diese Steuerspar-Möglichkeit kommt für  
junge Leute selten in Frage. Deshalb nur  
wenige Hinweise. Die Kosten des Kinder-  
gartens können nicht aufgeschrieben wer-  
den, auch nicht bei der Rubrik „Hausgehil-  
fen“. Die Rubrik „Auswärtige Unterbrin-  
gung einer in Berufsausbildung stehenden  
Person“ gilt nur für die Eltern, nicht für  
den Auszubildenden selbst. Unter „Ande-  
ren außergewöhnlichen Belastungen“ kann  
man Krankheitskoten (Medikamente, Arzt,  
Krankenhaus) aufschreiben. Das lohnt sich  
aber erst bei einigen hundert Mark. Kleine  
Beträge fallen unter den Tisch des Finanz-  
amts.

### Verschenkt kein Geld!

Den Antrag unterschreiben, sonst gilt er  
nicht. Und schnell zum Finanzamt damit.  
Wer zuerst kommt, hat auch sein Geld  
schnell zurück. Letzter Termin für die Ab-  
gabe: 30. April 1971. Für Eheleute, die  
beide gearbeitet haben: 31. Mai.  
Und nicht vergessen: Das wichtigste am  
Jahresausgleich ist, daß man ihn überhaupt  
beantragt. Schenkt dem Staat kein Geld.  
Er schenkt Euch auch nichts.

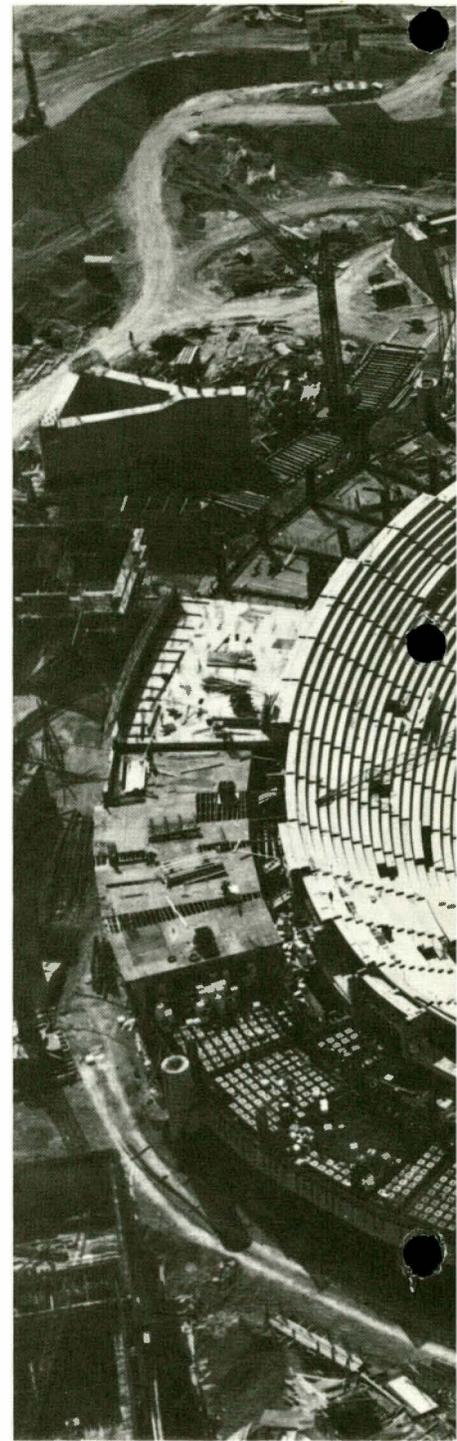
Auf der riesigen elektronischen Anzeigetafel des Olympiastadions erschien in gewaltigen Lettern das Wort „MUNICH '72“. Von einem prasselnden Feuerwerk begleitet, feierten 70.000 Mexikaner die Ankündigung der nächsten Olympischen Spiele. Uns allen, die wir als Bundes-

deutsche zu dieser Stunde selbst im Stadion verweilten, überfiel ein zwiespältiges Gefühl. „München '72“ – was bedeutete dieser Ausdruck, was würde in vier Jahren vor uns liegen, wie werden diese Spiele in unserem Heimatland, in der Bundesrepublik Deutschland, aussehen?

# NOCH 600 TAGE BIS

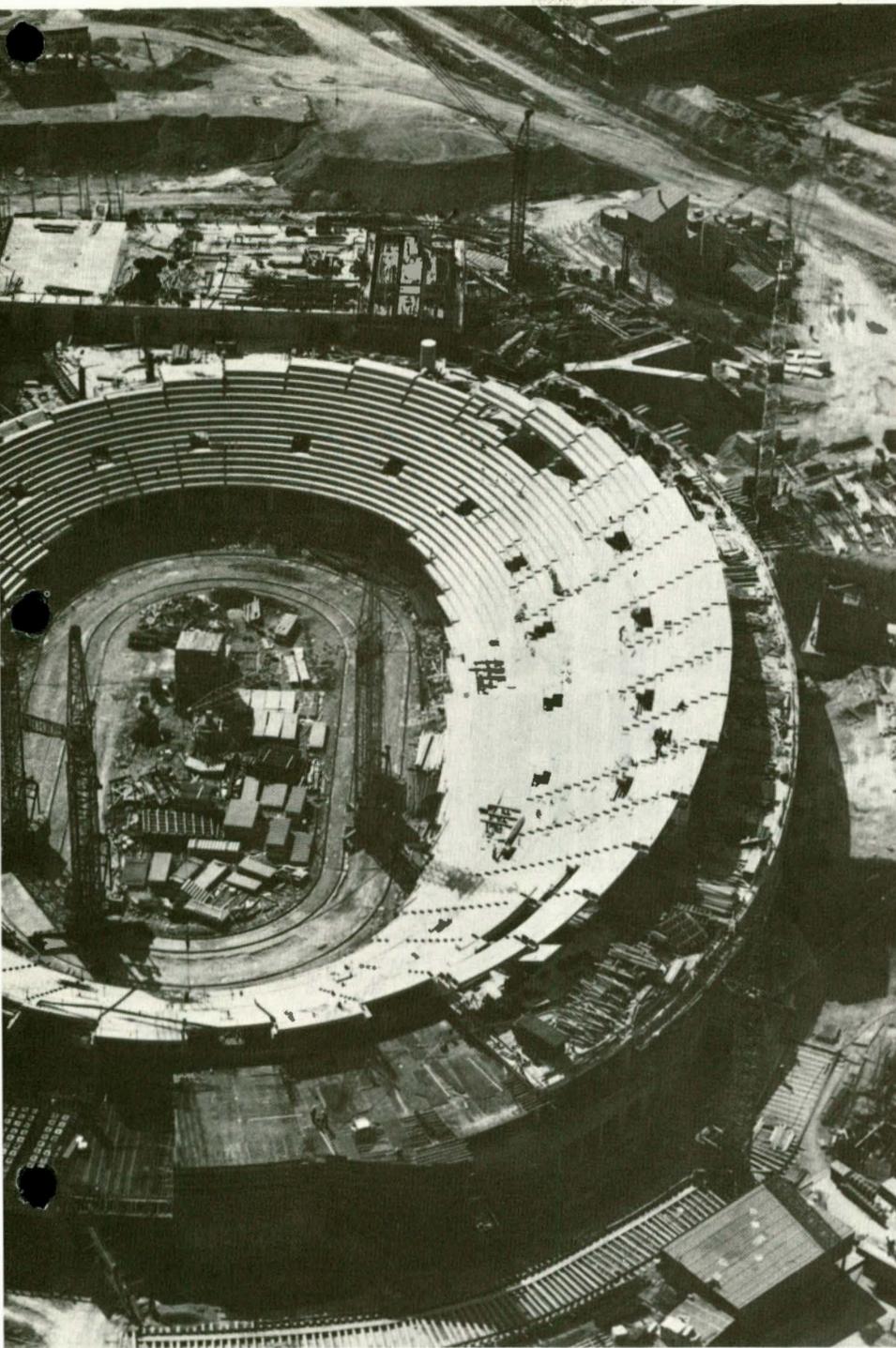


# MÜNCHEN



Noch 600 Tage bis zum Startschuß sind es heute. Inzwischen sind die Vorstellungen über das, was uns erwartet, klarer geworden. In der ständigen Arbeit wird die Betrachtung über das zu Erwartende nüchterner, spielen emotionale Bewegungen eine weniger große Rolle.

Am 27. Oktober 1968, als in Mexico City die Schlußfeier der XIX. Olympischen Spiele stattfand, lagen mehr als ereignisreiche Tage hinter uns Journalisten. Am Beginn standen die Demonstrationen mexikanischer Studenten und der Polizeiterror und das ohnmächtige Gefühl, von diesen Ereignissen isoliert zu sein. Allein – auch wenn wir, weitab vom Geschehen der Mil-



dem die Stadt ihre Bewerbung an das Internationale Olympische Komitee richtete.

Die deutsche Sportbewegung spielte schon immer eine ganz spezifische Rolle in der internationalen Sportentwicklung. Schon lange bevor sich mit der Teilung in zwei Staaten auch zwei verschiedene Strömungen, ausgedrückt in zwei selbständigen Nationalen Olympischen Komitees, etablierten.

### 1916 – 1936 – 1972?

Das fing an damit, daß sich die Sportführung zu Beginn der olympischen Bewegung aus chauvinistischen, nationalistischen Gründen gegen die Neubegründung und Ausbreitung der Olympischen Idee überhaupt stemmte. Dazu gehört auch, daß die ersten Olympischen Spiele auf deutschem Boden, die 1916 in Berlin stattfinden sollten, durch einen von den Deutschen angezettelten Krieg ausfallen mußten. Da kommt man, auch wenn dies heute vielfach verharmlost wird, nicht an der Tatsache vorbei, daß die Spiele 1936 von den Nationalsozialisten in ihrem Sinne mißbraucht wurden. Daß sie als Propagandaveranstaltung konzipiert waren, um nach innen und außen von den politischen Geschehnissen abzulenken.

Die Tatsache, wie man in den letzten Wochen in der Bundesrepublik den 75-jährigen Geburtstag des „Nationalen Olympischen Komitees“ feierte, scheint, wenn man es milde ausdrückt, darauf hinzuweisen, daß sich die heutige Sportführung mit dieser Geschichte voll identifiziert. Kann man vor diesem Hintergrund die Olympischen Spiele 1972 mit Optimismus erwarten?

Zurück zur Chronik. Mit drei Schlagworten untermauerte die Stadt München, repräsentiert durch Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, initiiert durch Sportpräsident Willi Daume, ihre Bewerbung vor dem Internationalen Olympischen Komitee. „Das Olympia der kurzen Wege“ hieß das erste, „Rückkehr zu den einfachen Spielen“ lautete das zweite und schließlich sprach man von den „heiteren Spielen“, die man zu veranstalten vorhabe. An diesen drei Kernsätzen müssen die Olympiaplaner heute – und vor allem in zwei Jahren – gemessen werden. Wir wollen untersuchen, was aus ihnen geworden ist.

Bei den letzten beiden Olympischen Spielen in Tokio und Mexico City, auch bei den Winterspielen von Grenoble, gab es von allen Beteiligten Klagen darüber, daß die Wettkampfstätten immer weiter auseinanderdrückten, daß die Idee, alle Austragungsorte in einer Stadt zu konzentrieren, immer mehr in Vergessenheit geriet. Ob als Zuschauer, Offizieller oder als Sportler selbst – man mußte beschwerliche Anreisewege in Kauf nehmen, um vom Olympischen Dorf zum eigentlichen Ort des Geschehens zu kommen. Daher also der Ruf nach dem „Olympia der kurzen Wege“. ▶

onenstadt, im olympischen Dorf nur über Dritte von den Massakern der mexikanischen Polizei hörten: Es blieb das Entsetzen. Olympischer Geist?

### Olympischer Friede unter Polizeischutz

Die sportlichen Ereignisse verdrängten diese Randerscheinungen aus dem Bewußtsein. Den Blick auf München gewendet, kehren die Erinnerungen wieder. Wenn man die Zeitungsberichte über die vorgesehenen polizeilichen Maßnahmen für München liest, denkt man – zwischen den Zeilen, in denen etwas von „psychologi-

schem Vorgehen“ der Beamten steht, lesend – unwillkürlich wieder daran. Bannmeilen des „olympischen Friedens“ sollen errichtet werden, Demonstrationsverbot wird erlassen – Olympischer Frieden mit dirigistischen Maßnahmen erzwungen? Hat schon jemand darüber nachgedacht, wieso es überhaupt zu Demonstrationen kommen könnte?

Wenn ich heute die Situation 600 Tage vor den Olympischen Spielen von München einschätzen will, sozusagen eine Zwischenbilanz ziehe, muß ich chronologisch vorgehen. Aber wo fängt die Geschichte der Olympischen Spiele von München eigentlich an? Bestimmt nicht mit dem Tag, an

## „Kurze Wege“ – zu weit

Mit einem Modell vom Oberwiesefeld, das praktisch nichts gemein hatte mit den wirklichen realisierten Baumaßnahmen, versprach die Münchner Delegation dem IOC eine Konzentration aller Sportstätten auf einen Quadratkilometer Umkreis. Schon damals hat man wissen müssen, daß sich dieser Plan nicht realisieren lassen würde. So finden die Reiterwettbewerbe im Nymphenburger Park statt, für die Schießwettbewerbe wurde ein völlig neuer Stand in Hochbrück, 25 Kilometer vom Oberwiesefeld entfernt, gebaut. Das ist nicht viel näher als in Mexico City (dort waren es 35 Kilometer, die durch eine Autostraße schnell zu überbrücken waren). Offenen Protest rief der Entschluß hervor, die Kanu-Wildwasserwettbewerbe – auf Bestreben der Bundesrepublik erstmals im olympischen Programm – in Augsburg austragen zu lassen. Über 80 Kilometer Entfernung! Das alarmierte Avery Brundage, der damit drohte, diese Wettbewerbe wieder aus dem Programm zu streichen.

Durch seine geschickte Verhandlungstaktik und mit der ihm eigenen Beharrlichkeit vermochte es Willi Daume, den IOC-Präsidenten zu beruhigen. Was bleibt, ist das Ärgernis für die Besucher der Spiele, nun doch wieder strapazenreiche Anreisestunden hinnehmen zu müssen.

Dennoch kann man sich angesichts der Zusammenfassung von Sportstätten auf dem Oberwiesefeld einer gewissen Faszination nicht erwehren. Die Einheit von Leichtathletik-Stadion, Sporthallen, Radrennbahn und dem Schwimmstadion zu Füßen des Olympiaturms ist imponierend. Die Frage, die bisher nicht beantwortet ist, stellt sich jetzt so: Was geschieht mit den Bauten nach den Spielen, wer zahlt den weiteren Unterhalt, besteht überhaupt ein ständiger Bedarf an solchen gigantischen Sportplätzen? Schließlich sind die Spiele selbst nach zwei Wochen vorbei – die Bauten aber bleiben noch Jahrzehnte stehen.

### Von den „einfachen“ zu den gigantischen Spielen

Beherrschend in der Diskussion um die Olympischen Spiele ist im Moment das Wort vom „Gigantismus“. Nicht nur das Programm wird immer umfangreicher, auch die Zahl der Aktiven steigt ständig, das Interesse in der Weltöffentlichkeit – und vor allem der Ehrgeiz der veranstaltenden Städte. So gesehen spielte das Versprechen von der Rückkehr zu den „einfachen Spielen“ eine entscheidende Rolle bei der Vergabe nach München.

Das Angebot der Organisatoren klang wirklich verlockend: 520 Millionen Mark wollte man für das Fest ausgeben. Psychologisch waren die IOC-Mitglieder damals, 1966, besonders von den Vorbereitungen der Winterspiele 1968 geschockt. Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle hatte die



# NOCH 600 TAGE BIS MÜNCHEN



Spiele von Grenoble zu seiner Prestigeangelegenheit hochgespielt. Im Endeffekt liefen sich die Kosten für diese – im Gegensatz zu Sommerspielen kleine – Veranstaltung auf über eine Milliarde Mark! Was bei der ganzen Konzeption völlig verloren ging, war das „olympische Gefühl“, (wenn man es einmal so nennen will). Das muß jeder bestätigen, der damals das „Vergnügen“ hatte, zwischen den bis zu 200 Kilometer entfernten Wettkampfstätten hin und her zu pendeln, die farblose Eröffnungszereemonie miterlebte und sich ständig über irgendwelche anderen Dinge ärgerte.

Angesichts dieser Pleite sollte nun die Abkehr von solchermaßen praktiziertem Gigantismus stattfinden. An der Kostenentwicklung der Münchner Spiele läßt sich ablesen, daß diese Abkehr nicht nur mißlungen ist, sondern daß vielmehr eine weitere Eskalation eintrat.

Die Voranschläge steigerten sich ständig. Von den 520 Millionen Mark wurde schon Anfang 1968 nicht mehr gesprochen – damals war man schon erschüttert über eine neue Aufstellung, nach der das Fest über 800 Millionen kosten sollte. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde das Wort geprägt: „Wir werden mit der Milliarde leben müssen“. Inzwischen weiß alle Welt, daß wir in Wirklichkeit mit mindestens zwei Milliarden Mark Ausgaben leben müssen. Die ursprüngliche Aufteilung der Kosten (Drittelteilung) zwischen der Stadt München, dem Land Bayern und dem Bund mußte geändert werden. Man kam überein, daß die Bundesrepublik fünfzig Prozent, Bayern und München je 25 Prozent der Kosten aufbringen werden. Natürlich aus Steuergeldern.

Angesichts der Gesamtkosten bedeuten die finanziellen Unterstützungen, die aus der Olympia-Lotterie und Glücksspirale erwachsen, nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein. Die Gelder aus Olympia-Briefmarken, Gedenkmünzen und „Förderungs-Zertifikaten“ kommen zum größten Teil der „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ zugute, die den bundesdeutschen Leistungssport aufpäppeln soll (siehe elan 11/70).

Den größten Posten an Etatmitteln frisst eine fixe Idee des Organisations-Chefs Willi Daume, das stark umstrittene Zelt Dach. Obwohl die Realisierung dieses größten freischwebenden Daches der Welt, das sich über das gesamte Oberwiesefeld spannen soll, immer teurer wurde, setzte Daume diesen Plan durch. Das Dach wurde zum Symbol der Spiele erhoben, mit Gewalt soll etwas Einmaliges geschaffen werden. Dieses Beispiel ist in seiner Konsequenz besonders erschreckend. Als erster Kostenvoranschlag für die Erstellung des Zelt daches wurden 16 Millionen genannt. Es meldeten sich schließlich nur zwei Firmen, die bereit und technisch in der Lage waren, das Vorhaben auszuführen: für 100 beziehungsweise 130 Millionen Mark! Die jetzt gefundene Lösung wird vom Organisations-Komitee mit 80 Millionen Mark ange-

eben. Aber diese Summe dürfte wohl lediglich zur vorläufigen Beruhigung der Öffentlichkeit genannt worden sein.

Nachdem sich der internationale Basketball-Verband darüber beschwert hatte, daß in der im Bau befindlichen olympischen Basketballhalle nur 5000 Zuschauer Platz finden sollten, bahnte sich auch hier ein Skandal an. In der Presse wurde von Korruption gesprochen, die bei der Vergabe an die Baufirma im Spiel gewesen sein soll. Die Aufregung um diesen Punkt schlief langsam ein (besser gesagt: sie wurde langsam eingeschlüfert), aber immer wieder tauchen Gerüchte über gewissenlose Geschäftemacherei verschiedener Baufirmen auf. Umstände, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß ein großer Personenkreis im Organisationskomitee direkt aus der Wirtschaft kommt.

### Aus „heiter“ wurde ernst

Der Begriff wurde so vielen Deutungen unterzogen, ist auch so umstritten, wie Willi Daumes Lieblingswort von den „heiteren Spielen“. Sicherlich ist die lapidare Aussage des für seine zynischen Aussprüche bekannten Bundesligatrainers Rudi Gutendorf, „wenn Daume das wirklich gesagt hat, dann ist er total weltfremd“, indiskutabel. Ganz ohne Zweifel wollte sich Daume durch dieses Wort sein Image als „Schöngest“ festigen – heiter natürlich nicht im Sinne von lachen, sondern von geist. spielerisch, friedlich – man kann es dem NOK-Chef sicherlich zubilligen, daß er diese Auslegung gewollt hat.

Aber gerade das wirft Probleme auf. In dieser Interpretation umfaßt der Begriff von den „heiteren Spielen“ wirklich alles, was irgendwie im Zusammenhang mit dem Ereignis steht. Angefangen von der Amateurdiskussion in der Öffentlichkeit bis zu den vielfältigen politischen Problemen, die auch wie vor bestehen.

Sehen wir, einige Aspekte an diesem sprachvollen Motto zu messen. Sichtbarster Ausdruck der „heiteren Spiele“ sollte das Kulturprogramm sein, das in München während des Olympiajahres geplant ist. Und schon an diesem Beispiel zeigte sich der wirkliche Ernst der ganzen Angelegenheit, schon hier wurde eher Verunsicherung als Gelöstheit vorgeführt.

Der Plan, eine sogenannte „Spielstraße“ durch das gesamte Olympiagelände zu führen, auf der sich Künstler total frei ausbreiten sollten – es war an Straßentheater, Lichtspiele, Ausstellungen unter freiem Himmel oder ähnliches gedacht – wurde durch harten Kampf im Kulturausschuß des Organisations-Komitees wieder begraben. Fürchtete man, daß sich unter den „Straßentheatern“ auch linke Gruppen finden würden?

Der Komponist Hans Werner Henze bekam den Auftrag, eine Olympia-Oper zu schreiben. Nachdem vor etwa einem Jahr bei der Aufführung seines politischen Stückes „Das Floß der Medusa“ rote Fahnen geißelt

wurden und Henze sich davon nicht distanzieren wollte, gab der Münchner „König-Ludwig-Klub“ eine Erklärung über Henzes Engagement für Olympia heraus, in der es hieß: „Vor allem liegt es nicht in der bayerischen Art, Edelkommunismus zu züchten.“ Henze verzichtete auf seine Mitarbeit.

Selbst der weitaus bürgerlichere Dichter und heutige Trommler der SPD-Führung, Günter Grass, bekam Schwierigkeiten. In München sprach man sich gegen seine Zugehörigkeit zum Kulturausschuß der Spiele aus.

Womit wir uns immer mehr dem zentralen Thema der Olympischen Spiele von München nähern: der Politik. Es begann damit, daß nach der Vergabe der Spiele durch das Internationale Olympische Komitee zum zweitenmal in der Geschichte der neuzeitlichen Olympischen Spiele einem Land die Auflage gemacht wurde, politische Garantien zu geben. Das erstmal war es übrigens Hitler-Deutschland, das ausdrücklich auf Rassendiskriminierung während der Spiele verzichten mußte (die Nazis wollten zuerst keine Juden in die Olympiamannschaft aufnehmen). Hitler gab dann trotz der Erklärung dem farbigen Olympiasieger Jesse Owens demonstrativ nicht die Hand.

### DDR endlich gleichberechtigt?

Die Bundesrepublik mußte nach der Auflage des IOC die Garantie geben, daß die Regeln der internationalen Fachverbände und des Internationalen Olympischen Komitees in München beachtet werden können. Diese Garantierklärung war auch sehr nötig: Bis vor wenigen Monaten noch weigerten sich die Bonner Behörden, Siegerehrungen bei internationalen Sportmeisterschaften mit Flaggen und Hymnen zu erlauben – wenn ein DDR-Sportler gewonnen hatte. Auch auf die Regierungen anderer Länder – Frankreich, England, nahm Bonn Einfluß, um das Spielen der DDR-Hymne aus solchen Anlässen zu verhindern.

Nur durch den Druck des IOC, durch die Drohung, die Spiele wieder aus München wegzuverlegen, rang sich die damalige Kiesinger-Regierung dazu durch, die DDR-Hymne offiziell zu erlauben – um gleichzeitig aber zu erklären, daß man jede sich bietende Gelegenheit nutzen wolle, dieses Zugeständnis zu umgehen.

Gerade die von bundesdeutscher Seite so oft vorgebrachte Forderung nach Abschaffung der traditionellen Siegerehrungen mit Flaggen und Hymnen, um angeblich eine Entpolitisierung des Sportes herbeizuführen, ist eine hochbrisante politische Forderung: Man wollte damit „von hinterher“ eine politische Anerkennung des DDR-Sports vermeiden.

Ausdruck des Alleinvertragsanspruchs war auch die traurig-berühmte Münzen-Aufschrift „Spiele der XX. Olympiade in Deutschland“. Dieser Verstoß gegen die

Satzungen des IOC – nach der die Spiele immer nur an eine Stadt, nie an ein Land vergeben werden – brachte große Proteste aus den sozialistischen Ländern und eine Rüge von IOC-Präsident Avery Brundage ein. In einer Neuauflage mußte der Text geändert werden.

Die Entwicklung lief – nicht zuletzt aufgrund der Geschlossenheit der sozialistischen Länder und der konsequenten Haltung des IOC – gegen die Bundesrepublik. Zuletzt mußte die bundesrepublikanische Sportführung, die nach Schaffung der sogenannten „Deutschen Sportkonferenz“ in noch engerem Kontakt mit der Bonner Regierung steht, zumindest in Worten vom 20. Jahre lang zum Anliegen Nummer eins erklärten Alleinvertragsanspruch abrücken. Noch ist die Zeit, die nach der Münchner Übereinkunft zwischen den Sportorganisationen der DDR und der Bundesrepublik verstrichen ist, zu kurz, um zu erkennen, ob jetzt auch wirklich Konsequenzen gezogen werden. Ein Blick zurück läßt nicht sehr viel Optimismus zu. Einen weiteren Rückzieher der Bundesrepublik bedeutet die Schließung einer Ausstellung in der Olympiastadt München, in der „die deutschen Ostgebiete“ gezeigt wurden. Aber noch ist lange nicht der Weg frei gemacht zu einem wirklichen „heiteren“ Olympiafest: Jedenfalls weiß man, daß sich die sozialistischen Staaten die Propaganda-Sendungen der in München stationierten Radiosender „Radio Free Europe“ und „Voice of America“ nicht gerade mit Vergnügen anhören, daß man – nicht nur in der sozialistischen Welt – mit Bestürzung verfolgt, in welchem Maße die Olympiastadt zur Heimat der politischen Rechten in der Bundesrepublik geworden ist. „Vertriebenen-Verbände“ stimmen im Chor mit der CSU des Herrn Franz Josef Strauß das Hetzlied gegen die Verträge mit der UdSSR und Polen an, dokumentieren unversöhnlichen Haß auf alles, was Sozialismus und Kommunismus heißt. Und in diese Stadt sollen die sozialistischen Sportler gerne kommen, sollen die „heiteren“ Spiele stattfinden, im Sinne der olympischen Völkerfreundschaft?

Kein Zweifel: Die sozialistischen Sportler werden kommen. Sie werden sich sportlich verhalten, werden im Sinne des Neubegründers der Olympischen Spiele, Pierre de Coubertin, die sportliche Freundschaft suchen. Die bereits in der Einleitung angesprochenen Pläne der Organisatoren, eine Bannmeile zu schaffen, Demonstrationsverbot zu erlassen, deuten aber eindeutig daraufhin, daß man mit dem Versuch rechter Kräfte rechnet, das Fest zu stören. Diese Kreise wollen die Worte Willi Daumes realisieren, nach denen „die XX. Olympischen Spiele zu einem Modell gegen den Osten werden“ müssen.

Olympische Spiele in München – sie bieten eine große Chance. Es ist unsere Aufgabe, ständig darauf hinzuwirken, daß sie wirklich im olympischen Geist ausgetragen werden. Es wird noch ein weiter Weg sein.



# SCHN IMBISS

**D**ie Versammlung war gerade vorüber. Bill fragte sich, wann, zum Kuckuck, er wohl nach Hause käme. Zwei Autobusse und ein Zug! Clifton lag verdammt weit vom Grassy Park entfernt, auf der anderen Seite der Halbinsel. Wunderschön war Clifton nachts mit seiner tiefschwarzen, fast leuchtenden See, die gegen den Strand anstürmte. Grassy Park war häßlich, öde – nichts als verkrüppelte Büsche und Sand. Er mußte mit dem Zug zehn Uhr vierzig von Kapstadt abfahren, wenn er den Bus um elf Uhr fünfundzwanzig erreichen wollte. Verpaßte er den, dann bedeutete es, drei einsame Meilen weit die Klip Road entlang zu Fuß gehen zu müssen, am Friedhof und dem Holzplatz vorbei bis zur Lake Road.

Die Versammlung hatte in Mervyns Wohnung stattgefunden: weiche Teppiche und an den Wänden Gemälde von Sekoto und Irma Stern; Reihen von Büchern – Bücher über Bücher – broschierte und kostbar gebundene. Die Versammlung hatte sich ewig lange hingezogen:

Anweisungen in letzter Minute, Verteilung von Flugzetteln, Situationsbericht. Würde der Streik ein Erfolg werden? Ob sich wohl auch die von Langa und Nyanga anschlossen? Waren die Farbigen streikbereit? Endlich hatten sie alles hinter sich und kamen heraus. In seinem Kopf hämmerte es. Wenn er nur eine Weile allein sein könnte! im Bus und im Zug würde es schon gehen. Er hoffte, keinen Bekannten zu treffen, denn das bedeutete, sich unterhalten zu müssen.

„Soll ich dich mitnehmen, Bill?“ Es war Valda. Gottverdammte noch mal, konnte diese Person ihn niemals in Ruhe lassen?

„Laß nur. Ich warte auf den Bus zur Stadt.“

„Ich kann dich irgendwo absetzen.“

„Laß nur. Danke schön.“

Er hatte Valda bei einer Festlichkeit in Sea Point kennengelernt. Sie hatte ihm ihre Gesellschaft geradezu aufgedrängt. Sie war schrecklich fortschrittlich, auf betonte Weise. Sie liebte die Schwarzen – sie hatten ja

so viel Rhythmus! –, liebte den Jazz und hatte alle Werke von Langston Hughes, Richard Wright und Countee Cullen gelesen. Sie hielt King Kong für das größte Drama nach Othello und war ganz verrückt darauf, über Eingeborenenkultur zu sprechen. Sie fiel Bill auf die Nerven, aber irgendwie spürte er, daß sich hinter ihrem äußeren Gehabe ein empfindsamer, wenn auch ein wenig pathetischer Mensch verbarg. Sie erklärte stets, es sei Bills Bestimmung, ein großer Führer der Farbigen zu werden. Sie meinte das im vollen Ernst.

„Aber es liegt doch auf meinem Weg, Bill“, sagte sie beharrlich. Bill fühlte sich in ihrer Gegenwart immer unbehaglich, nicht, weil sie sich solche Mühe gab, ihn als Gleichen zu behandeln, dabei aber immer die weiße Gönnerin spielte. Er war müde nach all den Diskussionen und dem Rauch. Nächtelang hatte er Plakate kleben, Flugblätter in Briefkästen werfen und der Polizei ausweichen müssen.

„Es tut mir leid, aber ich möchte sehen, daß ich nach Hause komme. Ich habe einen schweren Tag hinter mir.“

„Du Ärmster, du arbeitest zuviel, oder?“

„Wahrscheinlich. Aber ihr arbeitet alle so schwer, und das beeindruckt mich.“

„So?“ Er dachte, vielleicht sei sein Verhalten ihr gegenüber ein wenig herzlos. Sie war noch jung und unerfahren, hatte gerade die Universität beendet, unterrichtete jetzt an einer Schule für Weiße und kam zu jeder Versammlung. Was ihn ärgerte, war ihr verlegener Übereifer, zu beweisen, daß sie zur Gruppe gehörte.

„Wir arbeiten alle gleich schwer“, wiederholte er.

„Ich weiß. Ich frage mich, wie ihr das nur schafft. Am Tage eure eigene Arbeit und nachts die politische. Es muß euch viel Kraft kosten.“

„Tust du nicht das gleiche?“

„Freilich, mein Lieber. Aber mein Unterricht ist um zwei Uhr nachmittags zu Ende.“

„Und das läßt dir viel Zeit für erholsame Beschäftigungen, wie die hier?“

elan-Kurzgeschichte von Richard Rive

Der Autor unserer Geschichte, Richard Rive (39), lebt in Kapstadt. In seinem literarischen Schaffen erzählt er vom Kampf seinesgleichen, dem Leben der „Nicht-weißen“ unter dem Druck der Apartheid in der Südafrikanischen Republik.

„Ach Bill, ich bin sicher, du meinst es nicht so!“

„Ich habe nicht ganz so viel Glück wie du. Ich muß jeden Tag bis halb sechs Uhr abends schuften und sonntags den halben Tag.“

„Ich weiß. Aber ihr seid so faszinierend. Alles an euch ist faszinierend.“

„Den Streik findest du auch faszinierend, nicht wahr?“

Er bedauerte, einen solchen Ton anzuschlagen, vermochte sich aber nicht mehr zu beherrschen. Er wußte, daß er sie verletzt hatte, aber sie ließ sich nichts anmerken.

„Entschuldige“, sagte sie.

„Was denn?“

„Wenn ich dich beleidigt habe.“

„Das hast du nicht.“

„Ein Glück. Nun“, sie lachte verlegen. „Ich muß fort, soll ich dich bestimmt nicht mitnehmen?“

Er wollte nach Hause kommen. In seinem Zimmer allein sein und schlafen. Er war verdammt müde. Er konnte es nicht einmal ertragen, auch nur eine kurze Strecke mit ihr zusammen zu fahren.

„Komm doch mit. Wir können uns im Wagen ein bißchen unterhalten.“

Warum, zum Teufel, war sie nur so hartnäckig? Spürte sie denn seine Feindseligkeit nicht?

„Ich muß nach Plumstead.“

„Ich wohne in Kenilworth, aber bis dorthin kann ich dich mitnehmen.“

„Na, schön. Danke.“

Sie suchte im Dunkeln nach ihren Schlüsseln. Um ihr zu helfen, zündete er ein Streichholz an. Sie war nicht ohne Reize. Rabenschwarzes Haar, zu einem festen Knoten gebunden, dunkle Augen und ein ziemlich schwaches Kinn. Er stieg in ihren Austin.

„Willst du fahren?“ fragte sie.

„Ich kann nicht fahren“, erwiderte er fast wütend.

Schweigend rollten sie durch das Zentrum von Kapstadt. Die Adderley Street war beinahe menschenleer.

Ein paar Vagabunden lungerten in der Nähe des Bahnhofseingangs herum, Blumenverkäuferinnen reinigten ihre Zinkwannen, einige späte Kinobesucher beeilten sich, damit sie den letzten Bus noch erreichten. Bill hatte das Gefühl, er müsse das

Schweigen brechen, aber was konnte er nur sagen? Ihm war nicht danach zumute, freundlich zu sein.

„Woher kommst du eigentlich?“ fragte er ohne große Anteilnahme.

Ihr Gesicht erhellte sich. Offensichtlich hatte sie darauf gewartet, daß er den Eröffnungszug machte. „Das erätst du nie.“

Er hatte gar keine Lust zu raten.

„Aus Vereeniging im Transvaal!“ sagte sie.

„Ich vergebe es dir.“

„Danke“, antwortete sie.

Er war nicht sicher, ob sie es sarkastisch meinte.

„Ich bin eine ,waare Suid Afrikaaner“.“

„Mit liberalen Ansichten?“

„Ja“, erwiderte sie. „Von klein auf habe ich so gedacht. Es war der Einfluß meines Vaters. Er lehrte mich, die Menschen zu achten – alle Menschen.“

„Und deshalb bist du Mitglied unserer Gruppe geworden?“

„Nun, mein Lieber . . .“

Das ärgerte ihn – die Art, wie sie es immer sagte.

„Nun, mein Lieber“, wiederholte sie, „ich stamme aus einem liberalen Elternhaus, wie du es nennst, und dann hat mir die Uni die Augen geöffnet.“

„Tun dir die Farbigen sehr leid?“

„Das eigentlich nicht. Ich verstehe nicht viel von der Politik, und ich möchte gern, daß mir Leute wie du etwas darüber beibringen.“

„Du findest es faszinierend?“

Sie empfand den Hieb in seinen Worten und war für einen Augenblick aus dem Konzept gebracht. Sie fuhr jetzt durch Salt River.

„Hier arbeite ich“, sagte er gleichgültig.

„Ach, wie fabelhaft!“

„Was?“

„Nichts. Ich habe nur eine dumme Bemerkung gemacht.“

Er schwieg.

„Bist du schon lange bei der Gruppe?“ fragte sie und blickte unverwandt geradeaus.

„Seit der Herausforderungskampagne.“

„Gefährlich, die Arbeit?“

„Manchmal muß man schon ein Risiko auf sich nehmen. Die Freiheit

wird einem nicht auf einem goldenen Tablett serviert.“

„Ich weiß, mein Lieber.“

Wieder herrschte Schweigen zwischen ihnen.

„Ich habe in der letzten Zeit auch gearbeitet, habe Broschüren für den Streik verteilt.“

„In welchem Bezirk?“ fragte er.

„In der Gegend von Athlone, Sunnyside, Gleemoor.“

„Da ist es für ein weißes Mädchen nicht sicher.“

„Oh, ich komme schon zurecht.“

Sie hielten an einer Verkehrsampel.

„Der Laden dort gehört meinem Onkel“, sagte sie, als sie an einem hell erleuchteten Obstgeschäft vorbeifuhren.

„Hmm.“

„Möchte wissen, was er sagen würde, wenn er mich hier mit einem Schwarzen herumfahren sähe.“

„Bringt es dich in Verlegenheit?“

„Nein. Mein Vater würde sich nichts draus machen, die übrige Familie aber wohl.“

„Weshalb fährst du denn mit Schwarzen herum?“

„Menschen sind doch Menschen, oder?“

„Mir fällt auf, daß du übermäßig viel an die Hautfarbe denkst. Das ist eine umgekehrte Form des Rassenvorurteils.“ Er erwartete und hoffte beinahe, es werde sie kränken oder ärgern.

„Gut, daß du mir das sagst. Wenn es so ist, muß ich aufpassen, was ich sage, und mich das nächste Mal mehr vorsehen.“

Er war entwaffnet. Was konnte er nur sagen oder tun, um sie zu ärgern?

„Laß uns eine Tasse Kaffee trinken“, schlug sie heiter vor.

„Wo denn in aller Welt?“

„Oh, in irgendeinem Autoschnellbiß. Irgendwo muß ja einer sein.“

„Nicht für uns Schwarze.“

„Aber geh! Sie werden uns schon bedienen, wenn wir im Wagen sitzen bleiben.“

„Bist du sicher, daß es gut geht?“

„Ganz bestimmt. Ich bin völlig sicher, daß sie nichts dagegen haben.“

Er wollte nach Hause kommen. Um elf Uhr fünfundzwanzig mußte er sei-

nen Bus erreichen. Was, zum Kuckuck, hatte er mit diesem ver-rückten weißen Frauenzimmer hier im Auto zu schaffen?

„Na schön“, sagte er. „Trinken wir eine Tasse Kaffee.“

„Zwei bitte“, bestellte Valda bei dem schwarzen Kellner.

„Möchtest du eine Bulette, Bill?“

„Nein, danke, nur Kaffee.“

„Zweimal Kaffee, bitte.“

Der Kellner zögerte.

„Zweimal Kaffee, habe ich gesagt.“

„Wir können ihn nicht bedienen, Ma-dam.“

„Weshalb nicht?“

Bill war nicht zum Streit aufgelegt. Er wußte nicht, warum er zugesagt hatte, einen Kaffee zu trinken. Er wollte den Bus in Plumstead errei-chen, nach Hause kommen.

„Hör zu, Valda, in drei Teufels Na-men, fahren wir doch von hier fort!“

„Weshalb sollten wir? Zweimal Kaf-fee, und beeilen Sie sich bitte.“

„Es tut mir leid, Madam, aber wir bedienen nur Europäer.“

„Warum?“

Bill war der Meinung, das sei eine verdammt dumme Frage.

„Es ist gegen die Vorschriften, Ma-dam.“

„Ist es ein Verbrechen, für seine Freunde Kaffee zu bestellen?“

Irgendwie hatte Bill das Gefühl, Val-da mache den Kellner verantwort-lich. Die Sache begann eine Wendung zu nehmen, die ihm nicht gefiel.

„Hör zu, Valda, ich will eigentlich gar keinen Kaffee haben.“

„Aber ich. Und ich bestehe darauf, daß sie auch dich bedienen.“

„Madam, das darf ich nicht.“

„Sie dürfen die Leute nicht bedie-nen?“

„Valda, es ist doch nicht seine Schuld. Er tut nur seine Arbeit. Ver-schwinden wir von hier!“

„Ich fahre nicht fort, bevor wir be-dient worden sind!“

Der Kellner verließ sie und begab sich ins Büro des Geschäftsführers.

„Laß uns weiterfahren!“

„Er ist jetzt Kaffee holen gegangen.“

„Wir wollen uns doch keine Unan-nehmlichkeiten einhandeln.“

„Ich werde uns keine Unannehmlich-keiten einhandeln, mein Lieber. Ich will weiter nichts haben als nur eine

Tasse Kaffee. Ist das etwas Verwerf-liches?“

„In Südafrika ja.“

Der Kellner kam mit dem Geschäfts-führer zurück. Es war ein riesenhaf-ter Grieche, der seinen Rang offen-sichtlich erst erkannt hatte, als er nach Südafrika ausgewandert war.

„Nun, was ist denn los?“ Er sprach mit einem starken ausländischen Ak-zent.

„Gar nichts. Ich habe zwei Tassen Kaffee bestellt, eine für mich und eine für meinen Freund.“

„Für wen – den Nigger da?“

„Wie können Sie wagen, das zu sa-gen!“

„Hören Sie mal zu, Miß. Machen Sie ja, daß Sie von hier fortkommen, oder ich hol' die Polizei!“

„So eine verdammte Frechheit!“

„Möchten Sie, daß ich die Polizei hole?“

„Tun Sie doch, zum Kuckuck, was Sie wollen! Mir jagen Sie keine Angst ein!“

Bill dachte, nun sei die Angelegen-heit ganz und gar außer Kontrolle ge-raten. Er wäre gern ausgestiegen, um mit einem Bus oder einem Zug wei-terzufahren. Die Sache lohnte diese ganze Aufregung nicht.

„Valda, ich bin der Meinung, wir sollten weiterfahren“, sagte er, als der Geschäftsführer sie verließ.

„Ich sehe keinen Grund, weshalb.“

„Sei nicht albern.“

„Ich bin entschlossen zu bleiben, auch wenn du keinen Schneid hast!“

Am liebsten hätte er sie gehorft. Wie weit wollte sie in ihrer Verrück-heit noch gehen? Schneid! Das hieß, sich absichtlich Unannehmlichkeiten zu schaffen. Sie saßen schweigend da.

Ein Polizeiwagen kam quietschend zum Stehen. Der Fahrer schaltete Motor und Lichter aus, blieb unbe-weglich sitzen und starrte durch die Windschutzscheibe; ohne ein Wort zu sagen.

„Laß uns fahren!“ verlangte Bill.

„Hören Sie auf Ihren Freund und er-sparen Sie sich Unannehmlichkei-ten“, bemerkte der Geschäftsführer, der wieder erschienen war. Die Poli-zisten saßen noch immer unbeweg-lich da.

„So eine gottverfluchte Frechheit!“ sagte Valda.

„Fahren Sie jetzt los?“ fragte der Geschäftsführer höhnisch.

„Zum Teufel, laß uns von hier fort-fahren!“ forderte Bill verzweifelt.

„Ich bestehe auf meinem Recht!“

„Diese Ziege, diese elende Ziege!“ dachte Bill.

Ein Polizist öffnete die Tür des Strei-fenwagens und kam übertrieben lä-sig herbeigeschlendert, die Hand auf der Revolvertasche.

„Irgendetwas nicht in Ordnung?“

Valda saß schweigend und empört da. Bill spielte nervös mit seinem Uhrarmband.

„Will Kaffee für ihren Niggerfreund haben!“ höhnte der Geschäftsführer.

Der Polizist setzte den Fuß auf den Kotflügel des Austin.

„Was tust du denn da im Auto mit einer weißen Frau?“

Bill schwieg. Er hoffte, Valda brächte es fertig, sich zu beherr-schen.

„Mach dein dreckiges Maul auf!“

„Ich tue nichts“, sagte Bill.

„Wo kommst du her?“

„Von einer Versammlung.“

„Von was für 'ner Versammlung?“ Bill verweigerte die Antwort.

„Mach deinen schwarzen Mund auf! Von was für 'ner Versammlung? Eine, wo ihr weiße Mädchen verge-waltigt?“

„Kümmern Sie sich um Ihre Angele-genheiten!“ rief Valda aufbrausend.

„Steig aus dem Auto aus, verdammt noch mal, 'raus mit dir!“ Bill reagier-te nicht.

„Hörst du nicht?“

Bill klammerte sich unwillkürlich an seinen Sitz. Der Polizist riß die Tür auf.

„Raus mit dir!“ schrie er und packte Bill unsanft an.

Widerstand zu leisten war sinnlos.

„Na, gut“, sagte Bill.

Der Polizist führte ihn zur Rückseite des Polizeiwagens ab. „Hinein mit dir!“

Valda stieg aus ihrem Austin.

„Und Sie“, sagte der Polizist, zu ihr gewandt, während er die hintere Tür verriegelte, „folgen Sie Ihrem Freund in Ihrem Wagen. Sie können ihm im Kittchen den Arsch küssen!“

# **horizont**

**die Zeitung mit dem richtigen Standpunkt,**  
die sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft.  
Sie erscheint wöchentlich im Berliner Verlag, dem größten Zeitungs- und  
Zeitschriftenverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

# **horizont**

**bringt für Sie auf 32 Seiten**

Exklusivbeiträge internationaler Autoren, Analysen des Weltgeschehens,  
Interviews mit Politikern aus aller Welt,  
Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten,  
fundierte Untersuchungen zu Fragen der Weltwirtschaft sowie Interessantes  
und Sensationelles aus allen Kontinenten aus der Sicht der DDR.

**horizont bringt Informationen, die Sie brauchen.**

horizont erscheint im Berliner Verlag  
Absatzabteilung · DDR-108 Berlin, Otto-Nuschke-Straße 10-1

---

# **horizont**

**the newspaper with the correct standpoint**

the socialist weekly for international politics and economy. It is published  
every week by the publishing house Berliner Verlag which is the biggest  
publishing house of the German Democratic Republic for newspapers and journals

# **horizont**

**contains on 32 pages**

exclusive reports by international authors, analyses of international affairs,  
interviews with political leaders from all over the world, portraits and memoirs of  
internationally well-known personalities, well-founded investigations on questions  
of international economy as well as interesting and sensational  
events from all continents seen from a GDR viewpoint.

**horizont contains information which you need.**

horizont is published by Berliner Verlag  
Absatzabteilung · DDR-108 Berlin, Otto-Nuschke-Straße 10-11

# Westdeutsche Gastarbeiter am Kurfürstendamm



**„Wir müssen also feststellen, daß wir nur aus dem Grund nach Westberlin geholt wurden, um den Unternehmern in dieser Interessschwachen und ausgezehrten Frontstadt die Profite zu sichern. Ansonsten werden wir hier wie in einem Gefängnis mit freiem Ausgang gehalten.“ Das ist das Fazit aus mehrmonatigen Erfahrungen, die junge Arbeiter aus der Bundesrepublik in Westberlin machen mußten. „Deine Chance ist Berlin“ so hatte man ihnen auf den Arbeitsämtern in der Bundesrepublik versprochen. Sie kamen in eine kranke Stadt. Nur vierzig von hundert „Gastarbeitern aus Westdeutschland“ bleiben länger. Warum, schildert Martin Buchholz in seinem Report.**

„Deine Chance ist Berlin“ — verspricht eine reißerische Westberlin-Werbung des Senats seit Jahren schon den westdeutschen Arbeitern und Angestellten. Umgekehrt wird der Schuh daraus, der die Regierenden drückt: Bei ihrem verfehlten politischen und ökonomischen Konzept der Westberlin-Politik, die das Nächstliegende — nämlich den Nachbarn und Wirtschaftspartner DDR — einfach nicht wahrhaben will, scheinen ihnen Arbeitskräfte aus der Bundesrepublik eine der wenigen Chancen zu sein, die Westberlin noch hat. In der Frontstadt, in der bald jeder vierte Einwohner das 65. Lebensjahr überschritten hat, braucht die Wirtschaft dringend „junges Blut“. Doch sie braucht es etwa so wie der selige Graf Dracula: Die Praktiken, die man den meisten Westberlin-Zuwanderern zumutet, lassen sich wirklich nur noch mit mittelalterlichen Vampir-Vokabeln umschreiben: blutsaugerisch!

Mit den jungen Bundesbürgern wird hier ein halb staatlicher, halb privater Reibach gemacht, von dem in den vielen bunten Broschüren und Werbeprospekten natürlich nichts steht. Und auch in den Zeitungen liest man meist kein Wort davon. Dort steht nur, daß die Zahl der Zuwanderer in letzter Zeit stark angestiegen ist. Über die Zahl der „Abwanderer“ hört man nur selten etwas. Ab und zu muß man aber dennoch kleinlaut Eingeständnisse machen. Und das hört sich dann so an:

„Das rosige Bild und die Versprechungen der Prospekte decken sich oft nicht mit den Tat-

sachen. Es hängt meist von der eigenen Initiative der Neankömmlinge — 1969 über 30 000 statt der erwarteten 25 000 — ab, ob sich der Slogan ‚Deine Chance ist Berlin‘ verwirklicht. Das sind die Tatsachen: Etwa 20 Prozent der westdeutschen Arbeitnehmer erfüllen ihre einjährige Verpflichtung nicht und kehren Berlin vorzeitig den Rücken, obwohl sie dann die ihnen gewährten finanziellen Vergünstigungen zum Teil zurückzahlen müssen. Von den übrigen 80 Prozent geht die Hälfte nach Ablauf des ‚Pflichtjahres‘ wieder ins Bundesgebiet zurück und wird nicht bei uns seßhaft.“

Der hier zitierte Bericht ist gewiß unverdächtig, „kommunistische Propaganda“ verbreiten zu wollen. Er stammt aus der „BZ“, die bekanntlich im Hause des Herrn Springer erscheint. Überschrift des Artikels: „Berlin noch keine Stellung wert!“

## **Opfer der Hauseigentümer und des Senats**

Und warum? Schließlich lockt doch der Senat mit einer ganz hübschen Stange Geld. Eines der wichtigsten Reizmittel ist das sogenannte Einrichtungsdarlehen mit 5000,— DM für Alleinstehende und 10 000 DM für Verheiratete, die sich die erste Wohnung in Berlin einrichten. Wo gibt es sonst wohl eine solche Chance, bei der Einrichtung einer Wohnung vom Staat unterstützt zu werden? Und ein Wohnungsproblem gibt es in Westberlin auch

## Westdeutsche Gastarbeiter am Kurfürstendamm

nicht. So steht es jedenfalls im Werbematerial des Senats: „Jede zuziehende Arbeitnehmerfamilie kann damit rechnen, innerhalb von sechs Monaten eine Wohnung zu erhalten.“ Zitieren wir wieder den „BZ“-Schreiber als unverfänglichen Zeugen: „Beim Landeswohnungsamt aber hören die Bewerber, daß man für junge, alleinstehende Menschen unter 30 so gut wie gar nichts tun kann. Familien mit Kindern versucht das Amt in Sozial-Wohnungen unterzubringen. Aber auch das ist unsicher.“

Das ist nicht nur unsicher, sondern geschieht in den wenigsten Fällen. Aber angenommen — eine wirklich kühne Hypothese — ein westdeutscher Arbeiter hätte nach einiger Suche eine Wohnung gefunden und würde nun als „Alleinstehender“ 5000,— DM vom Senat bekommen. Von diesem Geld würde er nicht lange etwas haben, denn die Vermieter haben sich inzwischen auf die Senatsprämie eingestellt: So fordert man im „Normalfall“ schlicht zwischen 3000,— und 10 000,— DM „Abstand“ vom neuen Mieter: Das Geld ist also flöten, ohne daß sich der Betroffene (der langsam allen Grund hat, „betroffen“ zu sein) auch nur ein Möbelstück von diesem legendären „Einrichtungsdarlehen“ angeschafft hat.

Aber es kommt noch schöner: Natürlich muß das Geld zurückgezahlt werden — und natürlich werden auch Zinsen verlangt. Aber das steht auch in den Prospekten. Allerdings wird in den Vordrucken kühn behauptet, der Prozentsatz bei der Rückzahlung liege lediglich bei zwei Prozent. Erst von der Westberliner Sparkasse erfahren die Gutgläubigen dann zu gegebener Zeit (wenn es nämlich an die Rückzahlung geht), daß der Zinssatz nur ein Prozent unter dem jeweiligen Diskontsatz liegt. Konkret bedeutet das: Im Augenblick muß das Darlehen schon mit fünf statt mit zwei Prozent zurückgezahlt werden, da der Diskontsatz sechs Prozent beträgt. Eine faustdicke Lüge also, die man den Senatsopfern aufischt, um sie nach Westberlin zu locken. Nun könnte man zynisch antworten — und genau das tat ein Senatsbeamter, den wir zu diesem Thema befragten: „Was wollen Sie denn — wer kriegt denn hier schon eine Wohnung und somit das Darlehen!“ Womit wir wieder beim Wohnproblem wären: Was also tut ein junger westdeutscher Arbeiter, der nun einmal auf die Werbung hereingefallen ist und mit seinen Koffern in Westberlin sitzt. Er sucht sich ein Zimmer. „BZ“: „Berliner Vermieter nutzen den Mangel an möblierten Zimmern aus, indem sie teilweise Phantasiepreise fordern oder aber ihren Untermietern Mithilfe im Haushalt, manchmal sogar die Wartung des Hundes, zumuten. „Sehnsucht, das ist Berlin . . .“

Aber — Moment mal: Schließlich gibt es ja noch gemeinnützige Einrichtungen, die Arbeiterwohnheime gebaut haben. Zunächst einmal: „Auch die Wohnheime und Werkswohnungen großer Firmen reichen bei weitem nicht aus, um das Wohnungsproblem zu lösen“ (so die „BZ“). Aber nehmen wir wieder einmal etwas tollkühn an, unser Freund aus der Bundesrepublik hätte einen Platz gefunden.

Beispielsweise in einem Heim der sozialdemokratischen Bürgermeister-Reuter-Stiftung, von denen es vier in Westberlin gibt. Im Paul-May-Heim vielleicht: 129,— DM Miete

für einen Bettplatz. Für 15 Wohnparteien pro Flur gibt es dafür immerhin vier Kochplatten und eine Dusche. Allen 360 Bewohnern — zu denen auch viele Studenten gehören — steht ein Klubraum, ein Telefon und — keine Waschmaschine zur Verfügung. Außerdem gibt es keine Miets-, sondern nur Nutzungsverträge, was der Vermieterwillkür Tür und Tor öffnet.

### Am Abend steht der Koffer vor der Tür . . .

Im Arbeiterwohnheim Paul Hertz, das derselben Stiftung gehört, fehlen ebenfalls Mietverträge. Zwei Westberliner Firmen haben eine größere Anzahl von Zimmern fest belegt; da aber ein Teil meist frei ist, werden sie von der Stiftung an andere Arbeiter vermietet. Wenn die Firma nun eines „ihrer“ Zimmer abruft, passiert folgendes: Der Arbeiter, der das Zimmer bewohnt hat, findet am Abend bei der Rückkehr vom Arbeitsplatz seine Koffer vor der Tür.



### ... bloß eine Reise wert?

Wer sagt denn, daß ausgerechnet Deutschlands Mehr-als-Zwei-Millionen-Stadt nur mal 'ne Reise wert ist?

Schließlich ist es Deutschlands Hauptstadt, und ein kleiner Ausflug mit Ku'damm-Bummel, Weißer mit Schuß, Sechstagerennen und Kranzler, mit Baden im Wannensee und „Hertha, Hertha“-Gebüll — das ist bestimmt nicht zu verachten.

Aber — ehrlich — eine Reise reicht höchstens, um auf den Geschmack zu kommen. Berlin macht Spaß. Hier ist was los: Sport, Film, Theater, Mode, Beatkeller, Galerien, Schlösser, Weltstadtperspektive. Hier wird gebaut und geplant und etwas geleistet — imponierend bei dem vielen Ärger in den letzten zwanzig Jahren.

Schnuppern Sie mal: das ist eine Stadt zum Staunen. Da müßte man mal dabei sein! — Warum eigentlich nicht?

Andere Tapeten, andere Eindrücke. Weg vom täglichen Einerlei, von dem Ort, an dem man alles kennt.

Na, wie wär's? Es ist sogar ganz leicht. Sie brauchen nur das Arbeitsamt einzuschalten. Da sitzt ein Fachmann in Sachen Berlin. Und in dieser Broschüre finden Sie eine Menge Informationen zu diesem Thema.

Genau durchlesen — das lohnt sich.

Vor kurzem versuchte eine Gruppe von 30 Bewohnern des Paul-Hertz-Heims diesen Zustand zu ändern. Auf einem Flugblatt forderte man von der Stiftung die Einrichtung eines Mieterausschusses, der bei Neuauflagen und Kündigungen gehört wird, der Mißstände zu beheben versucht sowie Mitbestimmung für die im Haus tätigen Angestellten der Stiftung bei der Vergabe von Personalstellen. Aufgrund dieses Flugblattes wurden den 30 die sofortige Kündigung angedroht, bei zwei „Rädelsführern“ wurde sie auch vollzogen.

So reagiert eine sozialdemokratische Stiftung auf Mitbestimmungsforderungen von Arbeitern: „Durch die Verteilung des Flugblattes mit seinen absurden Behauptungen und Forderungen bekennen Sie, daß Sie mit den Wohnverhältnissen im Paul-Hertz-Heim nicht einverstanden sind und vielmehr Unzufriedenheit in die Bewohnerschaft hineinzutragen beabsichtigen. Wir kommen Ihnen deshalb entgegen und kündigen das Nutzungsverhältnis.“ Kommentar überflüssig.



### Zum Thema Wohnen

Die Wohnung, die man sich wünscht, findet man selten auf Anhieb. Daß es bei Ihnen spätestens in einigen Monaten klappt — dafür hat der Berliner Senat allerdings gesorgt.

Wer zunächst allein kommt, fängt ja oft mit einem möblierten Zimmer an. Dafür müssen Sie 80,— DM bis 130,— DM im Monat anlegen. Meist beschafft der Arbeitgeber dieses erste Zimmer. Wo das nicht klappt, vermittelt das Arbeitsamt einen verbilligten Platz im Hotel.

Wer weniger als 12 000,— DM brutto im Jahr verdient — pro Familienmitglied können Sie noch 3 600,— DM dazurechnen —, hat Anspruch auf eine billige, öffentlich finanzierte Wohnung. Den Antrag für einen Wohnungsberechtigungsschein kann man sich beim Arbeitsamt holen. Wenn Sie ihn ausgefüllt haben, schicken Sie ihn bitte an: das Landesamt für Wohnungswesen, 1000 Berlin, Potsdamer Str. 192.

Wer zwischen 12 000,— DM und 27 000,— DM brutto jährlich verdient (bei jedem Familienmitglied zählen Sie noch 7 200,— DM dazu), muß sich eine frei finanzierte Wohnung nehmen. Aber der Senat hält die Miete durch Zuschüsse auf 4-5 DM pro Quadratmeter für ein ganzes Jahrzehnt stabil. Auch dafür bekommen Sie bei uns einen Antrag, der ebenfalls an das Landesamt für Wohnungswesen zu senden ist.

Theodor W. Adorno/Hanns Eisler

## Komposition für den Film

214 Seiten, mit Notenbeilagen DM 10,—

Die Möglichkeiten, welche die technische Apparatur für Kunst in der Zukunft bietet, sind unabsehbar, und noch im verkommensten Film sind Augenblicke, wo diese Möglichkeiten sichtbar aufblitzen.

Adorno/Eisler

Hugo Ball:

## Zur Kritik der deutschen Intelligenz

Ein Pamphlet. Herausgegeben und eingeleitet von Gerd-Klaus Kaltenbrunner

328 Seiten, Pb. DM 14,—

Balls Abrechnung mit der Ideengeschichte gilt vor allem der Rezeption und Wirkungsgeschichte bei Luther, Kant, Hegel und Marx. Das Buch nimmt mehrere Intentionen der Negativen Dialektik Adorns vorweg, aber auch Blochs, Lukacs und Marcuses.

Frank Böckemann

## Befreiung des Alltags Modelle eines Zusammenlebens ohne Leistungsdruck, Frustration und Angst

188 Seiten, Pb. DM 8,—

Inmitten einer Welt des Reichtums verhalten wir uns, als lebten wir in einer Welt des Mangels. Wir verkehren die Konkurrenten miteinander und fürchten uns vor der Befriedigung unserer eigenen Bedürfnisse. Dies provoziert Entwürfe von Formen des alltäglichen Lebens, die den ökonomischen Möglichkeiten angemessener wären.

## Neuer Roter Katechismus

Herausgegeben von Karl Freydorf. Mit einem Kommentar von Frank Böckemann. 268 Seiten, DM 5,—

An die BISHOP LETZTE praktische Theorie sich haltend, ist dieser Katechismus inmitten veränderter Umstände objektiv selbst Erkenntnismittel, nicht mehr Bestätigung.

W. I. Lenin

## Hefte zu Hegels Dialektik

Aus dem Russischen von A. Furschtschik. Eingeleitet von Thomas Meyer. 256 Seiten, DM 10,—

„Als Enfant terrible der Tradition steckte Lenins Theorie einen Problembereich ab, in dem die nachfolgende Diskussion sich nur mit Unbehagen und Mißtrauen aufhielt.“ (Thomas Meyer)

Gert Mattenklott

## Bilderdienst — Ästhetische Opposition bei Beardsley und George

388 Seiten, 25 Abb. Pb. DM 16,—

Mattenklott, ein Schüler Peter Szondis, deutet die Kunst als von der Geschichte der Gesellschaft geprägte und untersucht die reale Zeitgeschichte hinsichtlich der Wirkung, die die Kunst in ihr vollbringt. Die von ihm interpretierten Materialien umfassen außer Bildern Beardsleys und dem Werk Stefan Georges wie seines Kreises wichtige Bücher der Popularphilosophie.

J. Stalin / N. Marr

## Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft und über die Entstehung der Sprache

Aus dem Russischen von H. D. Becker. Mit einem Nachwort von H. P. Gente. 148 Seiten, DM 7,50.

„Es ist an der Zeit, sich an die grundsätzliche Kritik der Stalinischen Theorien zu wagen. Diese Neuveröffentlichung kann dabei gute Dienste leisten.“ (Jost Nolte)

## „Eine arglistige Täuschung“

Aber schließlich sind nicht alle Organisationen und Heime von dieser Art. Also noch einige Exempel:

Da gibt es beispielsweise die AR-WO-BAU. Die „Arbeitnehmer-Wohnheim-Gesellschaft mbH“, die sich dahinter verbirgt, hat insgesamt sechs Heime in entlegenen Außenbezirken der Stadt. Die AR-WO-BAU preist sich in einem Prospekt als „Gründung des Landes Berlin und der Industrie- und Handelskammer Berlin“ an: „Ihre Zielsetzung ist gemeinnützig.“ Gemeinnützig bedeutet: „Die Plätze werden über den Arbeitgeber vermietet, der hier die Möglichkeit hat, sich ein bestimmtes Kontingent an Plätzen zu sichern.“ Anders ausgedrückt: Die Arbeitsverträge sind gleichzeitig Mietverträge. Wenn ein Arbeiter eine Firma wechseln will, wird er wohnungslos. Ein Druckmittel, das von den Firmen — insbesondere bei Lohnforderungen — immer wieder angewandt wird.

In einem Flugblatt hat sich kürzlich eine Aktionsgruppe des AR-WO-BAU-Heims in der Zehlendorfer Goerzallee gegen die „übertriebenen und lügenhaften Redensarten über das Leben in Berlin“ gewandt, mit denen „wir Berlin-Zuwanderer besoffen gequatscht werden und dann in den Berliner Senatskasernen von der Art der Goerzallee 123—135 landen, wo wir von einem Drahtzaun umgeben, wie in einem Ghetto von der Stadt und ihren Menschen getrennt und isoliert unsere Freizeit verbringen müssen.“ Die Anwerbung in Westdeutschland durch Firmen aus Westberlin lasse sich nur noch mit der Soldatenrekrutierung der Feudalzeit vergleichen: „Der mittelalterliche Söldner wurde mit billigem Fusel für die Armee geworben und dann mit Arschtritt in die Kaserne des Landesfürsten getrieben!“

Am Beispiel des Wohnheims in der Goerzallee, wo „zwischen dünnen und hellhörigen Wänden jedes Gespräch, Musik und das Weckerklingeln der Schichtarbeiter überhört und selbst das unterdrückte Husten gehört wird, zeige sich, daß die Wohnungsversprechen des Senats in seinen Werbroschüren „eine arglistige Täuschung“ seien. Die Heimordnung sei dazu angetan, sich wie in einem „Stallplatz“ zu fühlen. Für einen Raum von 12 qm Größe werden 132,— DM verlangt. Der Quadratmeterpreis liegt also höher als beim sozialen Wohnungsbau. Der versprochene Gemeinschaftsraum ist noch nicht eingerichtet. Das Anbringen von persönlichen Gegenständen an den Wänden ist untersagt.

## „Wir leben wie in einem Slum“

Fazit der Aktionsgruppe: „Wir müssen also feststellen, daß wir nur aus dem Grund nach Berlin geholt wurden, um den Unternehmen in dieser altersschwachen und ausgezehnten Frontstadt die Profite zu sichern, denn wo keine Arbeiter sind, kann auch kein Kapitalist fett werden. Das einzige, was man an uns schätzt, ist unsere Arbeitskraft, die man ausbeuten kann. Ansonsten werden wir hier wie in einem Gefängnis mit freiem Ausgang gehalten.“ Ähnliche Erfahrungen haben Arbeiter gemacht, die in einem anderen AR-WO-BAU-Heim wohnen: Am Freiheitsweg in Reinicken-

dorf in einem barackenähnlichen Heim — für eine Lebensdauer von 15 Jahren gebaut — das sich nach den Vorstellungen der „gemeinnützig“ Bauherren nach spätestens fünf Jahren amortisiert haben soll. Danach will man an den Arbeitern verdienen.

„Wir leben hier wie in einem Slum“, berichten Heimbewohner am Freiheitsweg. Die primitive Schnellbauweise der Heime läßt fingerdicke Risse in den Wänden auftreten. Teilweise sind auch die Deckenbalken durchgefault. Und die wohnlichen Slum-Verhältnisse bedingen soziale Slum-Gewohnheiten. Junge Bundesbürger, die neben ihrer Arbeit an Fortbildungs- und Abendkursen teilnahmen, gaben diese Bemühungen schon nach wenigen Wochen wieder auf. In den Zweibett-Zimmern gibt es keine Möglichkeit, in Ruhe zu lernen, zumal die Wände so hellhörig sind, daß jedes Husten zu einem mittleren Erdbeben führt. Die Lage der Heime ist durch die schlechten Verkehrsverbindungen der äußersten Randbezirke so ghettotartig, „daß uns am Feierabend gar nichts anderes übrigbleibt als zu gammeln“. Freundschaften mit Mädchen gehen meist schon nach kurzer Zeit auseinander: „Noch nicht einmal tagsüber dürfen wir uns in unser Zimmer setzen. Soll man denn immer nur durch die Stadt laufen und in Kinos gehen?“

Sie langweilen sich, fallen sich gegenseitig auf die Nerven, gammeln herum. Das „gesellschaftliche Zentrum“ wird die nächste Eckkneipe, wo man auch wieder unter sich bleibt. Und einige Abenteuertypen, durch abenteuerliche Senatswerbung angelockt, bestimmen bald das soziale Klima in diesen Heimen. In der internen Statistik der Heimleitung am Freiheitsweg werden die Vorfälle eines Jahres zusammengetragen:

„16mal war die Kriminalpolizei wegen der Verhaftung eines Heimbewohners anwesend. Zwei Drittel der Straftaten wurde während des Heimaufenthaltes in Berlin verübt. Die Skala der Delikte reicht von Mord über Betrug, Überfall, Einbruch, Diebstahl bis zur Zechprellerei.“ 24mal wurden Diebstähle gemeldet, 20mal wurden Kühlschrankschächer aufgebrochen, 58mal mußte die Heimleitung wegen betrunkenen Randalierers eingreifen, 12 Schlägereien mußten durch die Leitung geschlichtet werden, 9 minderjährige Mädchen wurden nachts aus den Zimmern geholt, viermal wurde die Raumpflegerin „sexuell belästigt“. „Zahlenmäßig nicht zu erfassen sind die Beschädigungen der Außenanlage des Heimes durch Kleinkaliberwaffen.“

## Vorurteile gegen die „Gastarbeiter“

Deine Chance ist Berlin: Eine echte Chance, in ein Slum-Milieu zu geraten, eine Atmosphäre von Langeweile, Einsamkeit und Aggression. Die Chance, ins Asoziale abzurutschen, den Heimplatz eines Tages mit einer Gefängniszelle zu vertauschen. Die Schuld liegt eindeutig beim Senat, der mit marktschreierischen Versprechungen junge Leute nach Westberlin lockt, um sie hier systematisch zu sozialen Parias zu machen. Einige westdeutsche Arbeiter ziehen daraus die Konsequenz und entschließen sich, den Slogan „Deine Chance ist Berlin“ nicht nur einseitig zu testen. In der Heimstatistik wird

## Westdeutsche Gastarbeiter am Kurfürstendamm

dazu lakonisch festgestellt: „Sieben Heimbewohner sind von einem Besuch in den Ostsektor nicht zurückgekehrt.“  
 Noch etwas zum Thema „Kriminalität“: Hier werden auch all die Vorurteile offenkundig, die man gerade bei den Behörden gegenüber westdeutschen Arbeitern hat. Diese „Westdeutschen“ sind eben in den Augen einer durch Vorurteile gekennzeichneten Springer-Öffentlichkeit (immerhin hat der Zeitungs-Zar einen Westberliner Marktanteil von 70 Prozent der veröffentlichten Meinung) auch „nur Gastarbeiter“: „Sicherlich, es sind Deutsche“, erklärte mir ein Polizeiwachmeister in Wilmersdorf, „und die Ithaker und Jugos sind da gefährlicher, aber sagen Sie mal ehrlich: Wer haut denn von zu Hause ab, wenn er nicht was auf dem Kerbholz hat. Ich will ja nicht sagen, daß diese Leute durchweg kriminell sind, aber woran man bei denen ist, weiß man doch nicht genau. Doch alles Burschen, die sich vor der Bundeswehr drücken wollen.“  
 Die praktische Konsequenz solcher polizeilicher Anschauungen liest sich dann so:

Arbeiter nutzen nichts. Sie kamen für Monate in Untersuchungshaft — aufgrund der Anschuldigung eines zum damaligen Zeitpunkt vollkommen betrunkenen Zeugen, der zudem eine siebenjährige Freiheitsstrafe wegen versuchten Raubmordes in seinem Strafregister hat. „Ich erinnere mich an nichts mehr“, sagte dieser Zeuge — 10 Monate später — vor Gericht. Erst danach durften die drei Westberliner endgültig verlassen. Bei der Polizei und in der Justiz zuckte man die Achseln: Sicherlich, eine Panne kann schon mal passieren, aber schließlich waren es westdeutsche Gastarbeiter, da war die Wahrscheinlichkeit ja groß . . .  
 Diese Vorurteile findet man überall. In den „Berliner Blättern“, dem Organ der SP-Linken in Westberlin, berichtet ein Zuwanderer: „Wenn man als Bundesbürger hinkommt auf das Arbeitsamt in Westberlin, dann heißt es: ah, da kommt wieder ein ‚Westdeutscher‘! Ich wurde zum erstenmal als ‚Westdeutscher‘ angesprochen, ich kam mir irgendwie vor wie ein Ausländer. Und das hat viele andere auch aufgeregt.“

gebiet, zu anderen Großstädten einfach nicht da ist.“  
 Auch Springers „BZ“ muß eingestehen, daß zu den Hauptgründen „für den Rückwanderungsverlust . . . daß noch zu niedrige Lohn- und Gehaltsniveau in Berlin“ gehört: „Mit den Löhnen der Ballungszentren westdeutscher Großstädte kann Berlin noch immer nicht konkurrieren.“  
 Und das ist noch verharmlosend ausgedrückt. Nehmen wir das Beispiel Hamburg: Hier liegt der Bruttostundenverdienst eines Industriearbeiters durchschnittlich bei 5,67 DM, der des Westberliner Industriearbeiters liegt bei 5,29 Mark. Unterschied: 38 Pfennig in der Stunde. In der Woche etwa 16 DM.  
 Nicht anders bei den Frauen. In Hamburg: 3,82 DM. In Westberlin: 3,51 DM. Unterschied: 31 Pfennig pro Stunde. In der Woche etwa 13 DM. Ein Vergleich zwischen zwei Werken eines Konzerns ergibt das gleiche Bild: Der Arbeiter im Schering-Werk in Westberlin verdient bis zu 88 DM im Monat weniger als sein Schering-Kollege in Bergkamen. Lehrlinge bekommen in Westberlin im letzten Lehrjahr 46 DM weniger als in Bergkamen.



### Wenn die (harte) DM rollt

Die DM (West) und Berlin . . . Zuschüsse aus der Staatskasse und nochmals Zuschüsse, Spekulationsgewinne . . .  
 Haben Sie das schon mal gehört? Klingt so ein bißchen nach Goldrausch, nicht? Lassen Sie sich keinen (Berliner) Bären aufbinden. Überzeugen Sie sich selbst. Denn alle diese Geschichten unterschlagen, daß hier eine 2,2-Millionen-Bevölkerung lebt und etwas leistet. Oder glauben Sie, daß man mit ein paar Steuer- und Transporttricks zur größten deutschen Industriestadt wird?

Allein die Elektrotechnik! 92 000 Berlinerinnen und Berliner arbeiten in diesen Industrien: Turbinen, Transistoren, Röhren, Kühlschränke, Telefone, 300 000-Volt-Kabel — was mit Elektrizität zu tun hat, Berlin produziert es.  
 Und dann Stahlbau, Metallurgie, Fahrzeugbau, Schiffe . . .  
 Hier gibt es Weltunternehmen, und Berliner arbeiten für die entferntesten Märkte. Bücher, Zeitungen, Broschüren? Druckereistadt Berlin mit mehr als 12 000 Mitarbeitern, dazu 6 000 in der Herstellung und Verarbeitung von Papier.  
 „Berliner Chic“ ist wieder ganz oben auf — Stoffe, Leder, Textilien — ein großer Wirkungsbereich für Frauen.

Und wer liefert Kunststoffe, Chemiefasern, Lacke, Farben, Seife, Kosmetika, Kautschuk und Aesbat für viele Märkte? Natürlich Berlin.  
 Obriqens: jede dritte deutsche Zigarette kommt aus dieser Stadt.  
 Eines wird Ihnen gleich auffallen: die Bautätigkeit. Wo so viele Straßen und Hochhäuser entstehen, hat man bestimmt eine Zukunft vor Augen und man braucht Arbeitskräfte. Eben deshalb lohnt es sich, nach Berlin zu gehen.  
 Auch die Hoteliers suchen Personal. Kein Wunder: 1968 zählte Berlin 2,4 Millionen Übernachtungen!

### . . . aber die Profite sind höher als in der BRD

Und so ist es bei allen anderen Konzernen auch. Nur in einem ist die Westberliner Statistik höher: In dem Profit, den der Unternehmer aus dem einzelnen Arbeiter herausholt. Er verdient weniger, muß aber mehr arbeiten. Unser Kronzeuge für diese Behauptung ist der gewiß unverdächtige Fabrikant Walter W. Cobler, Präsident der Industrie- und Handelskammer in Westberlin. Im internen Hausblatt der Unternehmerorganisation verkündete er vor einem Jahr stolz, daß „die Produktion gestiegen sei, obwohl die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte erheblich zurückging“. In den Jahren von 1961 bis 1967 ist der Umsatz pro Arbeiter in der Westberliner Industrie um 57 Prozent gestiegen, in der Bundesrepublik hingegen nur um 39 Prozent, teilte Präsident Cobler mit. Auch hier lohnt sich der Vergleich zwischen westdeutschen und Westberliner Werken:  
 Ein Arbeiter, der bei Daimler-Benz in Mariendorf beschäftigt ist, erbringt im Jahr durchschnittlich 76 700 Mark an Leistung. Sein westdeutscher Kollege bei der gleichen Firma erbringt dagegen 62 100 Mark an Leistung, 24 Prozent weniger, also fast ein Viertel.  
 Beispiel Siemens: In Westberlin 44 000 Mark, in der Bundesrepublik 32 500 Mark. Unterschied 30 Prozent.  
 Beispiel Eternit: In Westberlin (Rudow) 84 000 Mark, in der BRD 48 000 Mark. Unterschied: 75 Prozent.  
 Beispiel Osram: In Westberlin 33 000 Mark, in der BRD 27 000 Mark. Unterschied: 22 Prozent.  
 Das sind Tatsachen. Das steckt hinter der Forderung „Junges Blut nach Berlin“: Die Vampire warten schon. Gegen diese Blutsauger-Methoden hilft kein Ferneth-Branca, sondern nur solidarische Kampfmaßnahmen. Dieser Dracula-Zahn muß den Unternehmern gezogen werden.  
 Obriqens, wollen Sie mal 'nen guten Witz hören? Kenne den: „Deine Chance ist Berlin.“

„Mit einem überraschenden, aber eindeutigen Freispruch endete gestern in Moabit der Prozeß gegen drei westdeutsche Arbeiter. Die Anklage — gestützt auf die Aussage eines einzigen Zeugen — hatte ihnen Amtsanmaßung und räuberischen Diebstahl vorgeworfen. Doch vor Gericht erklärte der Zeuge plötzlich: ‚Ich kann nichts Genaues sagen. Ich möchte mich nicht strafbar machen.‘“ (so Springers „BZ“)

Was war geschehen? Die drei Arbeiter hatten wegen des niedrigen Lohnes in Westberlin und wegen der miserablen Wohnverhältnisse in ihrem Heim die einzig richtige Konsequenz gezogen: Sie wollten nach Hause zurück. Mit den Flugscheinen nach Hannover in der Tasche setzten sie sich am letzten Abend ihres Berlin-Aufenthaltes zusammen und versuchten, ihre bitteren Erfahrungen und die Einsicht, daß man sie um ein Jahr ihres Lebens durch eine hemmungslose Lügen-Propaganda schlicht betrogen hatte, hinunterzuspülen. In der Halle des Bahnhofs Zoo, als sie gerade das Lokal verließen, stürzte ein Mann auf sie zu und beschuldigte die drei, ihn kurz zuvor im nächtlichen Tiergarten niedergeschlagen und ausgeraubt zu haben. Die Polizei nahm die Arbeiter fest.  
 Das war im Juni 1969. Alle Unschuldsbeteuerungen der drei nicht vorbestraften

Mit Ämtern und Papierkram hat ein Zuwanderer mehr zu tun als ihm lieb ist: „Man muß diese ganzen Formalitäten, die über Erwarten viele sind — mehr geht bestimmt nicht mehr, das ist ausgeschlossen! — über sich ergehen lassen. Das alles geschieht unter einem so riesigen Aufwand an Papier und Zeit und Arbeitskräften, daß das in keinem Verhältnis zum ‚Erfolg‘ steht. Dort, im Arbeitsamt, habe ich viele getroffen, die sich sagten: da können wir nicht mithalten. Das ist skandalös! Wir werden uns das Fahrgeld ausbezahlen lassen und wieder zurückgehen.“

### 10 Prozent weniger in der Lohntüte . . .

Der Interviewpartner des SPD-Biattes aber wies auch auf den wichtigsten und neuralgischsten Punkt hin, der den Arbeitskräften aus der Bundesrepublik erst klar wird, wenn sie hier sind: „Generell würde ich sagen, daß die Löhne hier etwa 10 Prozent — ich glaube, das ist nicht zu hoch gegriffen — niedriger sind, während Berlin z. B. in Mieten durchaus mit jeder westdeutschen Großstadt mithalten kann. Ich möchte sagen, daß die Lebenshaltungskosten in Berlin bestimmt so hoch sind wie irgendwo anders. Es ist mir unverständlich, daß dieser Lohnausgleich zum Bundes-

Carsten Linde:

# DAS LEBENSREZEPT DES UDO 70



In einer Meinungsumfrage nach den Idolen der westdeutschen Jugend wurde Udo 70 unmittelbar hinter John und Robert Kennedy auf dem dritten Platz genannt. Sein Name Udo ist ein internationales Warenzeichen. „Udo“ ist beinahe so bekannt und vielverkauft wie die Markenartikel „Volkswagen“ und „Persil“.

Im reich und bunt bebilderten „Udo-Jürgens-Songbuch“ (Axel Juncker-Verlag, 19,80 DM – Vorwort: Hans Helmut Kirst) findet man einen verschlüsselten Hinweis auf das Alter und den Geburtsort des Sängers: „Dieser ‚Jüngling‘... wurde in Österreich, in der Nähe von Klagenfurt geboren. Und das geschah zu einer Zeit, in der aus den Lautsprechern ‚Kleine Möwe, Weg nach Helgoland‘ erklang...“ So dich dein Gedächtnis nicht im Stich läßt, lieber Leser, kannst du aus diesen Informationer messerscharf folgern, wann und wo Udo 70 das Licht der Welt erblickte.

Wenn wir ein anderes billigeres Udo-Buch befragen („Alles über Udo“, Schneider-Buch S 4633, Fan-Serie, 4,95 DM), so erhalten wir des Rätsels Lösung folgendermaßen erläutert: „Ottmanach. So heißt das vierhundert Jahre alte Renaissanceschloß in Kärnten, in welchem Udo am 30. September 1934 geboren wurde.“ Demzufolge ist Udo nicht 70 Jahre, sondern knapp über die Hälfte, nämlich 36 Jahre alt. Weitere biografische Fakten aus dem Star-Buch: „Udo ist genau 1,86 m groß und ist eigentlich damit zufrieden. – ‚Meine Nase ist viel zu groß. Was soll ich da bloß machen?‘ – In seinem Paß steht als bürgerlicher Name: Udo Jürgen Bockelmann. Weil sich die Fans aber nicht gerne lange Namen merken, hat er den Künstlernamen Udo Jürgens angenommen.“

Diese wenigen „Tatsachen“ zur Person des populärsten Schlagersängers der Bundesrepublik besitzen geringen Aussagewert. Denn die scheinbaren Fakten sind auswechselbare, manipulierte Chiffren, die das Image des Sängers dem jeweiligen Publikumsgeschmack anpassen können. Von ungleich stärkerer Aussagekraft sind die Lieder selbst, welche die Zuhörer so faszinieren, daß sie den Sänger zum Star und sich zu Fans machen. Gedruckt verlieren diese Liedertexte viel von ihrem Konzertzauber und lesen sich oftmals holprig und stolprig.

## Das Leitmotiv: Frage nicht warum – bleibe lieber dumm

Textprobe aus „Schau nicht hin“  
*Doch alles kannst du nicht haben,  
Wenn's dir auch noch so gefällt.  
Ja, dann schau nicht hin,  
schau nicht hin,  
Dreh dich einfach um,  
Such nicht den tiefen Sinn,  
tiefen Sinn,  
Frag nicht „warum“,  
Nicht „warum“  
La-la-la -- la-la-la  
La-la-la -- la-la-la.*

Diese erste Textprobe beinhaltet schon das Leitmotiv fast aller bundesdeutscher Schlager und Udo-Jürgens-Texte: Sei bescheiden auch in deinen Fragen. Alles was du siehst und begehrt, kannst du nicht haben, es

gehört schon anderen, Mächtigeren. Warum das so ist? Darüber zerbrich dir nur nicht den Kopf. Womöglich kommst du sonst auf radikale Gedanken. Verschließe deine Augen und schau nicht hin. Frag nicht warum – dreh dich einfach um. Warum ist die Tabu-Frage Nr. 1. Frage nicht warum – bleibe lieber dumm. Bescheidenheit macht erst richtig glücklich. Den tiefen Sinn brauchst du gar nicht zu wissen. Hörst du, was ich singe? Mach deine Ohren weit auf, dann brauchst du deine Ohren und deinen Verstand nicht mehr. Mit hypnotisch-sanfter Stimme und zu Schlangenbeschwörermusik zieht Udo 70 ähnliche Register wie die Adenauer-CDU mit dem Slogan „Keine Experimente“.

## Udo 70 neutralisiert den Konflikt

Textprobe aus: „Was wirklich zählt auf dieser Welt“:

*Wenn du mitunter traurig bist,  
Es mag sein, vielleicht,  
Weil das Geld nie reicht,  
Dann sag dir, daß da manches ist,  
Was der reichste Mann,  
Sich nicht kaufen kann.  
Es gibt: Sehnsucht! Träume!  
Nachts das Rauschen der Bäume!  
Es gibt Treue! Freunde!  
Jemand, der zu dir hält!  
Was wirklich zählt  
Auf dieser Welt,  
Bekommst du nicht für Geld!*

Udo neutralisiert den Konflikt, daß nämlich manchen „das Geld nie reicht“, während die Reichen nicht nur immer reicher werden, sondern dazu immer größeren Einfluß auf Gesellschaft und Politik gewinnen. Udo schleimt diese Klassenunterschiede bis zur Unkenntlichkeit ein. Merke: „Dann sag dir, daß da manches ist, was der reichste Mann sich nicht kaufen kann.“ Kopf hoch! Schau doch, das Rauschen der Bäume ist kostenlos. Daran darfst du teilhaben. Und denk daran: „Es gibt Sehnsucht! Träume!“ Warum träumst du deine Konflikte nicht fort, denn „was wirklich zählt auf dieser Welt, bekommst du nicht für Geld!“

Mit solcher hausgemachten Philosophie spendet Udo Trost. Udo ebnet soziale Unterschiede mit halbgaren, halbweisen Sätzen ein. Es ist doch heute so: Die überwiegende Mehrheit versucht, Prestige und Selbstbestätigung durch käufliche und vorzeigbare Konsumgüter (Autos, Filmapparate, Stereoanlagen usw.) zu erhalten, wodurch sie in den immer größeren Konsumzwang, zu Konkurrenzhaltung zueinander und zur Beeinflussbarkeit durch die Werbung geraten. Aber: „Gegenüber früheren Entwicklungsformen des Kapitalismus unterscheidet sich die heutige Situation hauptsächlich dadurch, daß mit der komplizierten Sozialstruktur die gesellschaftlichen Fassaden noch täuschender geworden sind. Der Arbeiter, der sich heute als Bürger fühlt, weil er am allgemeinen Konsum teilnimmt, hat wie eh und je keinen Anteil an den Produktionsmitteln, deren gesamter

## Das kleine Handbuch für Lehrlinge und Jungarbeiter:

# Arbeiterjugend contra Monopole

Berichte über Aktionsmodelle, über erfolgreiche Lehrlingsaktionen, über Möglichkeiten, Lehrlinge und Jungarbeiter zu aktivieren machen diese Broschüre nicht nur interessant, sie ist gleichzeitig Anleitung zum Handeln.

Erscheint Mitte Januar 1971

Etwa 250 Seiten

Preis: 4,50 DM

Arbeiterjugend  
kontra Monopole

## SDAJ - Ein Porträt in Dokumenten

Diese Broschüre informiert ausführlich über die jüngste Arbeiterjugendorganisation in der Bundesrepublik.

Paperback, 96 Seiten

Preis: 3,90 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund Brüderweg 16

Gewinn nahezu ganz den Eigentümern zufließt.“ (Helmut Lamprecht in „Teenager und Manager“, S. 9, Rütten & Loenig, 1965)

### Die beste Gesellschaftsform: Die eigene Welt

Textprobe aus: „In dieser Welt“:  
*In dieser Welt, wo Haß und Neid regieren,  
Wo ohne Sinn die Menschen Kriege führen,  
Und wo die Angst in all' unsern Herzen schlägt,  
da sehen wir noch einen Weg!  
In dieser Welt, die uns gefangen hält,  
baun wir aus Liebe unsere eigene Welt.*

Wer sich in den privaten Bereich zurückzieht, nur sein eigenes Glück als Ziel sieht, der bleibt den Herrschenden ungefährlich, weil er nicht mithelfen wird, das Glück und die Interessen seiner ganzen Klasse zu verwirklichen. Udo schläfert ein und verspricht, daß schon über Nacht – im Traum – alles besser wird, wenn nur alle mitmachen bei seinem magischen Schnulzentrip.

### Illusionsspiele gegen Wohlstandskrankheit

Die Magenbeschwerden der Wohlstandsgesellschaft, die üppig auf Kosten der sozialen Gesundheit produziert und konsumiert und trotzdem zuweilen heftig rülpsst und von Verdauungsstörungen geplagt wird (z.B. in wirtschaftlichen Rezessionen), heilt der weise Mediziner Udo mit der wohlgeschmeckenden Illusionsspiele. Zunächst spricht er mit sorgenvoller Stimme die Angstgefühle der Abhängigen an:

*Sag mir wie, sag mir wie*

*Weicht die Angst aus meinem Tag?*

*Sag mir wie, sag mir wie*

*stell ich mich dem Schicksalsschlag?*

(Aus: So wie die Sonne für alle scheint)

Und dann verordnet er die Illusionsspiele in dreifacher Dosis:

1. Dosis:

*... so gibt es Glück für uns alle genug,  
nur kann es geschehen,  
daß wir es nicht sehn.“*

(So wie die Sonne . . .)

2. Dosis:

*„Doch so lang ein Mensch noch träumen kann,*

*wird sicher irgendwann  
ein Traum in Erfüllung gehn“*

(Illusionen)

3. Dosis:

*„Einmal sind wir alle gleich  
Ob du nun arm warst oder reich“*

(Einmal sind wir alle gleich).

### Der moralische Aufrüster und die religiöse Läuterung

Wenn diese symbolträchtigen Worte noch nicht den ersehnten Trost schenken, dann hat der Seelenmasseur und moralische Aufrüster als perfekte Lösung die religiöse Läuterung

auf Lager. Da wird er zum Hohen Priester der Verklärungsindustrie: Textprobe aus „Wer ist Er?“

*Der Schmetterling, die kleine Flocke Schnee . . .*

*Wer fand die Form, von wem war die Idee?*

*Wer komponierte wohl das Lied der Nachtigall?*

*Siehst Du sein Werk*

*Nicht überall?*

*Wer ist er, durch den auch du nur bist*

*Den kein Verstand ermißt*

*Der Anfang und auch Ende ist,*

*Ist nicht auch unsere Bahn*

*Ein Teil von seinem Plan?*

### Schlager als Spiegel gesellschaftlicher Situation

So bastelt Udo mit seinen Liedern die heile Ersatzwelt zurecht und schreckt selbst vor simpelsten Gottesbeweisen nicht zurück. Hüten wir uns davor, im Sänger der streng normten – nämlich immer gleichen – Traumwelt nur einen schillernden Falter zu sehen, der im Scheinwerferlicht zappelt (und dabei über eine Million DM pro Jahr netto verdient). Es reicht auch nicht aus, schrilllose Manager, deren Produkt der Sänger sein könnte, als Alleinschuldige an der Art dieser Schlager darzustellen.

Die Hörer von Schlagerbenutzen diese als Drogen und geraten in Abhängigkeit von ihnen. Nur der Schlager verspricht ihnen noch eine glückliche Zukunft, nur im Schlager ist z.B. Geld nicht der höchste Wertmaßstab. Schlagerhörer legen ihren Schnulzentrip ein, weil sie Abhängigkeit nicht nur im ökonomischen Bereich am eigenen Leib spüren. Aber die Ursachen dieser Abhängigkeit können sie sich nicht erklären. Der Ausweg in die Illusion ist dieser Art von Schlagerhörern zum Bedürfnis geworden. Hier finden sie scheinbar Gehör, der Sänger spricht zu ihnen, greift ihre Sorgen und Ängste auf, tröstet sie mit leichter Seelenmassage, die immer mit erotischen Gefühlen verbunden sein soll: „Denn zu seiner Art von Musik muß das Ohr des Zuhörers gewissermaßen an seinem Mund sein. Wenn Udo leise singt, muß der Hörer das Gefühl haben, daß Udo neben ihm liegt und ihm das, wovon er singt, ins Ohr flüstert.“ (Aus: „Alles über Udo“). Der Sänger wird schließlich zum scheinbar legitimen Sprecher der Sprachlos-Gehaltenen, indem er und seine Lieder durch Stimmabgabe an die Spitze der Hitparaden gewählt werden.

Wo man in der Bundesrepublik Radio oder deutsche Schlager hört, drängt sich Udo Jürgens mit genormten Texten, genormter Musik und einer „sympathischen Stimme“ ins Ohr und von dort weiter ins Bewußtsein. Ob man ihn als „Schnulzenheini“ abtut oder sich der Seelenmassage seiner Schlager völlig hingibt, an Udo 70 und seinen Liedern kommt man nicht vorbei. Sie sind ein Stück westdeutscher Realität.



## *Die Schwiegermutter und das Krokodil*

111 coloured picture sheets for all people  
living in town and country

Edited by Werner Hirte

2nd edition · 128 pages · 35 cm × 24,8 cm

Cloth binding with dust jacket 34.– M

This book is colourful and enjoyable. It is colourful in its naive magic of hand-painted colourfulness. It is enjoyable in its methodical and well-mannered stories in pictures, its queer types, and its honourable and moth-eaten wisdom of grandmother's time. Native wit pokes fun at human—indeed very human—weaknesses. Long before the first "Illustrated Magazine" was born, picture sheets reproduced the events of the day. Anybody looking through this volume will enjoy the fascinating colours—they have been perfectly reproduced in the printing process—and the humorous originality of these prints.

Auslieferung für Westdeutschland und Westberlin durch Rogner & Bernhard, München.

111 bunte Bilderbogen für alle Land- und  
Stadtbewohner

Herausgegeben von Werner Hirte

2. Auflage · 128 Seiten · 24,8 cm × 35 cm

Leinen mit Schutzumschlag 34.– M

Bunt ist dieses Buch und vergnüglich. Bunt in seinem naiven Zauber handgemalter Farbigkeit. Vergnüglich in seinen betulichen Bildergeschichten, seinen kauzigen Typen und seinen ehrwürdig-verstaubten Großmutterweisheiten. Hier spielt urwüchsiger Volkswitz mit den menschlich-allzumenschlichen Vorkommnissen des Lebens. Lange noch bevor die erste „Illustrierte Zeitung“ in die Welt ging, gaben Bilderbogen die Tagesgeschichte wieder. Die faszinierende Farbigkeit, die in den Drucken dieser Ausgabe voll erhalten blieb, die humorvolle Originalität dieser Blätter rufen noch heute das Vergnügen des Betrachters hervor.

*Eulenspiegel Verlag Berlin*

DDR-108 Berlin · Kronenstraße 73-74

### Junge Menschen im jungen Staat

Herausgegeben vom Zentralrat der FDJ

Zusammengestellt von Herbert Thur

Geleitwort von Günther Jahn

Einführung von Hans Weber

Etwa 260 Seiten

Etwa 280 Fotos

Leinen

Etwa 12,— M

1. Auflage 1969

Lesealter: ab 14 Jahre

Unsere Veröffentlichungen können in Westdeutschland, in Westberlin und im Ausland über den Buchhandel bezogen werden.

Bestellungen nehmen auch die Firma Deutscher Buch-Export u. -Import GmbH, DDR - 701 Leipzig, Postfach 160 und der Verlag entgegen.

Im sozialistischen Ausland können Bestellungen nur über die Buchhandlungen für fremdsprachige Literatur erfolgen.

**VERLAG NEUES LEBEN BERLIN**

Der Verlag der jungen Generation  
DDR - 108 Berlin

Postfach 1223

Telefon: 20 02 11



#### **Inhalt:**

Etwa 280 historische sowie neuzeitliche Fotos, sinnvoll miteinander verbunden, mit originellen und interessanten Bildmotiven vermischt, geben einen eindrucksvollen Überblick über die Entwicklung der jungen Generation vom schweren Anfang bis zu ihrer hervorragenden Rolle bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei werden auch die kleinen und großen Begebenheiten aus dem Alltag junger Menschen nicht vergessen.

Das Foto zeigt den zweifachen Weltmeister im Radsport, Gustav Adolf Schur — ein Vorbild der Jugend.

# blätter

## Neue Richtlinien zur Anpassung

20 Jahre Bundesjugendplan - CDU-Rollmann erzwang  
Beschuß gegen SDAJ Hamburg - Geld für die DJO, nicht  
für den VDS / Von Ulrich Sander

Der Bundesjugendplan wurde 20 Jahre alt. Ein Sonderheft der Zeitschrift „Deutsche Jugend“, Ministerreden, Zeitungsinterviews – das übliche zu einem solchen Geburtstag. Gleichzeitig wurde eine Renovierung an den Richtlinien des Bundesjugendplans vorgenommen. Spätestens hierbei wurde deutlich, welchen Weg der Bundesjugendplan in den letzten 20 Jahren zurückgelegt hat und wessen Instrument er ist. Einst eine bedeutende Errungenschaft der demokratischen Jugendarbeit, diente er später bald auch der Anpassung der Jugend an eine restaurative Politik der Wiederaufrüstung und Wiedererrichtung der alten Besitz- und Machtverhältnisse. Jugendgruppen, die sich politisch links engagierten, zum Weltjugendfestival führen oder gar Kontakte zur Jugend der sozialistischen Länder herstellen, mußten mit dem Entzug der Förderungsmittel rechnen. Später waren solche bedeutsamen Organisationen wie der SDS und der Verband Deutscher Studentenschaften Opfer der Politik des geschlossenen Geldhahns.

Jetzt gibt's die neuen Richtlinien. Danach soll die internationale Jugendarbeit, welche die Regierung als Teil ihrer Außenpolitik ansieht, ebenso verstärkt gefördert werden wie die politische Jugendbildung – die nächste Bundestagswahl kommt bestimmt! Der „Sonderplan Berlin“ wird erstmals in den Bundesjugendplan eingegliedert, um so auch die Jugendarbeit in jene Demonstrationspolitik hineinzuziehen, mit welcher der Anspruch auf das nicht zur Bundesrepublik gehörende Territorium Westberlin unterstrichen werden soll. Damit auch die Deutsche Sportjugend rechtzeitig vor dem Olympia-Jahr ihre finanzielle Situation gegenüber den anderen Jugendverbänden verbessern kann, wurde ein neues Programm

„Sportliche Jugendarbeit“ in den Bundesjugendplan aufgenommen. Schließlich soll künftig die Förderungswürdigkeit der Jugendverbände von der Bejahung der „parlamentarisch-repräsentativen Willensbildung“ abhängig gemacht werden.

Mit diesen neuen Richtlinien wird die Absicht erneut deutlich, dem Bundesjugendplan die Funktion als Instrument zur Formierung der Jugend im Sinne der jeweiligen Regierungspolitik zu erteilen. Allerdings hat es selbst die CDU/CSU, als sie in der Regierung war, vermieden, den systemerhaltenden und anpassenden Charakter des Bundesjugendplans so deutlich zu formulieren. Dies blieb der SPD vorbehalten. Obwohl im Jugendwohlfahrtsgesetz sehr eindeutig eine „den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ als Bedingung für öffentliche Förderung von Jugendverbän-

den erhoben wird, soll mit den neuen Richtlinien jetzt die „parlamentarisch-repräsentative“ Willensbildung – nicht jene durch außerparlamentarische Aktionen, durch Streiks, durch Abstimmungen, durch Reform des bestehenden Parlamentarismus – bejaht werden, die für sich allein genommen nicht zur Durchsetzung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausreicht. Es ist eindeutig klar, daß diese Verbindung von Förderung und Pflicht zur Anpassung an das bestehende System sich gegen kritische junge Leute und ihre Organisationen richtet. Sie richtet sich gegen Demokraten, die Kritik am kranken bürgerlichen Parlamentarismus mit seiner Willensverbildung durch 5-Prozent-Klausel, Parteibürokratien, Abgeordnetenhandel und Mandatekunkerei üben, um wirklich demokratische Strukturen durchzusetzen und den Auftrag des Grundgesetzes „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ zu verwirklichen. Indem die Regierung neue Barrieren vor einer Bezuschussung demokratischer Jugendverbände errichtet, will sie offenbar eine kritiklose Anpassung an das kapitalistische System und einen Verzicht auf den Kampf um Demokratisierung aller Lebensbereiche, auf Kampf gegen die Monopole, erreichen.



Die Behörden ziehen die Bewilligungsschraube bei Jugendplangeldern an. Neue Richtlinien sollen Organisationen wie DJO und Marine-Jugend die Zuschüsse aus Steuergeldern sichern. VDS und SDAJ hingegen werden diskriminiert. Aber die Behördenentscheidungen werden nicht mehr widerspruchslos hingenommen. In Hamburg (Bild) demonstrierten Jugendliche vor dem Rathaus.

Zwar behauptet die Regierung, „den Bundesjugendplan im Dialog mit der Jugend fortzuentwickeln“. Es ist aber bezeichnend, daß ein Beratungsgremium der Regierung wie das Bundesjugendkuratorium – in dem die kritische Jugend kaum Interessenvertreter hat – mehrheitlich Bedenken gegen die Veränderung der Richtlinien anmeldete, während nur bei der CDU/CSU und ihren Abgeordneten im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit ungeteilter Jubel für diese Art „innerer Reform“ ausbrach.

Diesen Kreisen, die den Dialog gern mit Wasserwerfern und Schlagstock führen, gefällt es auch, daß der große, durch repräsentative Willensbildung (!) der Studenten getragene Verband Deutscher Studentenschaften weiterhin von Bundesjugendplankriterien ausgeschlossen bleiben soll, während das „Ansinnen“ – so Staatssekretär Heinz Westphal –, die Förderung der DJO einzustellen, von der Bundesregierung zurückgewiesen wurde. Aufgrund repräsentativer Willensbildung (!) hatte eine Mehrheit des Bundesjugendringes die Deutsche Jugend des Ostens als nationalistisch und revanchistisch erkannt. Doch die Auffassung der Mehrheit des Bundesjugendringes interessiert die Regierung offenbar nicht; denn sie setzt die materielle Förderung der friedensgefährdenden Politik der DJO fort.

Über die Auffassung des zuständigen Jugendringes setzten sich auch der Hamburger Senat und seine Behörden hinweg. In der Hansestadt hatte eine Mehrheit der Deputation der Jugendbehörde dem Antrag der SDAJ auf Anerkennung als förderungswürdiger Jugendverband zugestimmt. Noch bevor der Beschluß veröffentlicht wurde, schaltete sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Rollmann ein, der öffentlich antikommunistische Hetzparolen gegen die SDAJ verbreitete. Der Senat bekam das Zittern, die Parteien in der Deputation zitterten mit, das übrige tat der Antikommunismusbeschluß der SPD von München: Heimlich, still und leise führte die Deputation eine neue Sitzung durch und „beschloß“ die Ablehnung des SDAJ-Antrags. Das Springer-Organ „Hamburger Abendblatt“ wußte – bevor die SDAJ offiziell Bescheid hatte – zu melden: „Staat will SDAJ nicht unterstützen“, weil sie „kommunistisch“ ist.

Die Hamburger SDAJ nahm die Entscheidung nicht ohne Protest hin. Sie legte Widerspruch bei der Deputation ein. Mitglieder der SDAJ demonstrierten zum Rathaus und erklärten in Flugblättern: „Die Haltung der Jugenddeputierten und insbesondere des zuständigen Senators Schulz wirkt um so bedenklicher, wenn man mit in Rechnung zieht, daß eine reaktionäre, nationalistische Organisation wie die DJO,

die offen gegen Frieden und Entspannung in Europa auftritt, aus Steuermitteln gefördert wird.“

Als „nicht begründet“ hat auch der Hamburger Jugendring die Deputationsentscheidung gegen seinen Mitgliedsverband SDAJ verurteilt und gefordert, den Beschluß rückgängig zu machen. Die Arbeit der SDAJ wird positiv beurteilt. Mit einem besonderen Knüller warteten die Hamburger Jungdemokraten auf. Sie erklärten, Bewei-

se dafür zu haben, daß Hamburger Wirtschaftskapitäne die CDU-Deputierten unter Druck gesetzt hätten, um den ersten Beschluß für die SDAJ in sein Gegenteil zu verkehren.

Die Hamburger Praktiken und die Bonner Richtlinien, die Angriffe auf die politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit der demokratischen Jugendarbeit darstellen, bleiben umstritten. Die Auseinandersetzung geht weiter.

## Betr. Herabsetzung des Volljährigkeitsalters

*Das Jahr 1970 hat einen erfolgreichen Abschluß des jahrlangen Kampfes der Jugend unseres Landes um die Herabsetzung des Wahlalters gebracht. Wenn man an den heftigen Widerstand solcher Politiker wie Dr. Bruno Heck (CDU) und Heinz Westphal (SPD) gegen die Herabsetzung denkt – um nur zwei der wichtigsten Verfechter der Beibehaltung der alten Lösung zu nennen –, dann scheint die letzte Phase bis zur Herabsetzung beinahe leicht und mühelos überwunden worden zu sein. Liegt es daran, daß die Politiker mit der politisch aktiven Jugend ganz andere Sorgen hatten in den Jahren 1967 bis 1970, als daß sie es sich hätten leisten können, ausgerechnet drei Jahrgängen das Wahlrecht vorzuenthalten?*

*Der Erfolg, der in der Herabsetzung des Wahlalters nach über 60 Jahren demokratischen Kampfes, insbesondere der Arbeiterjugend, liegt, ist dennoch nicht hoch genug einzuschätzen. Er ist vergleichbar mit der Durchsetzung des Frauenwahlrechts, der ebenfalls ein jahrzehntelanger Kampf vorausging. Die herrschenden Kreise verstärken ihre Bemühungen, die Jugend für sich zu gewinnen. Sie möchten die fünf Millionen neuen Wähler für sich an Land ziehen. Nun habt Ihr Euer Wahlrecht, nun unterlaßt aber auch bitte das Demonstrieren; seid hübsch parlamentarisch, sagen sie. (Siehe „Neue Richtlinien zur Anpassung“)*

*Dieses Jugendmagazin hat sich immer für das Wahlrecht 18 eingesetzt. Wir sind dafür, daß Abgeordnete mit 21 Jahren in die Parlamente einziehen können. Aber wir haben etwas gegen*

*jene Politiker, insbesondere der CDU/CSU, die jetzt so tun, als gehörten sie zu den Freunden der Jugend, nachdem sie über 20 Jahre unsere Forderungen – auch die nach dem herabgesetzten Wahlalter – mißachtet und mit Polizeiterror auf die Straßendemonstrationen der Jugend geantwortet haben.*

*Zu diesen Jugendfreunden gehört auch der CDU-Jugendexperte Dietrich Rollmann (MdB), der uns „mit freundlichen Grüßen“ den Entwurf seiner Partei zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters in die Redaktion senden ließ. „Damit Deutschlands Jugend glaube, daß nicht allein die SPD ihr Wohl will, trägt nun auch die Union ihr Scherflein zur Mündigkeitssprechung der jungen Staatsbürger bei“, schrieb Springers „Welt“ in ungewohnter Ironie über das Bemühen der CDU, nur gar rechtzeitig mit dem Wahlkampf anzufangen und – wenn man schon das herabgesetzte Wahlalter hinnehmen mußte – dann auch ein herabgesetztes Volljährigkeitsalter als Wahlgewinn den jungen Leuten zu überreichen.*

*Um es klarzustellen: Wir wollen die Vorverlegung der Volljährigkeit. Liebe Wähler, nehmt die Volljährigkeit, aber wählt nicht jene, die Euch ködern wollen. So muß die Devise lauten.*

*Gleich allen demokratischen Errungenschaften wird die Herabsetzung des Wahlalters und des Volljährigkeitsalters nur dann richtig wirksam, wenn sie kein formaler Vorgang ist, sondern benutzt wird zur Durchsetzung weiterer demokratischer Forderungen. Wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wie Mitbestimmung der Jugend im Bildungswesen und im Betrieb. Wie Rechenschaftslegung der Abgeordneten vor den Wählern. Wie finanzielle Förderung aller demokratischer Jugendverbände, ohne Vorbedingungen. Wie Abschaffung der undemokratischen 5-Prozent-Klausel, die Hunderttausende zwingt, gegen ihre Überzeugung zu wählen oder auf das Wahlrecht zu verzichten.*

*Mit dem Erreichten darf man sich nicht zufrieden geben.*

*Ulrich Sander*

# Solidarität: Entreißt sie den Henkern!



„Unsere Feinde sehen sich mit der wachsenden Erkenntnis des Volkes konfrontiert, daß die konzentrierten Anstrengungen, Revolutionäre zu liquidieren, nur eine weitere Form des täglichen Völkermordes sind, der auf das Konto der Brutalität der Polizei und der elenden Lebensbedingungen in den Ghettos und den Wohngebieten an den Stadträndern kommt.“

In einem einzigen Satz ist hier das menschenfeindliche Wesen des Imperialismus umrissen. Die diesen Satz schrieb, ist in höchster Gefahr: Angela Davis wurde an ihre Todfeinde, den kalifornischen Gouverneur Ronald Reagan und seine Clique ausgeliefert, die eine Todeszelle im Zuchthaus San Quentin für sie bereit halten. Professor Angela Davis, 26 Jahre alt, Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin, hat aus der Zelle heraus in einer Erklärung für die Presse jene Wahrheit formuliert, die die Reaktionäre erschrecken und um sich schlagen läßt, in Brasilien wie in den USA, in Portugal wie in Spanien, in Griechenland, Iran und anderswo: „Unsere Feinde sehen sich mit der wachsenden Erkenntnis des Volkes konfrontiert!“

Wenn sich die Imperialisten stark und zukunftsicher

fühlten, würden sie wohl in „liberalerer“ Weise herrschen und ein joviales Gesicht aufsetzen. Aber sie sehen die Kräfte des Widerstandes, die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus, der nationalen Befreiung auf dem Vormarsch. Es ist die Angst um den Bestand ihres Systems, die sie brutaler werden läßt.

In den USA: Angela Davis wird unter lügnerischen Beschuldigungen mit Justizmord bedroht. Hunderte Mitglieder der Black Panther Partei sitzen im Gefängnis. Einer/der Führer dieser Partei, Bobby Seale, wird vom Tod auf dem elektrischen Stuhl bedroht. Mit dem Justiz- und Polizeiapparat soll der Widerstand gegen die Herrschaft der Monopole in den USA, gegen den Völkermord in Indochina und gegen den Rassismus gebrochen werden.

In Spanien: Sechs baskische Oppositionelle sind mit der Todesstrafe bedroht. Zehn weitere sollen für insgesamt 754 Jahre hinter Zuchthausmauern. Ihr einziges Verbrechen ist der Widerstand gegen das faschistische Franco-Regime und ihre Mitgliedschaft in der baskischen Freiheitsorganisation ETA.

In Brasilien: Insgesamt 12.000 politische Gefangene sind der Folter und der ständigen Todesdrohung ausgesetzt. Sie werden in KZs gehalten, weil sie würdige Lebens- und Arbeitsbedingungen verlangten.

In Griechenland: Tausende politische Gefangene schmachten in den KZs des Obristensystems, weil sie für die Wiederherstellung demokratischer Rechte des Volkes eintreten.

Im Iran: Der persische Student Hussein Rezai, der gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Dr. Heldmann aus der BRD in seine Heimat gefahren war, um für die politischen

Gefangenen einzutreten, wurde verhaftet. Er teilt das Schicksal der über 20.000 politischen Gefangenen des Schahs.

In Portugal: Die Sicherheitspolizei D.G.S. setzt die Traditionen ihre berüchtigten Vorgängerin PIDE trotz des demagogischen „liberalen“ Gehabes des Regimes von Staatspräsident Marcello Caetano fort. Tausende politische Häftlinge, die Widerstand geleistet hatten gegen das faschistische Regime und die kolonialistischen Unterdrückungskriege Portugals in Guinea-Bissau, Angola und Mozambique, werden in den Gefängnissen gehalten und gequält.

Dem Imperialismus sind Grenzen gesetzt, gegen die er anrennt: In Vietnam, wo die USA ihre Aggression ausdehnt, die zum Scheitern verurteilt ist. Im Nahen Osten, wo arabische Territorien von Israel mit Hilfe der anderen imperialistischen Mächte besetzt gehalten werden und der Plan, die arabischen Länder in einen halbkolonialen Status zurückzuführen, nicht aufgegeben wurde. In Afrika, wo Portugal das freie Guinea überfällt und wo die Bevölkerung zahlreicher Länder vom Neokolonialismus unterdrückt wird. In Europa, wo mit Hilfe der NATO die faschistischen Regime gestützt werden, wo die NATO Westberlin als Brückenkopf erhalten will.

Doch die „Erkenntnis des Volkes“ über das Wesen des Imperialismus ist nicht mehr aufzuhalten. In der Angst um den Bestand ihres Systems richten die Imperialisten ihren Terror gegen den Feind im Inneren, gegen das eigene Volk. Dabei sind sie sich der Hilfe der anderen imperialistischen Mächte sicher. Kein noch so korruptes System, keine faschistische Diktatur und keine kolonialistische

Macht, der nicht die Herrschenden der Bundesrepublik und die Bundesregierung herzlich zugetan wären. Über die NATO und direkt, durch Waffenhilfen und durch wirtschaftliche, politische und moralische Hilfe ist Bonn mit den Kriegen in Indochina, in Nahost und Afrika, mit den militaristischen und faschistischen Regimen in Europa und Lateinamerika verbunden.

Daraus erwächst für alle progressiven und demokratischen Bürger unseres Landes die besondere Verpflichtung zur Solidarität.

„Entreißt Angela Davis und Bobby Seale, die baskischen Patrioten und alle vom Tode bedrohten Gefangenen ihren Henkern.“ Das ist der millionenfache Ruf in aller Welt und auch bei uns. Der Internationale des Kapitals wird die internationale Solidarität der Arbeiter und aller Demokraten entgegengesetzt.

Die Jugend klagt den Imperialismus an, lautet die weltweite Lsung. Dazu gehört die weltweite Solidarität.

Für das Jahr der arbeitenden Jugend 1971 haben sich Gruppen der Arbeiterjugend konkrete Aufgaben für die Entwicklung der Solidarität gestellt: Publizierung der Schicksale einzelner vom Tode bedrohter Kämpfer, Geldsammlungen für Familien politischer Gefangener und für die Völker Indochinas, Informationsstände, Petitionen, Unterschriftensammlungen und Protesterklärungen an die Botschaften der betreffenden Länder.

elan wird dabei helfen. elan wird Polit-Posters (wie das umseitige von Angela Davis) veröffentlichen. elan ist bereit, die Solidaritätsschreiben an die Betroffenen weiterzuleiten und Anschriften der Botschaften und andere Auskünfte zu geben. Schreibt uns!



Feinde der Völker scheren sich nicht  
die Farbe ihrer Opfer. Kaltblütig  
leten sie Sacco und Vanzetti,  
Arbeiterführer Yablonski,  
Angela Davis gefangen!  
Angela Davis!



**elbaum**  
POLIT-POSTER

# ANGELA DAVIS

# DJO entging knapp dem Ausschluß

**38. Vollversammlung des Bundesjugendrings verurteilt nationalistische und revanchistische Politik**  
Von Wolfgang Bartels

„Eine weitere Mitgliedschaft der DJO im Bundesjugendring würde den in der Satzung niedergelegten Grundsätzen des Jugendrings, der sich für gesamtdeutsche Jugendkontakte, internationale Begegnungen und Verständigung der Jugend in der Welt einsetzt und militaristische und nationalistische Tendenzen bekämpft, widersprechen.“

So hieß es in einem gemeinsamen Antrag der DGB-Jugend und der Falken, der der 38. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings am 24. und 25. November in Westberlin vorlag. Das eigentliche Thema der Vollversammlung war zwar „Berufliche Bildung – Stiefkind der Gesellschaft“ (s. Heft 3/71), doch die Diskussion um die DJO fand in der Öffentlichkeit den stärkeren Widerhall.

Die Diskussion in Westberlin war die Fortsetzung der Auseinandersetzungen, die auf der vorletzten Vollversammlung in Altenberg begonnen hatten. Damals verurteilte die Vollversammlung das Auftreten der DJO während der Brandt-Stoph-Gespräche in Kassel: „Die Mitgliedsverbände des DBJR sind . . . einig in der Ablehnung des Versuches der DJO, mit Provokationen und nationalistischen Tönen die Bemühungen um eine Friedenspolitik der BRD zu nichte machen zu wollen“.

Dieter Lasse, Bundesvorsitzender der Falken, antwortete jetzt in seiner Begründung zum Ausschluß-Antrag jenen, die geglaubt hatten, die DJO würde sich in der Zwischenzeit ändern. „Wer glaubt das wirklich und in Ernsthaftigkeit, daß sich eine Organisation von ihrem eigenen Bild trennen kann, wer glaubt denn wirklich, daß eine Organisation von der eigenen Geschichte, die sie hatte, sich entfernen kann? Wer glaubt, daß eine Organisation wie die DJO sich aus ihrer Abhängigkeit von bestimmten, auf das Gestern gerichteten Organisationen trennen kann?“

Für die DJO sprach deren stellvertretender Bundesvorsitzender Henning Müssigbrodt. Die DJO zeigte sich nicht bereit, sich von den Kassel Äußerungen ihres Bundesführers Pattock zu distanzieren. Müssigbrodt erlaubte sich sogar die Frechheit, eben diese Erklärungen im Wortlaut noch einmal zu proklamieren.

Eine lange Debatte der Vollversammlung schloß sich an. Als einziger Jugendverband wagte es der Bund der Deutschen Katholi-

schen Jugend, sich offen auf die Seite der DJO zu stellen. Der Sprecher des BDKJ, Dieter Herberts, nahm die DJO gegen alle Vorwürfe in Schutz. Zum Erstaunen vieler Delegierter hat sich der BDKJ damit erneut als ein Verband der Rechten profiliert.

DGB-Jugend, Falken, Naturfreundejugend, DAG-Jugend und Evangelische Jugend nahmen klar gegen die DJO Stellung. Gerhard Weber (CVJM), stellvertretender Vorsitzender des DBJR, wies Pressionsversuche „eines anderen Jugendverbandes“ zurück. Er meinte damit die Junge Union, die der DJO mehrfach bescheinigt hatte, daß diese „eindeutig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ stehe und „weder nationalistische noch revanchistische Zielsetzungen“ hege. Weber verwahrte sich ebenfalls gegen die Interventionsversuche „eines Ministerpräsidenten“. Die spontan geäußerte Vermutung eines Delegierten – „Bayern!“ – bestätigte sich dann auch sofort, als der Präsident des Bayrischen Jugendrings, Hermann Kumpfmüller, ein an ihn gerichtetes Fernschreiben aus der bayrischen Staatskanzlei verlas, das dazu auf-

forderte, einen Ausschluß der DJO auf jeden Fall zu verhindern.

Das mit Spannung erwartete Ergebnis der geheimen Abstimmung ergab 36 Stimmen für einen Ausschluß, 16 dagegen und fünf Enthaltungen. Damit ist die DJO ganz knapp – zwei Stimmen fehlten an der Zweidrittelmehrheit – an einem Ausschluß vorbeigekommen.

Im Anschluß an diese Debatte wurde der neue DBJR-Vorstand gewählt. Dr. Wolfgang Reifenberg (BDKJ) wurde wieder Vorsitzender. Stellvertreter wurden Walter Haas (DGB-Jugend), Dieter Lasse (Falken), Werner Lichtwark (Evangelische Jugend) und Gerhard Weber als Vertreter der Landesjugendringe.

Die DGB-Jugend hat inzwischen beschlossen, den Antrag auf Ausschluß der DJO 1971 zu wiederholen, „wenn diese ihre nationalistische Haltung nicht ändert“! Daß das nicht eintreten wird, zeigt die neueste Ausgabe des DJO-Verbandsorgans, „Der Pfeil“ 12/70: Hermann Kinzel, der auf der Vollversammlung Gerhard Weber „Amts mißbrauch“ und „Diffamierung des DBRJ“ vorgeworfen hatte, schreibt zu dem „Hinweis aus dem offiziellen Polen, daß wohl nunmehr von keinem – auch nicht von den Vertriebenen – die Oder-Neiße-Grenze mehr in Frage gestellt werden dürfte“:

„Wer so argumentiert, hat die Arbeit der DJO, ihre Ziele und Aufgaben nie verstanden“!

## Jungsozialisten ringen um Standort

**Bundeskongreß zeigte die Jungsozialisten als progressivste Kraft in der SPD - Dennoch: Halbheiten und Widersprüche**  
Von Kurt Schacht

Noch nie standen die Jungsozialisten so im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit wie auf ihrem Bundeskongreß vom 11. bis 13. Dezember in Bremen. Ihre progressive Rolle in der SPD hat sie unter starken Beschuß einerseits der Springerpresse bis zum „Bayernkurier“ gebracht, andererseits der Rechtsaußen in der eigenen Partei. Nur wenige SPD-Prominente genießen bei den Jusos noch so viel Respekt, daß sie als Gesprächspartner akzeptiert werden.

Während Parteivorsitzender Willy Brandt und Fraktionschef Herbert Wehner in Bremen mit Beifall empfangen wurden, zischten und buhten die Delegierten den Parteigeneralsekretär Wischnewski und den Chef-

planer des Kanzleramtes, Horst Ehmke, aus. Wann immer der Name Helmut Schmidt fiel – der es vorgezogen hatte, erst gar nicht nach Bremen zu kommen –, erhob sich lautes Protestgeschrei.

Flexibel in der Methode, aber hart in der Sache verteidigten Willy Brandt und Herbert Wehner die antikommunistischen Beschlüsse der SPD-Führungsgremien von München. Der SPD-Vorsitzende zeigte sich empört daß die Jungsozialisten diese Beschlüsse als Instrument charakterisierten, die sozialistischen Kräfte in der SPD zurückzudrängen und einen primitiven Antikommunismus neu zu beleben. Das eigentliche Motiv, so erklärte er, liege darin, der

Aktionseinheitspolitik der DKP entgegenzuwirken. Er forderte die Jusos auf, die Politik der SPD-Führung aktiv in der jungen Generation zu vertreten.

Mit einem rhetorischen Feuerwerk versuchte Herbert Wehner, die Jusos zu beeindrucken. Er redete ihnen zu Munde: „Entscheidungsschlacht“, „klassenpolitischer Durchbruch in einem so entwickelten kapitalistischen Land“, „Darauf kacken wir“, „Schweinisher Merkur“, „lästerliche Reden“ Helmut Schmidts, „Kommunisten sollten im europäischen Parlament“ sein. Die Jungsozialisten tobten vor Beifall – und bewiesen damit, wie leicht sie noch aufs Kreuz gelegt werden können. Nur schwache Buh-Rufe, als Wehner den Kommunisten unterstellte, sie wollten die sozialdemokratische Partei eliminieren.

Widersprüchliche Aussagen in der Diskussion. Einheitlich wurden die Münchener Beschlüsse als undemokratisch zustande gekommen verurteilt. Aber während die einen die aufrichtige Zusammenarbeit mit der DKP und der SDAJ in allen Fragen des gemeinsamen Interesses wollen, die anderen nur zur punktuellen Zusammenarbeit bei deutlicher Abgrenzung bereit sind, gibt es eine dritte Gruppe, die es für richtig hält, sich von links und rechts abzugrenzen. Dennoch: primitiver Antikommunismus ist bei allen Jusos nicht gefragt. Kennzeichnend für die Atmosphäre auf der Konferenz: mit starkem Beifall wurden die Jugendvertreter aus den sozialistischen Ländern begrüßt.

Willy Brandt wurde mit harten Fragen konfrontiert: Will die SPD-Führung die Fehler von vor 1933 wiederholen? Ist sie sich bewußt, daß der Antikommunismus die demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen Rechtskreise und Monopolkapital schwächt? Warum grenzt sie sich gegen rechts nicht ab? Laue und ausweichende Antworten.

Der Bundeskongreß beschäftigte sich nur wenig mit den von den Rechtskreisen ausgehenden Gefahren. Anträge für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für die rasche Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz konnten aus Zeitnot nicht behandelt werden.

Dafür wurde eine Flut von Entschließungen zu Fragen der Steuerpolitik, Mitbestimmung, Bildung, Gesundheitspolitik usw. verabschiedet. Sie enthalten wertvolle progressiv-demokratische Forderungen.

Gegen rechts wurde gefordert: Ausschluß der DJO aus den Jugendringen auf allen Ebenen, Einstellung der finanziellen Unterstützung für die Vertriebenenverbände, scharfer Kampf gegen die rechtsextremisti-

sche „Aktion Widerstand“, Unterstützung der Aktionen gegen den „Bund Freiheit der Wissenschaft“.

Aber mehr als damit befaßten sich die Delegierten mit Strategieproblemen. Welchen Inhalt haben die sozialistischen Zielvorstellungen der Jusos? Wie verbinden sie den Kampf um Tagesforderungen mit dem sozialistischen Ziel (systemüberwindende Reformen)? Mit welchen Bündnispartnern arbeiten sie zusammen? Wie arbeiten sie in der Bevölkerung und in der Jugend, wie in

der SPD selbst (Doppelstrategie)? Auf diese Fragen wurden teils abstrakte, teils widersprüchliche und verschwommene Antworten gegeben. Die Jungsozialisten haben ihren grundsätzlichen Standort noch nicht gefunden. Das war ihnen selbst bewußt. Deshalb wollen sie sich im Frühjahr nächsten Jahres auf Arbeitskongressen mit Strategieproblemen auseinandersetzen. Aber alles in allem: die Jungsozialisten haben sich in Bremen wiederum als die progressivste Kraft in der SPD erwiesen.

## Suche nach Gemeinsamkeiten

Jugendorganisationen aus 26 europäischen Staaten trafen sich in München / Von Wolfgang Bartels

„Erste Europäische Jugenddelegiertenkonferenz“, so nannten die Veranstalter – CENYC (Europäischer Jugendrat – Dachorganisation der westeuropäischen Nationalkomitees) und DNK (Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit – ihm gehören der Deutsche Bundesjugendring und der Ring politischer Jugend an) – ein Treffen von Vertretern von Jugendorganisationen aus 26 europäischen Staaten und von 17 internationalen Jugendorganisationen in der Zeit vom 2. bis zum 6. Dezember 1970 in München.

Doch in dieser Bezeichnung stecken gleich zwei Übertreibungen. Zum einen war es nicht die „erste“ europäische Jugendkonferenz, zum andern verspricht der Begriff „Jugenddelegiertenkonferenz“ ein repräsentatives Delegationsprinzip, das von den Veranstaltern nicht angewandt wurde. Viele westeuropäische Jugendorganisationen, die an der Spitze des Kampfes für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt stehen, sind aus verschiedensten Gründen nicht in den Nationalkomitees ihrer Länder vertreten – doch nur diese Komitees waren eingeladen. Beispiele sind die SDAJ, die FDJ von Westberlin, die kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände aus Frankreich, Italien und England. Nur weil es die Europakommission des WBDJ – die mit 15 Delegierten vertreten war – ihnen möglich machte, waren diese Jugendverbände dennoch in München dabei.

Nicht nur der Auswahlmodus stieß auf viel Kritik bei den Delegierten. Auch Mängel im Bereich der vorgesehenen Thematik wurden kritisiert. So bedauerte z.B. der WBDJ-Präsident Angelo Oliva, daß das Thema des Faschismus völlig fehlte.

Themen der Konferenz, die in fünf Arbeitsgemeinschaften tagte, war die Bestandsauf-

nahme der Lage der Jugend in Europa, die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen für eine friedliche Entwicklung Europas, Methoden und Erfahrungen internationaler Jugendbegegnung, Vorstellungen über ein „Europäisches Jugendwerk“, und der Beitrag der Jugend zur europäischen Friedensordnung.

Man war von Anfang an davon ausgegangen, daß die Konferenz keinerlei Resolutionen verabschieden werde, doch die Berichte aus den Arbeitskreisen waren mindestens genau so deutlich wie z.B. das Abschlußkommunique der Sicherheitskonferenz der europäischen Jugend in Helsinki ein Vierteljahr zuvor. Auf der Grundlage der Anerkennung der im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen Grenzen, der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und des Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus muß die Jugend heute einen konkreten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Zusammenarbeit leisten. Die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen wurden durchweg begrüßt.

Die Mehrzahl der Jugendverbände in München fragte nicht nach Differenzen, sondern die Diskussionsbeiträge waren getragen vom Willen, trotz unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Anschauungen die vorhandenen Gemeinsamkeiten herauszustellen und nach neuen zu suchen. Die wenigen – wie z.B. Manfred Dumann von der Jungen Union –, die stattdessen nach der Konfrontation suchten, fanden sie auch. Sie gerieten in die Isolierung!

Noch ein wichtiges Ergebnis: das Konferenzpräsidium protestierte in einem Telegramm an die Bundesregierung gegen die Einreiseverweigerung für die beiden vietna-

mesischen Vertreter, die in Dortmund an der Solidaritätsveranstaltung der SDAJ teilnehmen wollten (siehe S. 52).

Heinz Westphal vom Bundesjugendministerium wird mit dem Kongreß nicht ganz so zufrieden sein. Seinem Lieblingskind, einem „Europäischen Jugendwerk“ unter der Alleinverfügungsgewalt der westeuropäischen Regierungen und des Europarats, wurde in München eine klare Absage erteilt.

Die Konferenz zeigte: den Kampf für die Sicherung des Friedens in Europa (und damit in der Welt) muß die Jugend gemeinsam führen. Doch Konferenzen bleiben unverbindliche Selbstbeweihräucherungen, solange diese Gemeinsamkeiten nicht Ausdruck in der Praxis der Jugendverbände finden und kein fester Bestandteil des täglichen Kampfes sind. Für die Jugendverbän-

de der Bundesrepublik heißt das konkret, den Angriff von rechts gegen jegliche Entspannung zurückzuschlagen.

Eines steht fest: für diese friedensfeindlichen Kräfte war die Konferenz in München ein Mißerfolg. Der jugendpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dietrich Rollmann, erklärte: die Konferenz war „weitgehend ein Familientreffen mit unklaren Trennungslinien zwischen demokratischen und kommunistischen Sozialisten, wobei die kommunistischen und die linksdemokratischen Sozialisten und ihre Sympathisanten die politischen Ergebnisse dieser Konferenz ganz eindeutig bestimmt haben“. Die Kalten Krieger sehen ihre Felle davonschwimmen. Für sie ist ohnehin jeder an Frieden und Entspannung interessierte Mensch als „kommunistisch“ verächtlich.

Kernstück des auf dieser Grundlage zu rechtgeschneiderten Freund-Feind-Schemas ist die ständige Gegenüberstellung von „Freier Welt“ und „Bolschewismus“. Es hat die Aufgabe, den staatsmonopolistischen Kapitalismus mittels eines seiner sozio-ökonomischen Inhalte entkleideten Demokratiebegriffs zu rechtfertigen und als „verteidigungswürdig“ hinzustellen. Der Kapitalismus erhält hier „seine positiven Inhalte in erster Linie durch die Konfrontation mit der absoluten Negativität des feindlichen Gegenbildes, und der Fetisch ‚Freie Welt‘ kann die realen Verhältnisse nur verdecken, indem das Feindbild Kritik und Kritiker als kommunistische Agenten denunziert und einen Zwang zur kollektiven Identifikation mit dem Positiv der sogenannten Freien Welt produziert.“ (S. 132)

Thielen hat in seinem Buch eine beachtliche Fülle von Belegen zusammengetragen. Zitate der folgenden Art, der „Schriftenreihe Innere Führung“ entnommen, reden eine deutliche Sprache: „Was die Kommunisten auch über die Freie Welt aussagen mögen, es ist Lüge, Verleumdung oder Unsinn“; „Der sowjetische Imperialismus in Europa konnte sich nicht die Aufgabe stellen, (wie die klassische Kolonialmacht der Seemächte) einem primitiven Kannibalismus zu wehren, Seuchen zu bekämpfen und Schulen zu bauen. Er konnte nur zerstören. Und er hat zerstört . . .“ (zitiert auf S. 141 u. 157).

Hier, in der empirischen Untersuchung vorhandenen Materials, liegt Thielen's Stärke. Seine Grenzen werden dort sichtbar, wo es notwendig wäre, die gewonnenen Kenntnisse zu verallgemeinern, sie in den Rahmen der marxistischen Imperialismustheorie zu stellen und sie so für den antimilitaristischen Kampf demokratischer und sozialistischer Soldaten nutzbar zu machen. An solchen Punkten weicht er auf sozialpsychologische Ebenen aus und läßt z.B. in seinen kritischen Bemerkungen zur Studie „Soldat 70“ (die er als qualitativ neue Stufe der Militarismus-Kritik in der BRD grundsätzlich bejaht) erkennen, daß der von ihm häufig verwendete Begriff „Machteliten“ mehr ist als ein anderer Ausdruck für „Monopolkapital“ – hier reiht sich Thielen in die Reihe der Djilas, Marcuse und Koflers ein, die den sozialistischen Ländern die Existenz einer „neuen Klasse“ unterschieben wollen.

Trotz allem: für den, der sich intensiv mit den Problemen des antimilitaristischen Kampfes beschäftigen möchte, ist Thielen's Studie eine Fundgrube.

*Hans-Helmut Thielen: „Der Verfall der Inneren Führung – Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 1970 324 Seiten, 23,- DM.*

Reinhard Junges Buchbesprechung:

## »Der Verfall der inneren Führung«

Eine wichtige Untersuchung über die politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr

Die jüngsten Straferlasse gegen Wehrpflichtige der Aktion „Soldat 70“ haben erneut den wahren Charakter der Bundeswehr verdeutlicht; abermals wurde bestätigt, daß Begriffe wie „Staatsbürger in Uniform“ kaum mehr sind als wohlklingende Phrasen. In diesem Zusammenhang sei hier von einem kürzlich erschienenen Buch die Rede, das sich speziell mit der als „demokratisch“ angepriesenen „Inneren Führung“ auseinandersetzt, den Inhalt und das Entstehen dieser Konzeption untersucht, ihre innere Widersprüchlichkeit aufdeckt und die Frontalangriffe reaktionärer Generale gegen sie einschätzt. Hans-Helmut Thielen: „Der Verfall der Inneren Führung – Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr“.

Kernpunkte der Untersuchung sind die Fragen nach dem Warum und Wozu des Konzeptes der „Inneren Führung“ sowie ihrer Handhabung in der Praxis der Bundeswehr. Thielen räumt ein, daß sich Graf Baudissin bei ihrer Erarbeitung im Auftrage des Amtes Blank (aus dem im Jahre 1955 das Bundes-„Verteidigungs“-Ministerium hervorging) zwar verbal von den Prinzipien des Kadavergehorsams der Hitlerarmee distanziert (S. 7 der Studie), in der Praxis aber anstrebt, „daß sich die Wehrpflichtigen von sich aus noch einmal der Macht beugen, der sie ohnehin aufgrund

der äußeren Situation (Wehrpflicht, R.J.) zwingend unterworfen sind.“ (S. 52)

„Innere Führung“ entlarvt sich nach weitverbreiteter Meinung im Offizierskorps der Bundeswehr und anhand einschlägiger Äußerungen ihrer führenden Generale als „zeitbedingte innen- und außenpolitische Konzession an die Gegner der westdeutschen Wiederaufrüstung“ (S. 11) und zugleich als Manipulationsinstrument zur „ideologische(n) Verschleierung der widersprüchlichen Aufgabenbestimmung der Bundeswehr“ (S. 40).

Thielen hat seiner Untersuchung vorrangig das „Handbuch Innere Führung“ (erschienen 1966), die „Schriftenreihe Innere Führung – Reihe Bolschewismus“ und einige Jahrgänge der „Informationen für die Truppe“ zugrundegelegt, da diese Schriften wohl am ehesten „als Ausdruck des politischen Selbstverständnisses der Armeegeführt angesehen werden können, soweit es sich in diesen Schriften, unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit, artikuliert.“ (S. 24) Seine wesentlichsten Schlußfolgerungen lauten wie folgt:

„Innere Führung“ hat als erstes die Aufgabe, die Bundeswehr als eine Armee darzustellen, deren wichtigster Auftrag Friedenssicherung per „Abschreckung“ laute. Ihre Grundideologie ist der Antikommunismus, der hier „als Ersatz- und Nachfolgeideologie des Antisemitismus“ (S. 134) fungiert.

## „Diesem Spuk ein Ende machen!“

*Aktionseinheit gegen Aktion Widerstand*

*Von Wolfgang Bartels*

„In NRW gibt es kein zweites Würzburg. Die Sozialdemokraten werden auf die Straße gehen und diesem Spuk ein Ende machen!“

Als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn diese Worte auf dem Dortmunder Landesparteitag der SPD den Delegierten zurief, befanden sich bereits viele seiner Genossen auf dem Essener Gervinusplatz. Die Neonazis von der „Aktion Widerstand“ wollten von neuem Anlauf aufs Ruhrgebiet nehmen. Bereits eine Woche zuvor hatten erste Meldungen dazu geführt, daß sich eine „Jugendaktion 5. De-

zember“ bildete. Ihr Sprecher ist der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Essen und Stadtrat Karl Heinz Völker. Getragen wird sie von der IG Metall, den Falken, der SDAJ und den Jungsozialisten.

Die „Aktion Widerstand“ hatte einen Autokorso durch Essen angekündigt. Angesichts der massiven Proteste untersagte der Essener Polizeipräsident Kirchhoff diese Provokation. Doch die 2. Kammer des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts wollte es anders: sie hob das Verbot wieder auf.

So standen sie nun am Essener Gervinusplatz — Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen —, um den Neonazis den Weg ins Ruhrgebiet zu versperren. Der Autokorso mit den Parolen der Aktion Widerstand kam immer näher. Als die Neonazis versuchten, sich mit Vollgas einen Weg durch den Menschenwall zu bahnen, sprangen sofort junge Arbeiter auf die Kühlerhauben, um Schlimmeres zu verhüten. Andere entfernten die Plakate von den Autos. Als die Neonazis erneut durchstarten wollten, hatten die Demokraten genug. Füße krachten auf Autotüren. Stöcke landeten in Fensterscheiben. Aus den Fenstern flogen Blumen-töpfe und Flaschen auf die



Autos — die Anwohner hatten mit Empörung die Vorgänge beobachtet. Schnell mußte den Nazis klargemacht werden: sie kommen hier nicht durch.

Nicht nur aus Essen kamen die Antifaschisten, die ein Würzburg im Ruhrgebiet verhindern wollten. Auch in den umliegenden Städten tat sich etwas. Zum Beispiel in Oberhausen. Dort rief die „Bürgerinitiative gegen den Rechtsradikalismus“, die Evangelische Jugend, die Jungsozialisten, die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreundejugend, die SDAJ und die VVN vereinigt, auf, am 5. Dezember nach Essen zu fahren. Gleichzeitig bereiteten die Jugendverbände bereits für das Wochenende danach eine Fahrt nach Bonn vor. Denn die Neonazis hatten ihre nächste Kundgebung angekündigt.

In der Bundeshauptstadt wollten die Neonazis gegen den gerade in Warschau unterzeichneten Vertrag mobil machen. Der Bonner Polizeipräsident verbot diese Zusammenrottung. Doch hier das gleiche „Spiel“ wie eine Woche zuvor in Essen: das Kölner Verwaltungsgericht hob das Verbot wieder auf. In der Universität arbeitete seit Tagen ein Bürger-Ausschuß: die Studenten,

Jungsozialisten, Gewerkschafter, Jungdemokraten, SDAJ, SHB, VVN, DKP und andere Gruppen wollten dieses Urteil nicht: einfach hinnehmen.

Der Samstag erlebte über Zehntausend Demokraten in Bonn. Neue Anschläge der Neonazis hatten die Demonstranten mobilisiert. In München wurde eine Lenin-Tafel durch einen Sprengsatz zerstört. In Krefeld zog der NPD-Mann Lachenicht mit seinen Mannen zum wiederholten Male vor das SDAJ-Zentrum. Doch diesmal wurden sie rechtzeitig entdeckt. In Wuppertal wollten die Neonazis Bundeskanzler Brandt gegenüber handgreiflich werden.

Auf dem Pützchen-Markt bei Bonn hatte die Polizei den Nazis ein mit Stacheldraht umzäuntes Viereck reserviert. Die Kundgebung der Aktion Widerstand — nur Tausend waren ihren Aufrufen gefolgt — ging unter in den Protestrufen der Demonstranten: Auch in Bonn scheiterten die Neonazis an der Aktionseinheit der Antifaschisten.

Doch noch sind die „Aktion Widerstand“ und ihre Hintermänner nicht geschlagen. Für den Januar haben sie einen zweiten Marsch auf Bonn angekündigt!



# „Wir sind keine Streikbrecher!“

Ersatzdienstleistende wehren sich gegen ein neues EDL-Gesetz

Von Hans-Jürgen Janßen

„Drückeberger“, „Angsthasen“, „Vaterlandsverräter“. So sind sie oft diffamiert worden: die Kriegsdienstverweigerer, deren Zahl von Jahr zu Jahr steigt. 1970 waren es fast 20 000. Zu viele für die Herren in Bonn. Mit aller Gewalt versuchen sie, diese Zahl herunterzuschrauben und die kritischen Ersatzdienstleistenden in den Griff zu bekommen.

## Witz des Monats

Im Flugzeug kurz nach dem Start vom New Yorker Flughafen. Plötzlich dringt ein Mann in die Pilotenkabine ein, richtet eine Pistole auf den Kapitän und befiehlt: „Auf dem schnellsten Weg nach San Francisco!“ Dem Kapitän bleibt nichts anderes übrig als „Okay“ zu knurren.

Kurz vor der Landung faßt sich der Kapitän ein Herz: „Junger Mann, ich verstehe nicht ganz, was Sie eigentlich wollen. Dies ist die planmäßige Maschine nach San Francisco!“

„Sie haben leicht reden. Zweimal wollte ich schon nach San Francisco fliegen und jedesmal bin ich in Havanna gelandet!“

(Eingesandt von Peter Bubenberger aus Köln. — Jeder hier veröffentlichte Witz wird mit 10,— DM prämiert.)

Es begann Anfang 1970 in Schwarmstedt. Dort wollte man die Ersatzdienstleistenden durch Kasernierung von der Öffentlichkeit isolieren und jeden Widerstand gegen diese Maßnahme in Sonderlagern hinter Stacheldraht brechen. Doch dieser Versuch scheiterte am bundesweiten Widerstand der Kriegsdienstverweigerer.

Jetzt ist ein neuer Angriff auf die Rechte der Kriegsdienstverweigerer geplant: ein neues Gesetz für den Zivilen Ersatzdienst. Unter dem Deckmantel der Wehrgerechtigkeit soll die Ersatzdienstzeit verlängert werden um eine „Übungszeit“, die den Wehrübungen der entlassenen Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr entsprechen soll. Dadurch wird eine Verlängerung der Ersatzdienstzeit bis zu neun Monaten möglich. Heute werden Ersatzdienstleistende — obwohl nicht zu diesem Zweck ausgebildet — eingesetzt, um Patienten Spritzen zu geben oder gerade Operierte zu transportieren. Will man nur diese Kriegsdienstverweigerer noch länger zu solchen Arbeiten heranziehen, um sich damit eine grundsätzliche soziale Besserstellung für Krankenschwestern und -pfleger zu ersparen?

In dem Entwurf des neuen Gesetzes ist vorgesehen, Ersatzdienstleistende in der „öffentlichen Verwaltung“ — d. h. bei der Bundesbahn und der Bundespost — einzusetzen, „soweit dort ... ein dringender, auf andere Weise nicht zu deckender Bedarf besteht“. Für einen Tageslohn von 3,75 DM sollen Ersatzdienstleistende also dort einspringen, wo wegen schlechter Bezahlung und Arbeitsbedingungen andere Arbeitskräfte nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen?

Ersatzdienstleistende sollen zu Lohndrückern gemacht werden. Ja, sogar noch schlimmer: da Ersatzdienstleistende nicht streiken dürfen, sie müssen „arbeitsmarktpolitisch neutral bleiben“ — besteht die akute Gefahr, daß sie als Streikbrecher eingesetzt werden können, wo schlechte Arbeitsverhältnisse zum Streik geführt haben.

Gegen ein solches Umfunktionsieren des Ersatzdienstes wehren sich jetzt die Ersatzdienstleistenden. ■



In Schwarmstedt fing es an: Kasernierung der Ersatzdienstleistenden und ihr Protest dagegen.

## Studenten und Arbeiter gemeinsam!

2000 beim Mitbestimmungskongreß des VDS und der Gewerkschaft GEW in Bonn

Von Ulrich Sander

Hörsaal 10 der Bonner Universität war wegen Überfüllung geschlossen. In zwei weitere Hörsäle wurden an diesem 16. Dezember die Reden übertragen, die unter dem Motto „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung — Für Demokratie und sozialen Fortschritt“ gehalten wurden von Gewerkschaftern, Studentenvertretern, Professoren und Assistenten. Über 2000

Studenten, Hochschullehrer, Gewerkschafter und Vertreter von Jugendverbänden nahmen teil an diesem Kongreß, der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Bundesassistentenkonferenz und dem Verband Deutscher Studentenschaften gemeinsam veranstaltet wurde.

„Der immer deutlicher werdende Druck der konservativen und reaktionären Sammlungsbewegung gegen Friedens- und Entspannungspolitik nach außen, gegen fortschrittliche und sozialistische Bewegung und gegen jeden Ansatz von demokratischen Reformen im Innern“, wie es in der Schlußresolution formuliert wurde, hatte den Anlaß zu dieser ersten gemeinsamen Kundgebung von Studenten und Gewerkschaften seit Ende der Anti-Notstandskampagne vor zweieinhalb Jahren gegeben. Die Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, jenes geschlossenen Blocks reaktionärer Professoren, Politiker und Wirtschaftsvertreter „zwecks Wiedereroberung des Terrains, das sie an den Hochschulen durch den Aufbruch der Studentenbewegung verloren“ haben (Prof. Abendroth), hatte die fortschrittlichen Wissenschaftler ebenso alarmiert

wie das Wirken jener anderen Teile des sich formierenden Rechtskartells mit Strauß, CSU-Freundskreisen und „Aktion Widerstand“.

Der Kampf gegen die Gefahr von rechts einte die verschiedenen auf diesem Kongreß vertretenen Gruppen. Sie erwarten von der Bundesregierung echte Reformen und entschlossene Maßnahmen gegen die Reaktion. Lehndorf: „Wie ist es zu erklären, daß der Entwurf eines Bundeshochschulrahmengesetzes der Bundesregierung keine der entscheidenden studentischen Mitbestimmungsforderungen aufnimmt? Wie ist es zu erklären, daß die Rüstungsausgaben weiter ansteigen, wo doch die Verträge von Moskau und Warschau die günstigsten Voraussetzungen für die Senkung der Rüstungslasten bieten? Wie ist es zu erklären, daß der SPD-Parteirat einen Beschluß gegen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten faßt, der die fortschrittliche Bewegung entscheidend zu behindern vermag, wo doch die Praxis in Betrieben und Hochschulen diesen Beschluß täglich widerlegt? Ist das die Ant-

wort der SPD-Regierung auf den Angriff von rechts?“

In dem Aufruf zum Kongreß, der von den Veranstaltern wie auch von Bundesjugendsekretären der Gewerkschaften und von den Bundesvorständen der Jungsozialisten, der Jungdemokraten und der SDAJ unterzeichnet wurde, war die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft als den Absichten der Bundesregierung übergeordnet bezeichnet worden. Und so war es nur folgerichtig, daß nach den Diskussionen dieses Tages in Plenum und Arbeitsgruppen in einer beinahe einstimmig von den Teilnehmern angenommenen Schlußresolution formuliert wurde: „Die Mehrheit der Bevölkerung, die lohnabhängig Arbeitenden und ihre Gewerkschaften sowie die Hochschulangehörigen haben ein gemeinsames Interesse an demokratischer Ausbildung und Wissenschaft und müssen ihr Bemühen um Zusammenarbeit verstärken. In diesem Zusammenhang nimmt die Forderung nach Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen eine zentrale Stellung ein.“



Zweitausend Schüler versammelten sich in Ludwigshafen, um gegen die Verschmutzung der Umwelt, gegen das Gift in Luft und Wasser zu demonstrieren. Der Protest richtete sich hauptsächlich gegen die Ludwigshafener Großverschmutzer (die Chemie-Konzerne BASF, Giuliani, Raschig, Grünzweig & Hartmann).

## Bilder aus dem freiesten Land der Welt

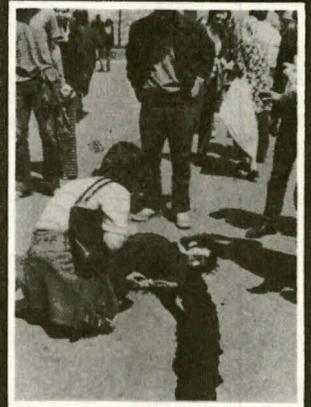
„Für Millionen Menschen in der Freien Welt, in der Welt der blockfreien Staaten und in der kommunistischen Welt ist Amerika das Land der Freiheit, das Land der großen Möglichkeiten, das Land des Fortschritts.“

Richard Nixon



### Das Land des Fortschritts

Was fortschreitet ist die Arbeitslosigkeit. Die Schlangen der Arbeitslosen vor den Stempelstellen – wie hier in Los Angeles – werden immer länger. 4,5 Millionen oder 5,1 Prozent der Werktätigen haben keine Arbeit.



### Das Land der großen Möglichkeiten

Dort ist es möglich, erschossen zu werden, wenn man gegen den Vietnam-Krieg demonstriert – so geschehen in Kent.



### Das Land der Freiheit

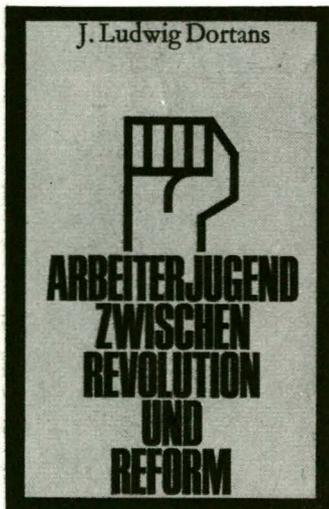
Frei ist Nixon, der seine Gegner durch die Gendarmerie niederprügeln läßt.



## „Gefahr“?

Was Unternehmer über die Arbeiterjugendbewegung denken

Von Uwe Sommer



■ „Der Prozeß der Radikalisierung unter Lehrlingen und Studenten schreitet fort.“

■ „Schwere Störungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation!“

■ „... revolutionäre Situation heraufbeschwören, die im weiteren die außenpolitische Sicherheit der mit dem Ostblock unmittelbar konfrontierten Bundesrepublik ernstlich erschüttern könnte.“

Wer ist es, der den Bestand des Kapitalismus gefährdet und dem Osten in die Hände arbeitet? Was läßt die Frage „Was tun?“ immer drängender werden? Wer sind die „Radikalen“, die „zunächst einmal“ — kommt Zeit, kommt Rat — „zur Ordnung“ gerufen werden müssen?

Es sind die Aktiven aus der Arbeiterjugendbewegung. Die Mitarbeiter der Lehrlingszentren, die aktionsbereiten Kräfte der Gewerkschaftsjugend, die Mitglieder der SDAJ. Ihnen wurde jetzt ein Buch gewidmet, in dem Dr. Johann-Ludwig Dortans als Tintenkuli der Unternehmer scherisch die Frage „Droht Gefahr?“ zu beantworten sucht. („Arbeiterjugend zwischen Revolution und Reform“, Markus-Verlag, Köln, 46 Seiten, DM 5,80.) Um es

vorweg zu sagen: Sie droht! Sie droht, „wenn es nicht gelingt, die junge Generation für den demokratischen Staat zu gewinnen“. Der „demokratische Staat“ wird gleichgesetzt mit der herrschenden kapitalistischen Ordnung, gegen die sich der Klassenkampf junger Arbeiter richtet.

Reichlich mit Verfassungsschutzmaterial versehen, operiert der Redakteur des „Kurz-Nachrichten-Dienstes“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dortans, nach folgender Methode: „Gewisse Unzulänglichkeiten“ hätten die Gründung von Lehrlingszentren provoziert — „die SDAJ scheint schon hierbei als Initiator eine Rolle gespielt zu haben.“ Die Vorwürfe seien aber von den Unternehmern „weitgehend widerlegt“ worden. Was davon bleibt, sind ein paar wegen Diebstahls entlassene Lehrlinge, für die sich eine Lehrlingsgruppe Darmstadt einsetzt. Da sieht man's ...

Der „orthodoxen“ SDAJ und dem „prokommunistischen Jugendmagazin elan“ widmet der Autor den größten Teil seines Werkes, das nach Urteil des Unternehmer-Massenblattes „Werk und Leben“ deutlich macht, daß man zutreffender von einer systematisch verhetzten Jugend, als nur von einer aufbegehrenden Jugend zu sprechen habe. Dortans enthüllt, als wäre es die sensationellste Neuigkeit: „In Wahrheit strebt die SDAJ nach einer grundsätzlichen Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln.“ Und der Autor des dem Deutschen Industrie-Instituts nahestehenden Verlages hält sich für berechtigt, die Gewerkschaften vor der „Trittbrett-Fahrt“ der SDAJ zu warnen und für den „gewerkschaftlichen Hausfrieden“ einzutreten: „... scheint die Neue Linke nicht ohne Erfolg bei Teilen der Gewerkschaftsjugend geblieben zu sein.“ Einer fiel auf solche Sprüche herein. Der Düsseldorfer Rentner Ludwig Rosenberg, der nach seinem Ausscheiden als DGB-Vorsitzender nun den Unternehmern als Autor zu dienen scheint, warnt im Vorwort vor „Opas Revolution“. Er hält den Kapitalismus offenbar für einen Teenager, während jener, der „uralte Vorstellungen als Zukunftsvisionen präsentiert, nicht

fortschrittlich, sondern erzkonservativ — wenn nicht reaktionär“ sei.

Wer bringt so etwas heraus? Chef des Markus-Verlages ist ein Helmut Bohn aus Köln, im Nebenberuf Schatzmeister des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“. Für den reaktionären Bund, der die Wissenschaft vor allem frei von De-

mokratie halten will, treibt Bohn die dicken Industriellen-spenden ein. Auch zur Abwehr der für die Unternehmer gefährlichen Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung hat Bohn mit der bei ihm erschienenen Dortans-Schrift jetzt seinen Beitrag geleistet. Bohn: „Unser Konzept heißt Sicherheit“.

## Lyrik mit Massenwirkung

Das politische Gedicht wurde zum Agitationsinstrument

Von Agnes Hüfner

Lyrik war jahrzehntlang ein Privileg für Eingeweihte, sie fand in elitären Zirkeln, großbürgerlichen Buchhandlungen und abendländischen Akademien statt und hatte mit dem Alltag des kleinen Mannes so wenig zu tun wie mit der großen Politik.

Das hat sich seit einiger Zeit in der Bundesrepublik gründlich geändert. Zusammen mit dem Neuansatz der außerparlamentarischen Opposition ist eine politische und zunehmend massenwirksame Lyrik entstanden, die erfolgreich die Schranken und Privilegien des herrschenden Literaturbetriebs durchbricht.

Das politische Gedicht hat sich zu einem brauchbaren Agitationsinstrument im Zusammenhang mit Aktionen und Demonstrationen entwickelt. Es ist in der Lage, schnell und effektiv auf aktuelle Vorgänge zu antworten, und bringt die Interessen und Bedürfnisse der Unzufriedenen und Wachgewordenen zum Ausdruck.

Ausgerechnet in Hamburg, dessen offizieller Kulturbetrieb vom Springer-Haus ferngesteuert wird, haben Lieder- und Gedichtemacher Gehör und Beachtung weit über den engen Kreis der Literaturbeflissenen hinaus gefunden. Die Entwicklung begann bereits 1965/1966 mit ersten öffentlichen

Gedichtrezitationen gegen den Krieg der USA in Vietnam. Auf Flugblättern, Postkarten und Handzetteln haben die „Inter-Galerie“, die „neue presse“ und der „Querverlag“ politische Lyrik und Kurzprosa auf der Straße und bei Kundgebungen verteilt.

Heute ist das politische Gedicht vielerorts zu finden, in Schülerzeitungen, in Betriebszeitungen und in Lehrlingszeitungen. Die Hamburger „Morgenpost“, die einzige nicht zum Springerkonzern gehörende Tageszeitung der Hansestadt, die sich im Laufe eines



Ein Realschullehrer in Elmshorn hat einen konkreten Beitrag zur Verwirklichung einer demokratischen Schulreform geleistet. Er hat das von Peter Schütt herausgegebene, im Weltkreis-Verlag erschienene „Linke Lesebuch“ seinen Schülern zur Anschaffung empfohlen und die dort abgedruckten Texte von 32 schreibenden Arbeitern, Lehrlingen und fortschrittlichen Schriftstellern im Deutschunterricht behandelt.

Das Beispiel verdient Nachahmung. Den Mitgliedern progressiver Jugendverbände sei empfohlen, ihren Lehrern an Berufs-, Mittel- und Oberschulen die Einführung des „Linken Lesebuchs“ vorzuschlagen!

halben Jahres sehr deutlich von der Bildzeitungskonkurrenz abgesetzt hat und politisch profilierter und engagierter geworden ist, veröffentlicht seit einiger Zeit in ihrem „Magazin“ „Ultrakurz“-Texte zu aktuellen Themen und hat gleichzeitig eine „Aktion Lesergedichte“ gestartet. Das Ergebnis war mehr als überraschend: fast täglich konnte die Zeitung mit klaren und qualifizierten Leseraussagen mit geradezu klassenkämpferischem Akzent aufwarten. Das Echo war so groß, daß die Redaktion mit der Gedichtflut kaum zurechtkam und noch für Monate mit Lesergedichten versorgt ist.

Kürzlich lud die „Morgenpost“ in ihr Center, in dem sonst nur Schlagerstars und andere Publikumsfavoriten zu Gast sind, fünf Autoren ein. Sie trugen politische Gedichte vor und stellten sich anschließend der Diskussion mit dem Publi-



„Lehrlinks-Machtgebeat“ ist eine seltsame Wortbildung und der Titel einer ungewöhnlichen Platte, die der Verlag „pläne“ in Dortmund als Single herausbrachte. Der Inhalt ist die Situation des Lehrlings, die inzwischen unüberhörbar diskutiert wird. Und für das Machwerk aktuellen politischen Inhalts sind ein erst 19jähriger Texter und Sänger aus Frankfurt, Lerry, und eine Gruppe von sieben ebenfalls sehr jungen Musikern mit dem originell-bescheidenen Namen „dadazuzu“ verantwortlich: Sie haben einiges zu beaten. Ihr musikalisch-popartiger Einfallsreichtum kommt auf der B-Seite mit dem „Gummiknüppelsong“ vielleicht noch besser zum Zug. Es ist ein klares Oratorium zum Thema „Knüppel frei!“. Besonders erfreulich an diesem „pläne“-Platten Beispiel ist die Tatsache, daß damit endlich auch linke Politik durch Jugendliche auf Beat-Scheiben gebracht wird.

kum, das „so zahlreich wie bei Freddy Quinn“ erschienen war, — laut Aussage des Chefredakteurs.

Die Zuhörer gingen hart ins Gericht mit allen Texten, die verschlüsselt, unverständlich und politisch unentschieden waren. Sie sprachen sich eindeutig für Agitationsverse aus, wie sie Peter Schütt und Uwe Wandrey vorgetragen hatten. Die erfolgreiche Lyrikveranstaltung soll bald wiederholt werden, nach Möglichkeit in der Nähe eines Hamburger Großbetriebes mit der Zuspitzung auf betriebsbezogene Themen. Über tausend junge Leute, Lehrlinge, Schüler, Studenten, kamen am 21. Oktober zu einer Solidaritätsveranstaltung für die palästinensischen Flüchtlinge in die Universität. Zu politisch eindeutiger gewordenen aggressiven Liedern von Franz-Josef Degenhardt lasen Peter Schütt und Uwe Wandrey Kampf- und Straßentexte. Sowohl die Gedichte wie die Songs waren auf die Politisierung des Alltags gerichtet.

Selbst der Schriftstellerverband bringt in Hamburg seit 1966 „Lyrik auf dem Markt“. In diesem Jahr lasen Arnfrid Astel, Peter Schütt, F. C. Delius, Nicolas Born und Ada Stons zu Jazz- und Beatmusik. Die Juniveranstaltung am Vorabend des Leninkongresses der SDAJ und die Lesung im September, die unmittelbar im Anschluß an eine gemeinsame Lehrlingskundgebung von SDAJ und Gewerkschaftsjugend stattfand, bewiesen, daß politische Lyrik dann am wirksamsten und erfolgreichsten vorgetragen wird, wenn sie nicht im luftleeren Raum steht, sondern aktionsbezogen formuliert und ihr Publikum gezielt anspricht. Die Zuhörerzahlen der gelungensten Veranstaltungen in der Hamburger Innenstadt lagen wiederholt bei über Tausend, mehr als bei fünfzig Rezitationen in Lyrikzirkeln herkömmlicher Art. Das beweist, daß es Wege gibt, die „Isolierung des Einzelgängers“, die Heinrich Böll in der Gründungsrede des Schriftstellerverbandes beklagt hat, zu durchbrechen: dazu gehört Mut, sich auf die Straße und vor die Betriebe zu stellen, Kenntnis über die Nöte und die Interessen des „Mannes auf der Straße“ und Einfallsreichtum für die Gestaltung solcher Auftritte. ■

## Gegen die Profitgeier

„Floh de Cologne“ mit der ersten deutschen Rockoper

Von Helmut Weinand

Sie kamen in Scharen. Lehrlinge, junge Arbeiter und einige Schüler. Insgesamt drängten sich über 1500 Jugendliche im Essener Jugendzentrum, um die Uraufführung der ersten deutschen Rockoper zu erleben. Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft Essener Lehrlinge. Auf der Bühne: Das Kölner Polit-Kabarett „Floh de Cologne“. Sie rockten, sangen und agitierten. Unter dem Titel: „Profitgeier“ nahmen sie Probleme der Ausbildung und Ausbeutung der Lehrlinge unter die Lupe.

Drei Monate hatten sie an der Rockoper gearbeitet. Sie diskutierten die Texte mit Lehrlingen. Was herausgekommen ist, spricht an. Geht unter die Haut. Im Mittelpunkt des Stückes: Gili und Uwe. Zwei Lehrlinge. Sie berichten über ihre Erfahrungen im Betrieb. Wie sie zu Hilfsarbeiten herangezogen werden. Wie sie antworten, politische Erfahrungen zu sammeln. Wie sie beginnen, sich zu organisieren. Zwischendurch harte Beat- und Rock-Musik. Und Parodien auf Schlagerschnulzen. Musik, mal mit, mal ohne Text. So bleibt genügend Zeit,

das Gehörte zu verdauen. Und es gibt einiges zu verarbeiten. So das Lehrlings-Gebet: „Lehrherr unser, der du hast den Betrieb, dein Reichtum komme, dein Wille geschehe, wie in der Werkstatt, also auch auf dem Klo...“ Anschließend dröhnen wieder elektrische Gitarren, Schlagzeug und Harmonium. Und die anwesenden Lehrlinge sind begeistert. Sie verstehen, wovon die Texte handeln. Das ist die Situation, die sie täglich im Betrieb erleben.

Die „Flöhe“ singen im Schnulzenstil das „Liebeslied des Unternehmers an einen treuen Arbeiter“. Der Text: „Ohne dich hat mein Leben keinen Sinn, ohne dich hat die Firma keinen Gewinn.“

Und sie werden konkret. „Die Profitgeier müssen weg“, heißt es im abschließenden Profitgeier-Song. Wie? Durch Stärkung der Gewerkschaften und durch die Organisation der Lehrlinge und jungen Arbeiter. Im Anschluß an die Aufführung verteilen die „Flöhe“ Flugblätter. Darin geben sie genaue Hinweise. Welche Organisationen die Lehrlinge unterstützen und welche Aktionen man unternehmen kann. Und Literaturhinweise: „Zeitschriften, die sich mit den Problemen der Lehrlinge beschäftigen: ran und elan“.

Der Applaus der Lehrlinge beweist: sie haben die „Flöhe“ verstanden. Auch in anderen Städten werden Profitgeier von dem „Floh de Cologne“ in der nächsten Zeit angegriffen werden. Die Gruppe geht mit diesem Stück auf Tournee durch die Bundesrepublik. Außerdem erscheint in Kürze eine Langspielplatte. ■



Hat schon jemand  
die neue **UZ**?



### BESTELLSCHEIN



Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM für 6 Monate



Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probe-exemplares

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Name)

.....  
(Vorname)

( ) .....  
(Wohnort)

.....  
(Straße u. Hausnummer)

absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH  
A 60 – Abteilung 41  
Duisburg-Beeck  
Pothmannstr. 12

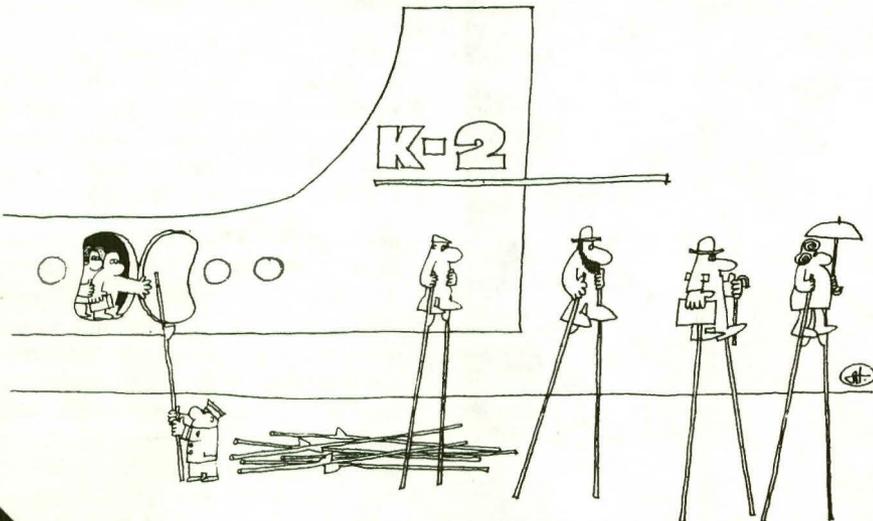
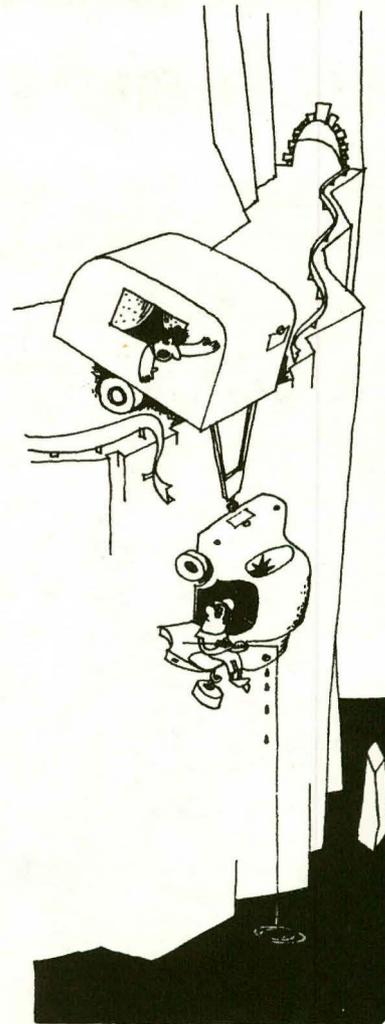
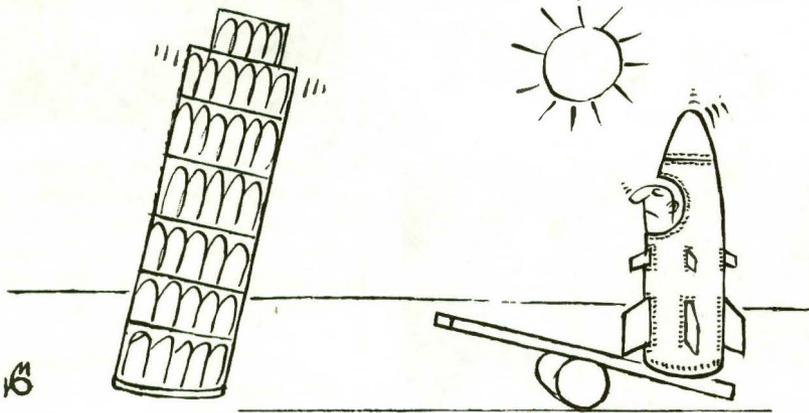
Wo es um Veränderung geht, da ist die UZ – Unsere Zeit ganz vorn. Wo es um Sozialismus geht, da informiert sie exakt. UZ die Rote: Sie geht den Bildungsfragen von der Arbeiterposition aus auf die Spur. UZ die Rote: sie kämpft für das neue Bewußtsein und für eine neue Realität. Auf Flick und Abs können wir dann verzichten.

Also: hat schon jemand die neue UZ? Die Rote kommt jede Woche neu.

unsere zeit  
**uz**  
sozialistische  
volkszeitung

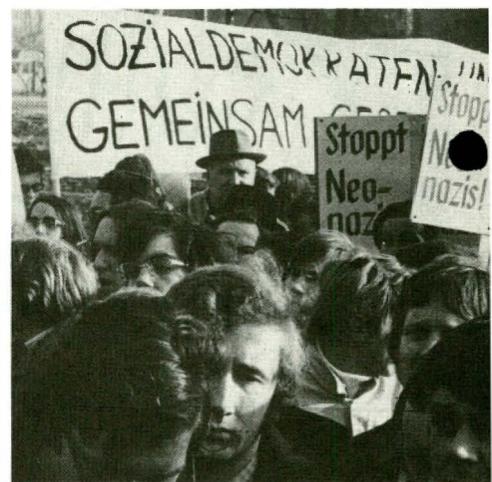
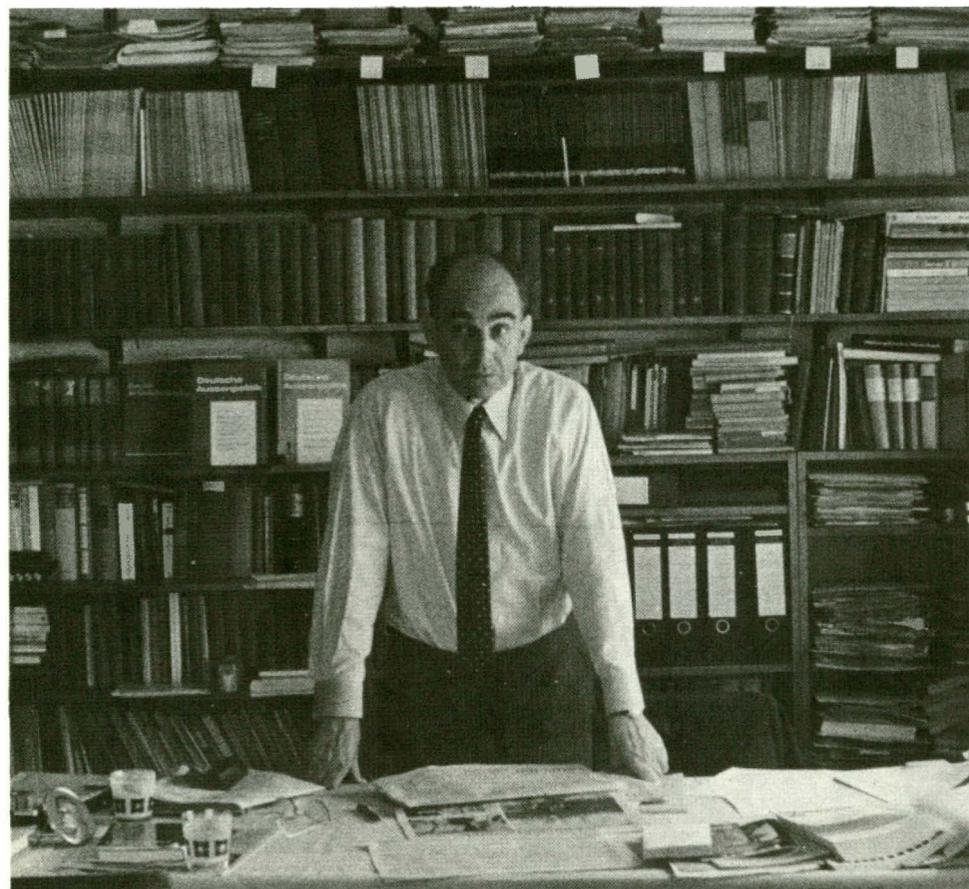


HIHIHIHIHAHAHAH-  
HAOOUHAAAH!!  
!!??!;!!?



Die SPD-Führungsgremien haben im November 1970 Aktionsgemeinschaften von Sozialdemokraten und Kommunisten verboten. Auf ihrer Münchener Tagung haben sie zur Begründung dieses Verbots der Beschlußvorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ zugestimmt, die im Januar 1971 endgültig verabschiedet werden soll. Die „Münchener Beschlüsse“ haben eine lebhafte Diskussion ausgelöst: Befriedigung bei Springer und in Kreisen der CDU/CSU, Kritik bei vielen jungen Sozialdemokraten. Beim elan trafen Briefe ein, in denen sich Leser zu den Beschlüssen der SPD-Führung äußern. Wir haben diese Briefe dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei vorgelegt. Kurt Bachmann gibt hier Antwort auf drei immer wiederkehrende Fragen. Exklusiv für die elan-Leser antwortet Kurt Bachmann auf die Frage

# Sozialdemokraten und Kommunisten - Todfeinde, weil das Kapital es will?



▲ „Notwendig wäre gerade jetzt eine Offensive aller Demokraten gegen die Rechtskräfte.“ (Sozialdemokraten und Kommunisten demonstrieren in Bonn gegen die neonazistische „Aktion Widerstand“).

„In den Münchener Beschlüssen stecken die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD-Führung — die vorbehaltlose Übereinstimmung mit dem großkapitalistischen System.“

„Die Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik, die Aktionseinheit der Arbeiter kommt voran — trotz der Münchener Beschlüsse.“ (Streik für die 15% Lohnerhöhung in Bochum.) ▶

Wir besuchten Kurt Bachmann in seinem Heim in Weiden bei Köln. Dort stellte sich der DKP-Vorsitzende den Fragen der elan-Leser. Der Antirassist Kurt Bachmann hat am eigenen Leib erfahren müssen, wohin es führt, wenn die Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und der anderen Demokraten gegen Rechts nicht zustande kommt. Jahrelang war er in den faschistischen Konzentrationslagern inhaftiert. ◀

„Wer von freiheitlicher Demokratie spricht, der muß auch davon sprechen, wie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Einfluß und Geltung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat erhalten, also wie die Allmacht des Großkapitals zurückgedrängt und schließlich überwunden wird.“

„Der Gegensatz zwischen Monopolkapital und arbeitender Bevölkerung, zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens, zwischen Fortschritt und Reaktion, das ist der Grundwiderspruch unserer Zeit.“

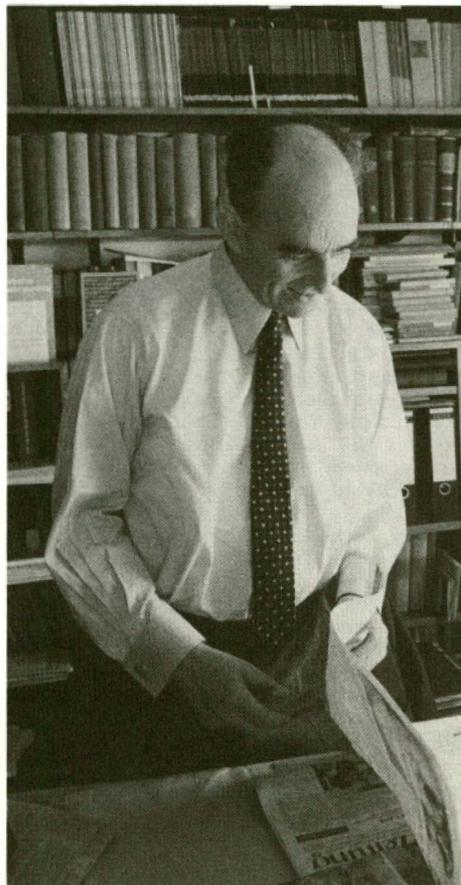
Zeichnung: Hachfeld/Berliner Extra-Dienst



# 1

... haben wir dafür zu sorgen, daß wir von Ihnen nicht geschluckt werden“, hat die SPD-Führung in München verlauten lassen. Gemeint sind damit die Kommunisten, die also offenbar doch morgens einige Sozis zum Frühstück verspeisen. Solch einen Unfug kann doch auch die SPD-Führung nicht ernst nehmen. Die hat nur eine antikommunistische Pflichtübung gemacht, damit die Rechten weniger auf sie draufhauen können.

Karl Weidemann, Köln



**Kurt Bachmann:** Es ist mehr als politische Irreführung, wenn man behauptet, mit Antikommunismus besser gegen die Neonazis und Revanchisten kämpfen zu können. Denn Antikommunismus war und ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten aller Schattierungen. Jede Äußerung des Antikommunismus wird vom ZDF, von der BILD-Zeitung usw. sofort als Munition für die Bekämpfung jeder Entspannungspolitik und des gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land benutzt.

Man muß sich einmal überlegen, in welchem politischen Klima der Parteirat der SPD seine antikommunistischen Beschlüsse gefaßt hat. Das geschah genau zu einem Zeitpunkt, wo Strauß und Barzel, Springer und alle anderen Erzreaktionäre die Angriffe auf den Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion verstärkten. Die Neonazis sind zur offenen Mordhetze übergegangen. Wenn sie „Brandt an die Wand“ brüllen, dann meinen sie das auch. Notwendig wäre gerade jetzt eine Offensive aller Demokraten gegen diese Rechtskräfte, für die Sicherung von Frieden und Demokratie. Stattdessen aber kommt von der SPD-Führung ein Verbot, daß allen Sozialdemokraten untersagt, gemeinsam mit ihren kommunistischen Kollegen und Genossen zu handeln. Das ist verhängnisvoll.

Wie ich noch aus eigener Erfahrung weiß, werden hier von der SPD-Führung die Fehler von vor 1933 wiederholt, die die Machtübernahme der Nazis möglich machten. Damals lehnte die SPD-Führung alle Aktionseinheitsangebote der Kommunisten zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus ab.

Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages hat Bundeskanzler Brandt in Bonn erklärt: „Der Ausgleich mit dem Osten ist nicht Sache einer Partei, oder zweier Parteien, einer Koalition oder der Regierung allein; dies geht unser Volk in seiner Gesamtheit an.“ Das ist völlig richtig. Aber damit sind die Münchener Beschlüsse überhaupt nicht zu vereinbaren.

Um ihre „Zuverlässigkeit“ gegenüber dem Gesellschaftssystem der BRD zu beweisen, hat die SPD-Führung ihre antikommunistische Grundhaltung in aller Deutlichkeit hervorgekehrt. Aber die Münchener Beschlüsse sind mehr als eine antikommunistische Plattform. In ihnen stecken die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD-Führung: die vorbehaltlose Übereinstimmung mit dem großkapitalistischen System der Bundesrepublik; das vorbehaltlose Bündnis mit dem US-Imperialismus, der reaktionärsten Macht der Welt; die vorbehaltlose Treue zur NATO, die jüngst den „Ersteinsatz“ von Atomwaffen auf die sozialistischen Staaten als Programm beschlossen hat. Augenscheinlich will die SPD-Führung das Ergebnis des nächsten Parteitages vorwegnehmen, bevor die Parteimitglieder Gelegenheit zur Diskussion hatten. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die innerparteiliche Demokratie in der SPD.

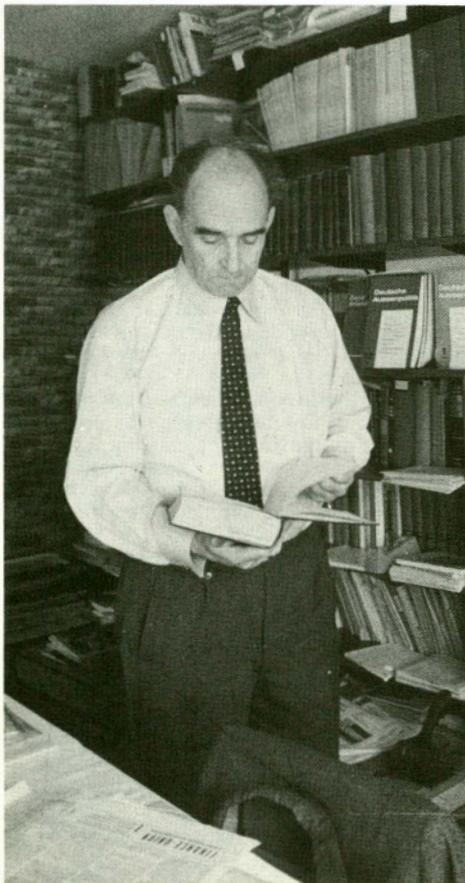
### Rätsel: Wer sagte dies?

„Es gibt aber eine Reihe von Sachen, an denen wir gemeinsam interessiert sind — und zwar in erster Linie an der Organisation des Friedens in Europa und an einer schrittweisen Überwindung der Vorurteile, die von früher bei den Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten und bei den Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten bestehen.“

(Ausspruch aus dem Jahre 1970. Wer sagte das? Auflösung auf Seite 51)



**Da haben wir's: Die SPD will „diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren verteidigen“, wie es in der Münchener Beschlußvorlage heißt. Was soll es dann, wenn die DKP vom „gemeinsamen Handeln“ der Kommunisten und Sozialdemokraten spricht. Die DKP will doch mit den Sozialdemokraten nicht die Ordnung des Kapitals verteidigen. Aber nur dazu sind doch die Sozialdemokraten bereit. Siggi Schober, Kassel**



**Kurt Bachmann:** Das gemeinsame Handeln oder wie man auch sagt die Aktionseinheit der Arbeiter für ihre gemeinsamen Ziele ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Die Arbeiterklasse hatte immer dann Erfolge, wenn sie einheitlich und gemeinsam handelte. Wenn wir von Gemeinsamkeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten sprechen, dann gehen wir von ihren gemeinsamen objektiven Interessen aus. Die überwiegende Zahl der Sozialdemokraten sind Arbeiter und Angestellte. In Betrieb und Büro unterliegen sie der gleichen Willkür des Unternehmers und der gleichen Ausbeutung wie ihre kommunistischen oder parteilosen Kollegen. Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter sind in gleicher Weise vom Preis- und Mietwucher, von den Lasten einer sinnlosen Aufrüstungspolitik, von den Notständen auf sozialem und kulturellem Gebiet betroffen. Aus der gemeinsamen objektiven Lage erwachsen die gemeinsamen Interessen und folgt die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns für die gemeinsamen Interessen, für die Sicherung des Friedens, für mehr Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Gemeinsamkeiten sind letzten Endes stärker als alle Versuche, die Arbeiterklasse zu spalten und Barrieren zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufzubauen.

Für das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilosen Arbeitern haben wir gerade in der letzten Zeit viele Beispiele. Sozialdemokraten und Kommunisten, SDAJler und Jusos führten gemeinsame Aktionen gegen das Rechtskartell und die Neonazis durch; sie beteiligen sich gemeinsam an den Aktionen der Mietersolidarität; sie standen und stehen Schulter an Schulter in den Herbststreiks 1969 und 1970, im Kampf für höheren Lohn und soziale Verbesserungen, für mehr Mitbestimmung, für eine qualifizierte Berufsausbildung. Das Erlebnis, das man im gemeinsamen Kampf Erfolg hat, gibt dem Gedanken der Arbeitereinheit eine neue Anziehungskraft.

Nicht wenig Sozialdemokraten fragen sich auch, ob nach den Verträgen von Moskau und Warschau nicht eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik folgen müsse. Es ist doch nur logisch, nach dem Gespräch mit den Kommunisten in den sozialistischen Ländern mit dem Gespräch und dem gemeinsamen Handeln mit den Kommunisten in der Bundesrepublik zu beginnen. Die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die Aktionseinheit der Arbeiter kommt also voran — trotz der Münchener Beschlüsse.

Aber das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen entsteht nicht von selbst. Es entwickelt sich einzig und allein in der ständigen Auseinandersetzung mit dem großkapitalistischen System, im aktiven Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Deswegen auch ist für die Entwicklung des gemeinsamen Handelns der arbeitenden Bevölkerung eine starke kommunistische Partei notwendig, die sich von nichts anderem als den Interessen der Bevölkerung leiten läßt. So hat die DKP seit ihrer Konstituierung bei allen Aktionen der Arbeiterklasse, bei allen Aktionen gegen das Rechtskartell für Frieden und Demokratie ihren Mann gestanden und sich als einigende, organisierende und stabilisierende Kraft gezeigt. Entwicklung und Aktionseinheit und Stärkung der DKP, das ist kein Widerspruch; je stärker die DKP um so besser wird es um das einheitliche Handeln der Arbeiter und Angestellten, Schüler, Lehrlinge und Studenten in der Bundesrepublik bestellt sein.

#### **SPD 1934**

„Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig . . . Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“

(Prager Manifest des SPD-Parteivorstandes, 28. Januar 1934)

#### **Freude bei CSU und Flick**

„Ich freue mich, daß die SPD sich eindeutig von der DKP distanziert hat. Je stärker sich die SPD von der DKP abgrenzt, desto besser. In der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus steht die CSU völlig an der Seite der SPD.“

(Wolfgang Pohle, CSU-Bundestagsabgeordneter und Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns)

#### **Sozialdemokratischer Hochschulbund**

„Die Bundesdelegiertenversammlung fordert alle SHB-Gruppen und alle Sozialdemokraten auf, Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten dort zu praktizieren, wo es den gemeinsamen sozialen und politischen Interessen dient. Parteischädigend ist nicht die Zusammenarbeit mit Kommunisten, sondern die Aufrechterhaltung eines für die sozialistische Bewegung gefährlichen Antikommunismus in der BRD.“ (11. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 24. 11. 1970)

#### **Jungsozialisten**

„Im Rahmen der außerparlamentarischen Arbeit ist die Mitwirkung auch anderer als in der SPD organisierter fortschrittlicher Gruppen notwendig. Hier kann die Durchführung von Aktionen nicht deshalb in Frage gestellt werden, weil sich kommunistische Gruppen daran beteiligen.“

„Das Verfahren des Parteirats zeigt, daß Bemühungen um die ideologische Abgrenzung der Sozialdemokratie zum Kommunismus dazu gebraucht werden sollen, die sozialistischen Kräfte in der SPD zurückzudrängen. Mit diesem Beschluß wird der in der Bundesrepublik vorhandene Antikommunismus neu belebt, der in der Vergangenheit auch die Funktion hatte, notwendige gesellschaftliche Reformen zugunsten der abhängig Beschäftigten zu verhindern.“

(Stellungnahme des Bundesausschusses der Jungsozialisten, 22. 11. 1970)

#### **SDAJ: Antwort an die SPD-Führung**

„Die SDAJ wird weiterhin alles tun, um die Aktionsgemeinschaft aller demokratischen Kräfte gegen den Angriff der Reaktion, für die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Menschen und für die Ratifizierung und Verwirklichung des Moskauer Vertrages herzustellen.“

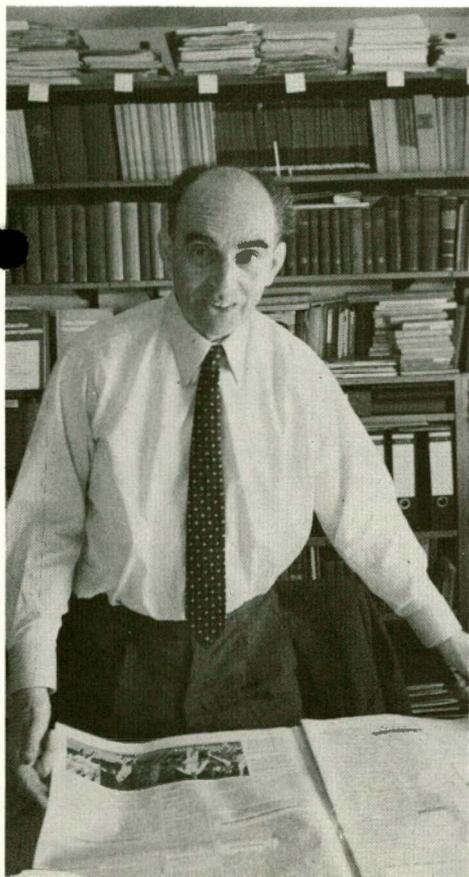
(SDAJ-Vorsitzender Rolf Priemer, 15. November 1970)

#### **Zum Titelbild**

Dem Titelbild dieser Ausgabe liegt der Plakatentwurf „Jetzt Aktionseinheit“ eines Künstlerteams aus Berlin/DDR zugrunde. Der Entwurf wurde im Mai 1970 beim Plakatwettbewerb des „Jungen Forum“, Recklinghausen und der IG-Metall-Jugend mit einem Preis ausgezeichnet.

# 3

**Nicht die verschiedene Haltung zum Privateigentum, sondern der „Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung“ sei der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik, heißt es in der Münchener Beschlusvorlage. Worin sieht Ihr Kommunisten den entscheidenden Gegensatz? Wolfgang Burmeister, Lüneburg**



**Kurt Bachmann:** Es ist schon eine eigenartige Sache wie die SPD-Führer in ihrem Münchener Papier gegen die angebliche Parteidiktatur der kommunistischen Parteien vom Leder ziehen und gleichzeitig ihren eigenen Parteimitgliedern einen Maulkorb umhängen und jeden Umgang mit Kommunisten verbieten wollen. In der DKP hat jeder Genosse die Freiheit, mit seinen sozialdemokratischen Genossen gemeinsam zu handeln, um die gemeinsamen Interessen gemeinsam durchzusetzen. Und so wird es auch bleiben.

Natürlich gibt es zwischen SPD und DKP ideologische Differenzen. Wir halten es für notwendig, die ideologische Auseinandersetzung zu führen, die Gegensätze auszutragen. Wir sind für den Dialog. Dieser darf und braucht nicht zu verhindern, daß wir gemeinsam aktiv werden. Doch zurück zum Papier des Parteirates. Die Gesellschaft der Bundesrepublik soll also eine „freiheitliche Demokratie“ sein. Selbstverständlich gibt es in der Bundesrepublik Freiheit. Aber das ist zunächst die Freiheit des Monopolkapitals, seine Interessen in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft durchzusetzen, die Freiheit der Profitmacher. Es hat sich inzwischen rumgesprochen, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung über 70 Prozent des Produktivkapitals besitzen. Die Konzentration des Kapitals schreitet immer schneller voran. So setzt sich verstärkt wirtschaftliche Macht in politische Macht um. Diese Konzentration treibt zu autoritärer und reaktionärer Zentralisierung im Staat. Sie stärkt die Wurzeln und vergrößert die materiellen Grundlagen der antidemokratischen und neonazistischen Rechtskräfte. Und das soll freiheitliche Demokratie sein? Über alle wirtschaftlichen Fragen entscheiden allein die Unternehmer. Tausende von Arbeitern können von heute auf morgen auf die Straße gesetzt werden. Über Nacht kann — wie in diesen Wochen — Kurzarbeit angesetzt werden. Und das soll Selbstbestimmung sein? Wer von freiheitlicher Demokratie spricht, der muß auch davon sprechen, wie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Einfluß und Geltung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat erhalten, also wie die Allmacht des Großkapitals zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. Doch davon liest man nichts in den Münchener Entschlüssen.

In der DDR und den anderen sozialistischen Ländern gibt es keine Freiheit für das Monopolkapital, für Kriegsvorbereitung und nazistische Hetze. In der DDR sind die Schuldigen an Faschismus und Weltkrieg ein für allemal entmachtet worden, und die Großbetriebe sind in den Händen der Arbeiter. Die Produktion wird jetzt nicht den Profitinteressen einiger weniger untergeordnet, sondern nach den Bedürfnissen aller Arbeitenden geregelt. Das ist möglich geworden, weil die Arbeiter einheitlich und gemeinsam handelten, weil es starke kommunistische Parteien gibt. Der Gegensatz zwischen Monopolkapital und arbeitender Bevölkerung, zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens, zwischen Fortschritt und Reaktion, das ist der Grundwiderspruch unserer Zeit. Die Kommunisten kämpfen für den Fortschritt, für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für den Fortschritt.

**Aufdeckung des Rätsels:** Der Name des Verfassers dieser Zeilen ist Herbert Wehner. Wehner ist stellvertretender SPD-Vorsitzender. Wird er jetzt aus der SPD ausgeschlossen? Übrigens: Wehner sprach diese Worte im September 1970 anläßlich einer Jugoslawienreise. . . . Für die Außenpolitik gibt es offenbar andere Maßstäbe im Verhältnis zu den Kommunisten als in der Innenpolitik.

**Das Sonderangebot im Monat Januar:**



## **Brüder, zur Sonne, zur Freiheit**

**Arbeiterkampflieder**

u. a. Die rote Garde,  
Auf, auf, zum Kampf,  
Rote Matrosen, Bei Leuna,  
Internationale,  
Bandiera rossa.

30 cm, 33 UpM

Bei Bestellungen  
bis zum 31. Januar 1971:  
Sonderpreis DM 15,—

Weiterhin im Angebot:

Über 100 Titel Folklore und  
revolutionäre Lieder aus aller  
Welt.

(Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere Plattenpreise mit dem 1. 1. 1971, im Gegensatz zu vielen anderen Firmen, nicht erhöht wurden.)



Bestellungen bitte an:

**Weltkreis-Verlags-GmbH**

**Schallplatten**

**46 Dortmund, Brüderweg 16**

# SDAJ FORDERT GEGEN US.-IMM



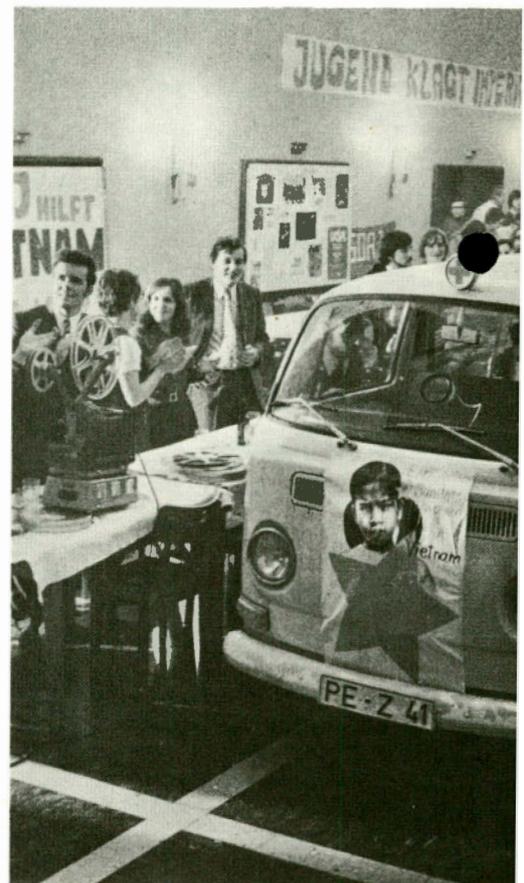
# SOLIDARITÄT



## Ein Bus nach Vietnam

Bonn. „Auf dem Pausenhof der Berufsschule drängen sich die Lehrlinge um unseren Sanitätswagen. Da uns die Schulleitung das Verteilen von Flugblättern untersagt hat, legen wir die Materialien an der Wagentür ab und schauen weg. Die Jungs verstehen das als Aufforderung — besonders die Spuckzettel finden reißenden Absatz. Viele spenden ein paar Mark von ihrem Taschengeld.“ Mehrere Monate lang hatten SDAJler in allen Teilen der Bundesrepublik gesammelt: auf der Straße und im Betrieb, vor Kirchen und Kaufhäusern. Dann waren mehr als 17 000 DM zusammengekommen, und der Sanitätsbus für die FNL Südvietsnam konnte gekauft werden.

Seine erste Reise führte ihn quer durch das Bundesgebiet. Von Hamburg nach München, von Stuttgart nach Wuppertal. In vielen Städten war er Mittelpunkt heißer Diskussionen: sichtbares Zeichen der Solidarität, Anlaß zu weiteren Spenden. Höhepunkt der Tournee sollte Dortmund werden: Hier wollten Delegierte der aktivsten SDAJ-Gruppen den Bus an Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietsnam übergeben. Das Jugendstudio Leipzig, Hartmut König an der Spitze, eröffnete die Veranstaltung. Es folgten Rezitationen von





# HILFT SIEGEN



Peter Schütt aus Hamburg, weitere Lieder. Themen: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, internationale Solidarität mit Griechenland, Spanien und Vietnam, aktueller Kampf gegen die Macht der Monopole.

Rolf Jürgen Priemer, der Bundesvorsitzende der SDAJ, ergriff das Wort. Er berichtete von den Bemühungen, Einreisegenehmigungen für die Vietnamesen zu bekommen. Wochenlang schoben sich Innen- und Außenministerium gegenseitig die Zuständigkeit zu, dann endlich schien es doch noch zu klappen.

Aber als die Delegierten der Provisorischen Regierung Südvietnams bei Helmsstedt ins Bundesgebiet einreisen wollten, ließ man sie nicht durch: sie sollten sich wegen einer Einreiseerlaubnis an den Polizeipräsidenten von Westberlin wenden.

Schließlich war die SDAJ bereit, auch dort anzurufen — aber in Westberlin fühlte sich niemand zuständig — was ja auch den Realitäten entspricht.

Rolf Priemer: „Wir werden diesen Bus also dort übergeben, wo es möglich ist: in der Hauptstadt der DDR. Und was Bonn betrifft, so werden wir auch weiterhin darum kämpfen, daß diese Regierung die politischen und materiellen Hilfelei-

stungen an die USA einstellt und diesen Krieg als das bezeichnet, was er ist: ein Verbrechen!“

Minutenlang Beifall brandete auf, als der Sanitätswagen in den Saal rollte. Vertreter der Gruppen, die am meisten Geld gesammelt hatten, stiegen aus und nahmen auf der Bühne Platz. Unter ihnen zwei kaum zehnjährige Jungen aus Köln, die allein mehr als 1000 DM für Vietnam gesammelt hatten.

Aber nicht nur das Geld ist wichtig. Ebenso wertvoll waren sicherlich die zahllosen Diskussionen, die es an allen Schauplätzen der Solidaritätskampagne gegeben hatte.

Sie zeigten: die Erkenntnis, daß dieser Krieg ein Verbrechen ist, setzt sich immer weiter durch. Immer mehr Menschen sind bereit, durch Solidaritätsspenden und -aktionen zum Sieg des vietnamesischen Volkes beizutragen.

#### **Vietnam braucht Hilfe**

*Die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität ruft auf zur Aktion:*

*100 000 DM für Vietnam.*

*Spenden bitte überweisen auf das Konto der „Hilfsaktion Vietnam e.V.“: Postscheckkonto Essen 90040, Stichwort „100 000 DM für Vietnam“.*

Saint Denis ist eine Arbeiterstadt am Rande von Paris. 100.000 Einwohner, Industriebetriebe, Museum, Kathedrale, Rathaus, Stadion, zwei Sporthallen. Saint Denis gehört zu jenem „Roten Gürtel“ um Paris, dessen Vororte, Gemeinden und Städte gemeinsam haben, von Kommunisten regiert zu werden. Seit Jahrzehnten sind in den Stadt- und Gemeindeparlamenten dieser Gegend die Kommunisten in der Mehrheit – und den Städten ist es gut bekommen: moderne Straßen und Wohnviertel, neue kulturelle Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser. Und worauf die Bewohner besonders stolz sind: Sportstätten.

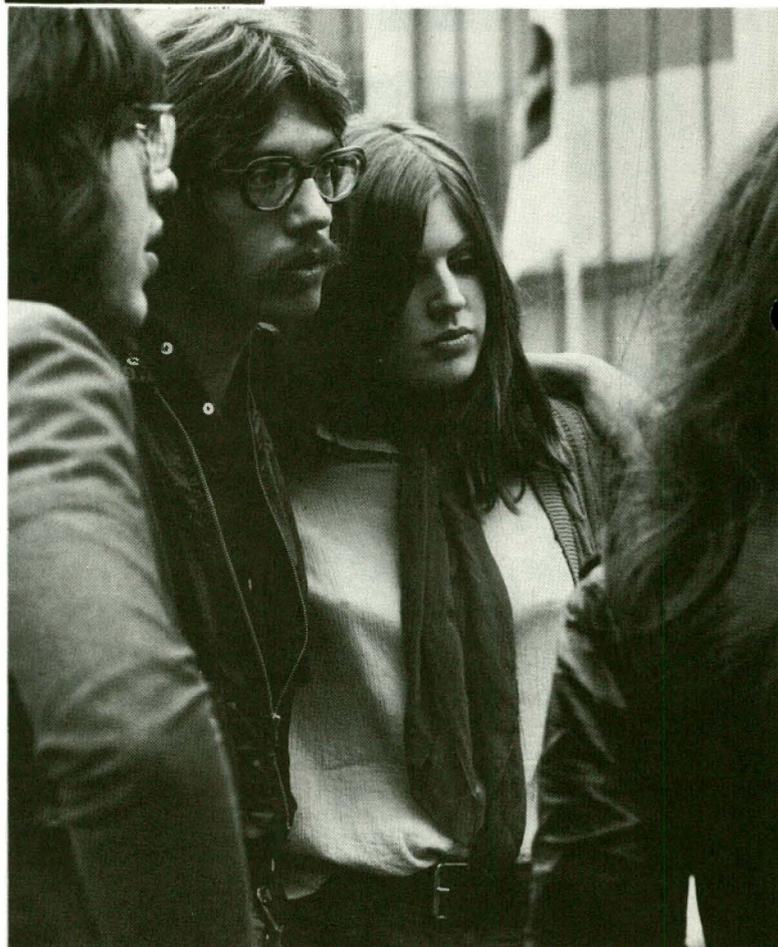
### Kongreß der Kommunistischen Jugend Frankreichs

Am 4. Dezember in einer dieser Sporthallen in Saint Denis: zweiter Tag des Kongresses der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs. Nachdem die 1.300 Delegierten tags zuvor im Plenum getagt hatten – sie hatten den Rechenschaftsbericht ihres Generalsekretärs Roland Favaro entgegengenommen und diskutiert –, finden an diesem Tage die getrennten Konferenzen der vier Organisationen statt, die Teile der Kommunistischen Jugendbewegung sind. Die recht stattliche Zahl der Ausländer – 26 Delegationen sind erschienen – wird auf die Konferenzen des Kommunistischen Jugendverbandes, der Landjugend, des Verbandes der jungen Mädchen und der Kommunistischen Studenten aufgeteilt. So können alle Gäste zu den Delegierten sprechen, ohne die umfangreiche Arbeit des drei Tage währenden Kongresses zu beeinträchtigen. Ich werde gebeten, als SDAJ-Vertreter zu den 300 Delegierten der Mädchen zu sprechen.

Zunächst habe ich aber zugehört, und das lohnte sich. Die durchschnittlich 18 Jahre jungen Genossinnen analysierten sehr sachlich die Lage der Mädchen und jungen Frauen in ihrem Lande. Hauptproblem: die Berufsausbildung. Auch in Frankreich werden die Mädchen vorwiegend in Dienstleistungsberufe, pflegerische und bedienende Tätigkeiten eingewiesen. Viele Mädchen bleiben ohne Ausbildung. So sagte eine junge Lehrerin, die Abgänger der Hauptschule unterrichtet, welche keine Lehrstelle gefunden haben: „Ich bilde Arbeitslose aus.“ Denn die Ungelernten sind die ersten, die auf die Straße fliegen. Auch jene Zahl der zwar ausgebildeten, aber nicht in ihrem Beruf beschäftigten oder gar arbeitslosen Mädchen wächst. Wo sich die Erholungssuchenden aus dem Mittelstand wie aus der High Society an der Riviera aalen – wir kennen die Fotos aus den Illustrierten – da ist das Los der jungen Mädchen oft besonders schwer. Viele finden nur in der Saison Arbeit.

Ein Mädchen nach dem anderen ergreift das Wort. Das Büromädchen, das schlecht

# BEI DEN MÄDCHEN IN SAINT DENIS



bezahlt wird. Die Krankenschwester, die wochenlang ohne freien Tag ist. Die Verkäuferin, deren Lohn durch hohe Fahrtkosten stark angegriffen wird. Die Fabrikarbeiterin, die von der doppelten Ausbeutung ihrer Geschlechts- und Klassengenossen berichtet, ausgebeutet als Lohnarbeiter und als Frau, die für gleiche Arbeit weniger bezahlt bekommt als ihr männlicher Kollege.

## Damit es sich ändert

Der Kongreß findet statt in einer Zeit wachsenden politischen Engagements der Jugend. „Früher haben wir die Losung ‚Es muß sich ändern‘ ausgegeben“, berichtet mir Jose. „Das hat die Mehrheit der Jugend schon akzeptiert. Die Jungen fragen jetzt ‚Wie muß es sich ändern? Und was soll kommen?‘“ Die Alternativen zeigen die Kommunisten auf, die für die Einheit aller Linken eintreten, um an die Stelle des gaulistischen Regimes das zu setzen, was sie „fortschrittliche Demokratie“ nennen – ein System, in dem die Interessen der Millionen bestimmen, nicht die der Millionäre, der Monopole. Die Hauptlosung des Kongresses lautet folglich: „Jugend und Studenten kämpfen mit den Kommunisten, damit es sich ändert.“

Damit es sich ändert, muß auch die Organisation gestärkt werden. Das ist ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion der Mädchen. Einige fragen: Ist die Existenz einer Mädchenorganisation nicht überholt? Andere geben zu bedenken, daß die Probleme der Mädchen und die Entwicklung des Kampfes für ihre Interessen untergehen könnten in der Gesamtbewegung, wenn nicht die Mädchen selbst ihre Belange in die Hand nehmen. Der Streit wird sehr leidenschaftlich geführt – mit einem Wortschwall, den ich leider nicht verstehe. Schließlich schält sich als einheitliche Meinung heraus: Enges Zusammenwirken mit dem Kommunistischen Jugendverband in der gemeinsamen Jugendbewegung bei Beibehaltung des eigenen Verbandes, d.h. gemeinsame Leitungen, gemeinsame Freizeit- und Club-Arbeit, gemeinsame Kulturveranstaltungen und politische Aktionen. Aber Entwicklung eines sozialen und politischen Mädchenprogramms, mit dem besonders die Mädchen in den Kampf einbezogen werden. Am Tag darauf wird der stärkere organisatorische Zusammenschluß der vier Organisationen mit der Annahme eines neuen Statuts der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs bekräftigt.

## Vor neuen Aufgaben

Die nächsten Aufgaben, die vor dem Mädchenverband wie vor der gesamten kommunistischen Jugendbewegung stehen, faßt die Nationalsekretärin zusammen: die

Jugend für ein Engagement in den französischen Kommunalwahlen zugunsten der Kommunisten und einer einheitlichen Linken zu gewinnen. (Im März 1971 wird in allen Städten und Gemeinden Frankreichs gewählt.) 1971 wird die Französische Kommunistische Partei 50 Jahre alt, und die Pariser Kommune, die erste Arbeiterregierung der Welt, wird dann ihren 100. Jahrestag haben. Zwei Daten, die Höhepunkte in der Arbeit der jungen französischen Kommunisten sind. Die Solidaritätsbewegung der Jugend für den Kampf Vietnams soll weiterentwickelt werden. In den Aktionen werden neue Mitglieder für die Bewegung gewonnen, das nehmen sich die Delegierten vor. Und schließlich wollen sie ihre Zeitschrift „Avant-Garde“ wie bisher massenhaft unter der Jugend verbreiten.

Jeden Monat gibt es in der ganzen kommunistischen Jugendbewegung einen „Avant-Garde“-Tag. Dann sind alle Genossen auf den Beinen, um im Straßenverkauf die Jugendzeitschrift zu verbreiten und neue Abonnenten zu werben. „Der Kampf der Ideen wird mit der Presse geführt“, stellt die Nationalsekretärin Nicole dazu fest. Ein riesiges Transparent im Plenarsaal des Kongresses verkündet: „Zwei unentbehrliche Mittel im Kampf: ‚Avant-Garde‘ und ‚Le nouveau Clarte‘“ („Clarte“ ist die Studentenzeitung).

Die kommunistische Jugend ist heute die stärkste Kraft in der politischen Jugendbewegung Frankreichs. Im Mai-Juni 1968 war die Jugend massenhaft in den Kampf eingetreten. Infolge der Hetze von rechts und des abenteuerlichen Aktionismus von linksradikaler Seite trat aber 1968 ein Stillstand in dem Trend zur kommunistischen Jugend ein. Seitdem hat sich die kommunistische Jugend jedoch als einzige stabile und kämpferische Kraft der linken Jugend profiliert. „Die Gauchisten (Anarchisten, Maoisten, Trotzlisten), die de Gaulle nützten, sind heute in der Krise“, sagt mir Ernestine, eine junge Lehrerin aus Paris, die darauf hinweist, daß 50 % der Delegierten des Kongresses erst nach dem Mai/Juni 1968 in die kommunistische Jugendbewegung eingetreten sind.

## Absage an das „Europa des Kapitals“

Der Kongreß verabschiedet eine Resolution, die vorher im ganzen Land unter der Jugend diskutiert worden ist. 1200 Änderungsvorschläge waren bereits in dem Entwurf verarbeitet, der in Saint Denis vorlag. Darin werden die Grundrechte der Jugend formuliert, die jetzt zu verwirklichen sind: Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Recht auf Berufsausbildung und auf Arbeit, Recht auf Freizeit und Erholung, Recht auf demokratische Bildung, Recht auf bessere Lebens- und Arbeitsbedin-

gungen, auf Mitsprache und Mitverantwortung der Jugend. „Das ist ein revolutionäres Programm“, sagt uns der Sekretär der Organisation im Departement Seine-Saint-Denis, Tito. „Revolutionär, weil es Losungen enthält, die die Mehrzahl der Jugend aufgreifen kann und aufgreifen wird, wenn wir sie aktivieren.“

Tito ist Sekretär der stärksten Departement-Organisation und Mitglied der Nationalleitung. Er stimmt mit uns darin überein, daß es erforderlich ist, die Beziehungen zwischen den Arbeiterjugendorganisationen Westeuropas zu vertiefen, insbesondere die zwischen der SDAJ und der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs. „1971 sollten wir zu solchen Beratungen zusammenkommen“, stimmt er im Namen seiner Organisation zu. Hauptthemen sollten sein: Die Antwort der Jugend an das „Europa des Kapitals“ und ihr Beitrag zur europäischen Sicherheit.

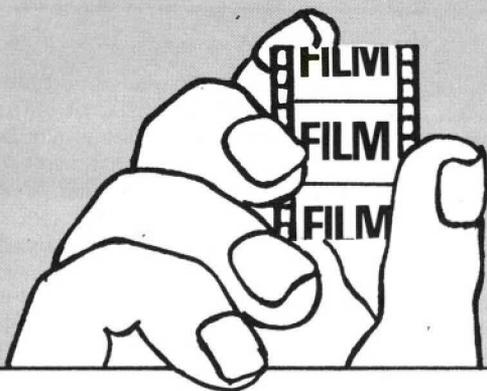
## „Anerkennung, Anerkennung!“

Worauf es im Kampf um die europäische Sicherheit ankommt, ist den Delegierten klar. Als Frank Bochow, Sekretär des Zentralrats der FDJ (deren Delegation erstmals Einreisevisa nach Frankreich erhielt), zu den „Erben der Pariser Kommune“ spricht, wird er minutenlang durch Beifall und Sprechchöre unterbrochen: „Für Anerkennung der DDR“. Es werden FDJ- und DDR-Fahnen geschwenkt.

Die Phon-Zahl dieses Beifalls wird auch am Abend mehrmals erreicht, als sich die Sitzung zu einer bewegendem Manifestation des proletarischen Internationalismus und des weltweiten antiimperialistischen Kampfes gestaltet. Nicht endenwollender Beifall und Sprechchöre für die Sprecher aus Nord- und Südvietnam, aus Chile, Italien, aus der Sowjetunion. Auch der Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Angelo Oliva, ergreift das Wort. Eine unvergleichliche kämpferische Stimmung! Als am nächsten Tag der stellvertretende Generalsekretär der FKP, Georges Marchais, die Grüße der Partei überbringt, da findet er lebhaft Zustimmung für seine Feststellung: „Welch ein Unterschied zwischen diesem Kongreß und dem Jugendkongreß der Union für den Fortschritt“ – wie sich die Regierungspartei fälschlich bezeichnet. Marchais: „Es soll so werden, wie Ihr es erträumt. Keiner aber kann es allein erreichen. Deshalb rufen die Kommunisten zur Einheit.“

Wir fahren mit dem Bus über die Lenin-Avenue von Saint Denis nach St. Quentin, einer weiteren „roten Gemeinde“, wo das neugewählte Nationalbüro den ausländischen Gästen einen Empfang gibt. 48 Stunden nur war ich Gast bei den französischen Freunden. Selten aber habe ich in 48 Stunden so viel gelernt, nie so viele neue Freunde gewonnen.

Ulrich Sander



## Filme der Welt für den Frieden der Welt

Ein hoher Gast kommt. Tausende jubeln ihm auf dem Flugplatz zu, Kameras surren. Die Menschen schwenken die Hüte und halten Ausschau. Ein roter Teppich wird ausgerollt. Eine Ehrenkompanie ist angetreten. Die hundertausendköpfige Menge starrt gebannt zur Landepiste. Da ist er, der hohe Gast. Direkt auf dem roten Teppich ist er zum Halten gekommen. Er schlägt behaglich mit den Flügeln und bereitet sich auf den Empfang vor: Die Friedenstaube ist gelandet. Dieser ungarische Streifen hatte nach der Nationalhymne der DDR am 28. November die festliche Abschlußveranstaltung der XIII. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen eingeleitet. Soeben sind die Preise der Internationalen und nationalen Organisationen vergeben worden. Bevor Karl-Eduard von Schnitzler, Präsident der Internationalen Jury, der neben ihm selbst u. a. Friedrich Hitzer (BRD), Prof. Roman Karmen (UdSSR) und Prof. Frantisek Sulc (CSSR) angehören, die goldenen und silbernen Tauben verleiht, nimmt er im Namen seiner Kollegen das Wort: „Es war ein gutes Festival. Die Jury hat 92 Filme gesehen und davon 36 für würdig gehalten, durch Preise oder durch ehrende Anerkennungen ausgezeichnet zu werden. 36 preis- und anererkennungswürdige Filme, das scheint viel. Aber nichts wäre falscher als die Vorstellung, die Jury hätte

gewissermaßen mit einer Gießkanne Preise ausgeschüttet, damit möglichst viele etwas bekommen. Es handelt sich nicht um eine Inflation, um eine Abwertung. Im Gegenteil. Diese hohe Zahl ist vielmehr Ausdruck des Qualitätsanstieges.“ Weiter sagte der Jurypräsident, er und die anderen Mitglieder stellten mit Genugtuung fest, daß in Filmen der Arbeiterklasse kapitalistischer Länder eine sichtbare Hinwendung zur wissenschaftlich-fundierten Führung des Klassenkampfes und zur breiten Bündnispolitik festzustellen sei. „Bei deutlicher Abgrenzung zu Anarchismus und Linksradikalismus“, wie Schnitzler betonte. Von den kritischen Hinweisen der Jury sei hier nur einer erwähnt: „Es gab nicht einen Film aus Schwarzafrika, obwohl sich dieser Kontinent im Aufbruch befindet, im schweren Friedenskampf. Und nicht nur diesen Kampf muß der Dokumentarist mit seiner Kamera unterstützen, auch der scheinbar weniger sensationelle Aufbau bedarf der Widerspiegelung und Förderung durch die Dokumentarfilmschaffenden.“ Schnitzler bezeichnete es als internationalistische Pflicht der Dokumentaristen aus den sozialistischen Staaten, auch den Problemen Afrikas mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Die Jury appellierte ferner an die Dokumentarfilmschaffenden, beim Umgang mit historischem

Filmmaterial höchstes Verantwortungsbewußtsein walten zu lassen. Sonst bestünde die Gefahr der Abnutzung und Abwertung. Die Verwendung historischen Filmmaterials dürfe „niemals Ausflucht sein vor den komplizierten Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben.“ Sie sollte stets nur in zeitlichem Bezug erfolgen. Es ist unmöglich, hier über alle ausgezeichneten Filme etwas zu schreiben. Man muß auswählen. Da ist zum Beispiel „Ein junger Mann namens Engels“, ein außerordentlich intelligenter Streifen aus dem DEFA-Studio für Trickfilme, Dresden, den die Jury als den gelungensten Film des diesjährigen Festivals bezeichnete. Welt davon entfernt, dem jungen Engels ein bombastisches Denkmal zu setzen, übernehmen es die Filmschöpfer, auf heiter-pointierende Weise und indem sie Engels Briefe und Zeichnungen verwenden, ein Bild vom Werdegang des aufgeschlossenen 17jährigen Friedrich zu geben, das jedem mißtrauischen Wissenschaftlerblick mühelos standhält.

Ebenfalls mit einer Goldenen Taube wurde der sowjetische Film „Unser Marsch“ ausgezeichnet. In diesem 70-mm-Film werden bis zu neun verschiedene Filmausschnitte kombiniert auf die Leinwand gebracht, darunter Ausschnitte aus vielen Spielfilmen.

Obwohl manchmal eine Überbelastung der Aufnahmefähigkeit die Rezeption beeinträchtigt, ist dieser Film eines der größten und gelungensten Experimente des Festivals. Mit dem voll Spannung erwarteten Dokument „Flug in die Zukunft“ holte sich die Sowjetunion eine weitere Goldene Taube. Gleichzeitig mit den Festivalgästen erlebten Millionen Zuschauer des Deutschen Fernsehfunks diesen sensationellen Film über den 18-tägigen Weltraumflug der Kosmonauten Nikolajew und Sewastjanow.

Mit dem Preis des Weltgewerkschaftsbundes und einer Goldenen Taube wurde der Film des italienischen Regisseurs Ogl Grigoretti ausgezeichnet. Er schildert den Kampf der italienischen Metallarbeiter im Herbst

1969. Einheit, Disziplin und kluge Bündnispolitik arbeitet der Film auf seine Weise als unablässige Bedingungen für den Kampf gegen die herrschende Klasse heraus. Der Film zeigt, welchen Gewinn der Kampf der Ausgebeuteten aus der Solidarität der „Weißkittel“, der IBM-Techniker, der Ladenbesitzer zieht und welcher Schaden ihm durch ultralinke studentische Splittergruppen erwächst. Auch aus Italien kommt der Trickfilm „Die Wölfe und die Schafe“. Dieser Beitrag von Manfredo Manfredini versucht, mit den Mitteln der Comic-strips (freilich künstlerisch überhöht) die Rassenverfolgung in den USA darzustellen. Ein größtenteils hervorragend bewältigtes Experiment.

Aufsehen erregte auch der mit einer Goldenen Taube ausgezeichnete DDR-Film „Ein Ehrenmann mußte gehen“. Dies ist ein Beitrag von Werner und Christel Heydn über den in der Bundesrepublik ungeschoren lebenden Kriegsverbrecher Mollnar, der während des zweiten Weltkrieges in Frankreich Order gab, 106 Bürger zu erschießen, und dessen Auslieferung immer mehr Franzosen fordern.

Eine Silberne Taube erhielt „Sie“ aus der Deutschen Demokratischen Republik. „Sie“ — einer der (leider) wenigen Streifen, die sozialistischen Alltag zeigen. Probleme der Frauen — dargestellt an Porträts einer Facharbeiterin, einer Ärztin, einer Meisterin, einer BGL-Vorsitzenden und einer Produktionsdirektorin — wurden optisch originell und mit viel weiblichem Feingefühl der Regisseurin auf die Leinwand gebracht. Ein nicht bis ins Detail mangelfreier, aber mit seinem Problem avantgardistischer Film, der mutig angegangen wurde. Drei Filme aus Chile erhielten im Kollektiv eine Goldene Taube: „Wir werden siegen“, „Reportage aus Lota“ und „Brigade Ramona Parra“. Alvaro Ramlrez, Samuel Carjacal und Leonardo Cespedes haben mit „Brigade Ramona Parra“ einen ideologisch-konzeptionell wie auch künstlerisch hochwertigen Film geschaffen. Optisch interessant

wurde der Kampf einer Agitationsbrigade gefilmt, der dem Zuschauer den Mut und die leidenschaftliche Entschlossenheit dieser Jugendlichen und des ganzen Volkes zeigt.

Eine ehrende Anerkennung erhielt u. a. der DKP-Film von Arthur Killus „Bilanz eines Jahres“, der von großem Nutzen für das Verständnis der Probleme im ant imperialistischen Kampf war, den die fortschrittlichen Kräfte in der BRD führen.

804 Teilnehmer aus 48 Ländern (u. a. aus China, Kuba, der UDSSR, beiden Teilen Vietnams, aus Indien, Bolivien, Chile, Italien, Frankreich und den USA) zeugen von dem großen Interesse, das an diesem Festival besteht.

Was mag sie veranlaßt haben, nach Leipzig zu kommen? Ich meine, der Boden bei uns erscheint Ihnen geeignet, Ihre Filme zur Diskussion zu stellen. Weit entfernt von Korruption und Morbidität, denen die kapli-

talistische Filmindustrie verfallen ist, weit weg von jeder Beleidigung des Zelluloids durch Pornographie, Crime, Revanchismus, Kriegshetze und Heimatschnulzenkitsch, gibt sich das Leipziger Festival jedes Jahr aufs neue die Losung: „Filme der Welt für den Frieden der Welt“. Die Treue zu diesem Grundsatz veranlaßte die Teilnehmer u. a., die Protesterklärungen gegen die erneuten schweren Bombardements der DRV, gegen den geplanten Justizmord an der amerikanischen Kommunistin Prof. Angela Davis sowie gegen den Imperialistischen Überfall auf die Republik Guinea abzugeben.

Leipzig war und ist das Podium der ant imperialistischen Kämpfer, der Bewahrer des Friedens, die mit der Kamera kämpfen. Und gibt es mehr Glück für ein solches Festival als eine so hervorragende Beteiligung wie in diesem Jahr?

Hartmut König, Leipzig

---

## Interview mit Karl- Eduard von Schnitzler

---

Karl-Eduard von Schnitzler ist Mitglied des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR und Präsident der internationalen Jury der XIII. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen.

**HARTMUT KÖNIG:** Genosse Schnitzler, in Ihrer Rede vor der Preisverleihung sprachen Sie von einem Qualitätsanstieg auf dem diesjährigen Festival. Könnten Sie den Lesern des Jugendmagazins „elan“ aus der Bun-

desrepublik diesen Gedanken etwas näher erläutern?

**KARL-EDUARD VON SCHNITZLER:** Ja, da gibt es vielfältige Beispiele. Da ist zum Beispiel der Film aus der DRV „Die Schlacht auf der Straße“. Wir wissen, was vor vielen Jahren unsere vietnamesischen Freunde an Filmen mitgebracht haben, unter schwersten Bedingungen, mit völliger technischer Unzulänglichkeit. Das waren Filme, die einen ganz hohen ideellen Wert hatten, aber doch vom

Filmkünstlerischen her — obwohl das hier in Leipzig die sekundäre Rolle spielt, denn unser Motto ist ein kämpferisches — unbefriedigend waren.

Und dieser Film jetzt aus der DRV ist ein Dokumentarfilm, der von allen Seiten her, von der Gestaltung, vom Schnitt, von der Aufnahmetechnik her — vom ideellen Gehalt ganz zu schweigen — sich in der Reihe großer Dokumentarfilme sehen lassen kann. Und es gibt auch aus anderen Staaten eine ganze Reihe von Beispielen. Wenn in Italien die Arbeiterklasse, in den USA die Black-Panther-Party oder in Japan die Gewerkschaftsorganisationen Filme gegen Ihre Regierungen anfertigen, ohne die Aussicht, daß sie jemals in ein Kinotheater oder ins Fernsehen kommen, dann muß man doch sagen, daß hier jetzt nicht mehr nur ein hoher ideeller Wert vorliegt, sondern daß die Filme auch vom Filmischen her ausgezeichnet gemacht sind. Und das gehört zum Qualitätsanstieg im Komplex — möchte ich einmal sagen.

**H. K.:** Genosse Schnitzler, immer wieder hört man von Festivalteilnehmern aus kapitalistischen Ländern den Satz: „Zu wem sollen wir denn gehen, wenn nicht zu Euch?“ Worin liegt Ihrer Meinung nach der Grund für die Attraktivität des Leipziger Festivals?

**KARL-EDUARD VON SCHNITZLER:** Nun, man hört das nicht nur aus kapitalistischen, man hört das auch aus jungen Nationalstaaten und solchen Staaten, in denen die Bevölkerung in einem großen Widerstandskampf gegen die Regierung steht. Dieses Leipziger Festival steht unter dem Motto: „Filme der Welt für den Frieden der Welt“. Ich habe es in meiner Rede vor der Preisverteilung gesagt: Wir sind hier kein Festival für Snobs. Wir machen keine Filme für Snobs, sondern hier werden Filme gezeigt, die vom Volk und für das Volk geschaffen wurden. Und Volk und Frieden sind identisch. Filme der Welt für den Frieden der Welt werden hier gezeigt.

Anderswo werden die Filmschöpfer von der Polizei gejagt, da werden Ihnen Ihre Kopien gestohlen oder werden die Kopien vernichtet. Und hier werden sie nicht nur gezeigt, sondern hier haben sie jetzt zum Beispiel bei dieser Dokumentarfilmwoche 45 000 Menschen gesehen, und wir haben einen großen Teil der Filme über den Deutschen Fernsehfunk ausgestrahlt, wo Millionen sie gesehen haben. Natürlich verbreitert Leipzig als Treffpunkt der Weltkinematografie die Kenntnis in einem Land über das, was im anderen Land hergestellt wird und trägt zur Popularisierung bei. Ein solches Forum gibt es für fortschrittliche Filmschaffende in keinem kapitalistischen Staat.

**H. K.:** Wenn man Sie nach dem schönsten persönlichen Erlebnis auf diesem Festival fragen würde, was würden Sie antworten?

**KARL-EDUARD VON SCHNITZLER:** Eins der größten war mir die Arbeit in der Jury, die sehr differenziert zusammengesetzt war und sich hier in kurzer Zeit zu einem Kollektiv entwickelt hat. Das führte zu einem Grad der Übereinstimmung, daß von den 36 Entscheidungen wohl 28 einstimmig gefaßt wurden und die anderen mit einer, zwei oder drei Enthaltungen.

Ein ganz persönlicher Eindruck, den allerdings mit mir einige Tausend Menschen gehabt haben, ist der: Der Vertreter der DRV, nachdem seinem Film eine Goldene Taube verliehen worden war und er sein Dokument, seine Taube und seinen Blumenstrauß erhalten und sich verbeugt hatte, ging auf einmal statt auf seinen Platz zu der Stuhreihe auf der Bühne, wo die Jury saß, und gab dem sowjetischen Filmschöpfer Roman Karmen seine Blumen. Das hat mehr als symbolischen Wert. Das war eine große öffentliche Demonstration, und das hat mich persönlich am meisten berührt.

**H. K.:** Genosse Schnitzler, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

# „Also setzen wir das durch“

FDJ intern: Verbandswahlen

Wer an diesem Tag die Kantine im Leipziger Stammwerk des VEB Rohrleitungsbau und Industrieisolationen betritt, findet eine ungewohnte Umgebung vor: blaue FDJ-Fahnen an den Wänden, ein rot drapiertes Rednerpodium. Direkt am Eingang die Kasse, heute mit der Aufschrift: „Freiheit für Angela Davis! Deine Spende für Vietnam.“

Aus allen Teilen der DDR sind hier heute FDJler zusammengekommen, die in Montagebrigaden des Werks auf Großbaustellen arbeiten. Und auf diese Baustellen sind sie von den FDJ-Gruppen delegiert worden. Verbandswahlen — das ist das Stichwort für eine Massenaktion, die den sozialistischen Jugendverband der DDR einige Wochen beschäftigt. Die mehr als 1,6 Millionen FDJ-Mitglieder wählen die Leitungen über Grundorganisationen.

Man wollte dabei nicht die Schönwettergebiete der FDJ kennenlernen, sondern die Probleme des Verbandes maßnahmen. Und Probleme haben sie genug, die Mitglieder der FDJ-Grundorganisation „Otto Runki“. Kernproblem: die Mitglieder sind über die ganze Republik verstreut, sind überall zwischen Rostock und Dresden zu finden. Wie kann man da überhaupt von „Jugendverbandsarbeit“ sprechen, wenn die Mitglieder ein und derselben Grundorganisation in Bauhütten zu finden sind, die hunderte Kilometer auseinanderliegen? Wie können unter derartigen Bedingungen überhaupt konkrete Aufgaben in Angriff genommen werden? Mit diesen Fragen wende ich mich an Delegierte.

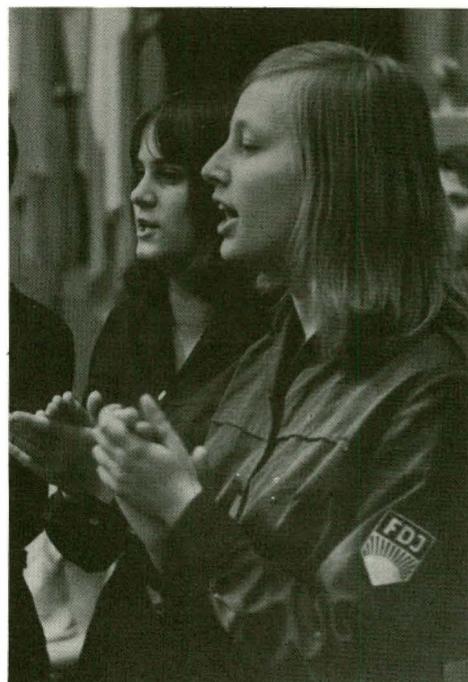
„Natürlich ist unser besonderes Problem, daß wir nur selten zusammenkommen können. Unsere FDJ-Arbeit muß deshalb

beweglich sein, denn wir wechseln ja laufend die Baustellen. Die Jugendlichen kommen immer wieder in eine fremde Umgebung und gerade dort muß die FDJ-Gruppe durch ein attraktives Programm ihr Gesicht zeigen. Natürlich geschieht das auch durch Tanzabende. Aber unser Schwerpunkt liegt bei verschiedenen Zirkeln. Wir haben Zirkel für Kunstgewerbe, sozialistische Kultur, eine Musik- und Singegruppe, um nur einige zu nennen. Wir haben einen großen Vorteil: an Geld für die Jugend fehlt es im Kombinat nie.“ Daß sich die FDJ-Tätigkeit nicht nur auf die Freizeit beschränkt, wird in den Diskussionsbeiträgen der Delegiertenkonferenz deutlich.

## Kommt nach Leuna

Holger Lehmann (16) spricht für die Lehrlinge des 1. Lehrjahres, die im Stammwerk ausgebildet werden. „Wir Lehrlinge des 1. Lehrjahres haben eine gute Ausbildung, aber wir kennen keine Baustelle und keine Brigade. Wir meinen, daß wir schon frühzeitig mit den Problemen unserer späteren Tätigkeit vertraut gemacht werden sollten.“ Ich schaue zum Werkdirektor hinüber, der „selbstverständlich an unserer Konferenz teilnimmt, um unsere Meinung, unsere Vorschläge und unsere Kritik zu hören.“ Genosse Direktor nickt, gibt Beifall und notiert.

Lutz Riemer, Schweißer auf der Großbaustelle Leuna meldet sich. „Ich unterstütze das, was der Jugendfreund Lehmann hier gesagt hat. Die Lehrlinge im 1. müssen ihre Perspektive schon heute kennenlernen. Kommt zu uns nach Leuna, wir sind gern bereit, sie euch zu zeigen.“



## Die FDJ in Zahlen und Fakten

● Die FDJ hat 1 673 644 Mitglieder (1970)

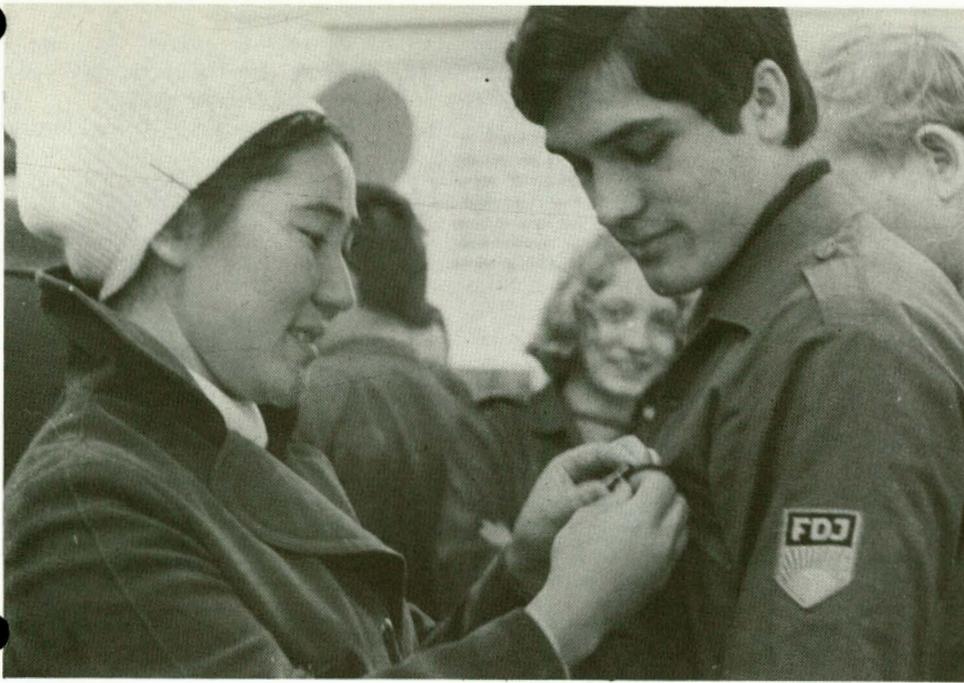
● An den Messen der Meister von morgen (MMM — Bewegung des Verbandes zur Mobilisierung aller Ideen zur Rationalisierung und Automatisierung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft) beteiligten sich 600 000 Jugendliche; in 11 888 Jugendbrigaden arbeiten 156 811 Jugendliche; 19 750 neue Jugendobjekte wurden in der Industrie übernommen, an denen 255 248 Jugendliche beteiligt sind.

● In 5577 Grundorganisationen der FDJ arbeiten 17 054 Kontrollpostenstäbe (Kontrollposten sind demokratische Einrichtungen des Verbandes, die in den Betrieben über die Einhaltung der Gesetze und betrieblichen Festlegungen wachen und öffentlich gegen Mißstände auftreten); 7500 Kontrollposten und 2000 FDJ-Funktionäre beteiligten sich beispielsweise an einer Aktion zur Kontrolle der Berufsausbildung in 3000 Betrieben.

● 780 400 Jugendliche nehmen an monatlichen Zirkeln junger Sozialisten teil; 14 367 Gedenkstätten des revolutionären Kampfes wurden durch FDJ- und Pioniergruppen gepflegt oder neu eingerichtet.

● Es bestehen über 2500 FDJ-Singeklubs; an der „Galerie des Sozialismus“ beteiligten sich 600 000 Mädchen und Jungen mit Bildern und Plastiken; an den Vortwettkämpfen zur Kinder- und Jugendspartakiade beteiligten sich 2,8 Millionen junge Sportler.

● Die FDJ hat eine eigene Fraktion (40 Abgeordnete) in der obersten Volksvertretung der DDR, der Volkskammer.



In der Pause spreche ich Lutz Riemer an. „Das war eine konstruktive Antwort. Aber eure Bauleitung wird sich bedanken, wenn die komplette Lehrwerkstatt in Leuna auftaucht. Was meinst du, was die dir erzählen, wenn du zurückkommst?“ Lutz grinst. „Das ist nicht so problematisch, wie du denkst. Wir sind als FDJ der Meinung, daß die Lehrlinge heute kennenlernen, was sie morgen meistern müssen. Also setzen wir das auch in der Bauleitung durch. Da gibt's gar nichts. Wichtig ist für uns die Vorbereitung, damit das eine sinnvolle Geschichte wird.“

### Stunde der Wahrheit

Arbeitsplankontrolle steht zur Debatte. Da gibt es einige wunde Punkte. Die FDJler des Kombinats hatten sich vorgenommen, 1970 60 Kollegen zum Erwerb des Abzeichens für gutes Wissen zu führen. Stolz kann berichtet werden, daß es tatsächlich 87 sind. Von 60 Sportabzeichen sind 69 erreicht worden und statt 25 vorgesehener Neuwerbungen für den sozialistischen Jugendverband wurden 31 Kollegen in die FDJ aufgenommen. Aber: zum Plan gehörte auch die Einrichtung von vier Jugendobjekten, durchgesetzt wurden nur zwei. Und von zwei neuen Jugendbrigaden entstand im Berichtszeitraum nur eine. Woran liegt das?

„Das beweist, daß wir uns oft allzusehr von Tagesaufgaben leiten lassen. Dadurch bleiben solche Projekte auf der Strecke. Das darf uns im nächsten Jahr nicht passieren.“ Sagt der FDJ-Sekretär. Mit aller Energie haben sich die Mitglieder der Grundorganisation „Otto Runki“ auf ein interessantes Projekt gestürzt: ein altes Kino in der Nähe des Stamm-

werkes soll in ein modernes Klubhaus umgebaut werden.

„Wir haben unseren Freunden gesagt, das geht nur, wenn wir alle Hand anlegen. Das Ergebnis: es gibt jede Menge freiwillige Selbstverpflichtungen. Wir freuen uns besonders darüber, daß eine große Zahl von Kollegen mitmacht, die nicht in der FDJ sind.“

Zwei Dinge werden mir bei dieser Delegiertenkonferenz deutlich, die als Maßstab für die ganze DDR stehen: der sozialistische Jugendverband — die FDJ — ist überall dabei, wo irgendetwas entschieden wird; vom Betrieb bis zur Vorkammer. Und: gegen den Willen der Jugend wird überhaupt nichts entschieden.

Hans-J. Hennecke



# elan

**elan**

ist die meistzitierte Jugendzeitschrift (Oder habt Ihr noch nie gehört, wenn Redner ausriefen: ‚Und nun laßt uns mit neuem Elan . . .‘)

**elan**

hat Schwung. elan ist Aktion. (Deshalb ist er auch im Jahr der arbeitenden Jugend 1971 unentbehrlich.)

**elan**

ist keine Zeitschrift für die Arbeiterjugend. (Nanu, werden jetzt einige fragen, was soll das.)

**elan**

ist eine Zeitschrift der Arbeiterjugend. Mit der sich's besser kämpfen läßt. Mit der man in die Aktion geht, in Schwung kommt.

**elan**

ist nicht 'ne Redaktion, Schreibtisch, Telefon. elan — das ist deine Information, dein Foto, dein Beitrag, deine Werbung neuer Leser.

**elan**

ist deine Zeitschrift. Und die deines Kollegen. (Aber weiß er es schon?)

**elan**

hat man oder hat man nicht. Du und deine Freunde sollten elan haben. Im Jahr der arbeitenden Jugend und überhaupt.

Ich bestelle hiermit das Magazin für junge Leute „elan“ ab ..... 1971 bis auf Widerruf (mindestens jedoch für 1 Jahr).

Abonnementspreis: DM 13,—

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Obenan steht ein Minister, drumrum ein paar Generale. Unten sind rund 200.000 Wehrpflichtige in Uniform. Über sie wird zu reden sein, über den Minister und einige der Wehrpflichtigen.

Zunächst der Minister. Er heißt Helmut Schmidt, ist nebenberuflich stellvertretender Vorsitzender der SPD und gehört jener Regierung an, die in Moskau und Warschau zwei Verträge unterschrieb, in denen die bestehenden Grenzen in Europa als unverletzlich anerkannt und Verpflichtungen abgegeben werden, auf jede Anwendung von Gewalt zwischen den Staaten zu verzichten. Das muß klargestellt werden, weil man sonst annehmen könnte, Helmut Schmidt gehörte nicht zu jenen, die diesen Vertrag unterzeichneten. Seine Taten entsprechen jedenfalls nicht diesen Verträgen. Und Helmut Schmidt ist sehr tatendurstig.

Und er ist reiselustig. Seit einigen Monaten ist er oft auf Achse, mal in Brüssel, mal in Den Haag, mal in Ottawa. Er trifft sich mit Kollegen, mit den Verteidigungsministern der NATO-Staaten. Helmut Schmidt, unser Verteidigungsminister, ist dabei stark mit der Verteidigung der US-Truppen in der BRD beschäftigt, die er vor ihrem drohenden Abzug bewahren will. Für diesen Zweck scheut Schmidt keine Mühe und

keine Mittel. Er reist deswegen emsig durch Europa, und bietet unaufgefordert Riesensummen dafür, daß die US-Truppen in der BRD bleiben. Kürzlich bot er dafür 1,8 Milliarden DM zusätzlich. (Ungeachtet der laufenden Stationierungskosten und der Erhöhung des Wehretats um 14 % auf 22 Milliarden im Jahr 1971.)

Das war Anfang Dezember in Brüssel. Dort war zur NATO-Konferenz eine richtige Mörder-Gesellschaft zusammengekommen. Die US-Massenmörder von Vietnam waren vertreten, ebenso aus Portugal die für den Überfall auf Guinea und den Krieg gegen das Volk von Angola und Mozambique Verantwortlichen. Aus Griechenland waren die Vertreter der Obristen anwesend, die sich mit KZ-Methoden an der Regierung halten. In dieser sauberen Gesellschaft zog unser Helmut Schmidt alle Register seiner Beredtsamkeit – und die ist bekanntlich sehr beachtlich –, um die weitere Präsenz der US-Truppen und ihrer Atomwaffen in Europa zu sichern, die US-Präsident Nixon „bei entsprechender Verhaltensweise der übrigen Bündnispartner“ in Aussicht gestellt hatte. Wie wir wissen, war Schmidts „Verhaltensweise“ erfolgreich: Die US-Truppen bleiben bis vorläufig Mitte 1972 in voller Kampfstärke in der BRD, und die

USA wollen außerdem ihre Atomminen in die Grenzgebiete der Bundesrepublik legen.

### Eine Schwäche für Atomwaffen . . .

Für Atomwaffen hat Helmut Schmidt eine besondere Schwäche. Er gehört jener Nuklearen Planungsgruppe der NATO an, die Anfang November in Ottawa das Dokument MC 14/III erarbeitete, in dem der „taktisch defensive Ersteinsatz nuklearer Waffen“ geregelt ist. Das Dokument sieht die „massive Vergeltung“ mit Atomwaffen auf eine „Bedrohung“ mit konventionellen Waffen seitens der DDR, der CSSR und anderer sozialistischer Länder vor, wie die Zeitschrift „Konkret“ in einem nicht dementierten Bericht enthüllte. Die Bundeswehr hat über 1000 Atomwaffenträger (U-Boote, Flugzeuge etc.). Etwa 8000 Atomsprengköpfe lagern bei den US-Truppen in der BRD. An die möchten Schmidt und seine Generale gern ’ran, und wenn sie zunächst nur einmal darüber mitbestim-

# TORPEDIEREN ODER RATIFIZIEREN ?

Über ein SPD-Mitglied, das gegen die Verträge von Moskau und Warschau wirkt und dennoch Minister ist, und über Soldaten, die für die Verträge eintreten und dafür in den Bau wandern



nen. Deshalb arbeiten sie so emsig mit in der NATO-Planungsgruppe, deshalb drängt Schmidt die USA zur militärischen Präsenz in Westeuropa, deshalb hat er einen seiner besten Generale, Steinhoff, an die NATO abgegeben.

## ... und für West-Berlin-Provokationen

Schmidt setzte bei der jüngsten NATO-Staatstagung in Brüssel durch, daß eine „befriedigende“ Regelung der Berlin-Frage als Vorbedingung für Vorverhandlungen über eine europäische Sicherheitskonferenz im Kommuniqué verlangt wurde.

Was mag nun der Mörder-GmbH von Brüssel „befriedigend“ erscheinen? Sicher nichts, was auf eine Entspannung und den Verzicht auf die NATO-Brückenkopffunktion Westberlins hinausläuft. Erinnert man sich daran, daß die Bundesregierung nur dann zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau schreiten will, wenn die „Berlin-Frage“ gelöst ist, dann muß man zu dem Schluß gelangen, daß von den Militaristen der NATO, einschließlich Helmut Schmidt, alles getan wird, um den Moskauer und Warschauer Vertrag zu hinführen zu treiben.

## Freude bei der CDU/CSU

Über einige unrealistische revanchistische Ziele (Wiedergewinnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße) in Worten aufblüht, um ansonsten die Spannungen zu erhöhen, und die nicht zur BRD gehörende besondere politische Einheit Westberlin zu beanspruchen, der erntet bei der CDU begeisterte Zustimmung. Als Schmidt auf der NATO-Parlamentarierkonferenz in Den Haag erklärte, daß Sicherheit in Europa ohne die NATO „nicht möglich“ sei, daß die sogenannte „neue Ostpolitik“ der Bundesregierung einerseits „fest eingebettet“ in das NATO-Bündnis und andererseits ein Ergebnis einer logischen Entwicklung“ des früheren CDU/CSU-Kurses sei, daß der derzeitige unnatürliche Status quo“ in Europa verändert werden müsse, da lobte der CDU-Wehrexperte Damm (MdB): „Ein CDU-Verteidigungsminister hätte diese Rede genauso halten können.“ Die CDU/CSU versicherte dem SPD-Minister die volle Unterstützung“ im Bundestag, wenn er die BRD auf höhere NATO-Beiträge festlege.

Die Veränderung des Status quo in Europa, das war und ist das Ziel der CDU/CSU und auch das von Helmut Schmidt. Deshalb ist die CDU/CSU gegen die Verträge von Warschau und Moskau und für Helmut Schmidt als Verteidigungsminister.

Was nun unsere Wehrpflichtigen anbetrifft, bekommen diese täglich zu spüren, daß der alte Ungeist noch immer die Bundeswehr bestimmt.

## Arrest für Soldat '70

Im September hatten 22 Soldaten in einer ergänzten Auflage der Wehrpflichtigenstudie „Soldat '70“ den Moskauer Vertrag begrüßt und erklärt: „Der Geist des Vertrages darf nicht an der Wehrpolitik vorbeigehen. Wir verurteilen es, daß weiterhin aufgerüstet wird, als stehe ein Krieg vor der Tür und als gäbe es den Vertrag nicht. Wir fordern Beiträge zur Abrüstung und die sofortige Ratifizierung des Vertrages.“ Die Soldaten verurteilten das Verbot ihrer Studie „Soldat '70“ durch den ehemaligen Oberstleutnant im Nazigeneralstab und heutigen Generalinspekteur der Bundeswehr, de Maiziere, und sie erneuerten ihre Forderungen nach Erweiterung der politischen und sozialen Rechte der Wehrpflichtigen. Diesen Forderungen haben inzwischen über 200 Wehrpflichtige durch ihre Unterschrift öffentlich zugestimmt.

Wie aber reagiert die Bundeswehrführung, an der Spitze Helmut Schmidt, auf dieses Engagement für den von der Regierung geschlossenen Vertrag von Moskau?

Sie sperrt die Soldaten ein, die sich der „logischen“ Weiterentwicklung der CDU-Politik durch Schmidt, dem Nazi-Ungeist der Offiziere und der Mißachtung des Moskauer Vertrages in den Weg stellen. Neun der 22 Autoren der Studie „Soldat '70“ wurden im Dezember 1970 arrestiert, weil sie „ein Zerrbild der Bundeswehr und ihrer verantwortlichen Vorgesetzten gezeichnet“ hätten. Allein fünf erhielten die bei der Bundeswehr unter Ausschluß ordentlicher Gerichte zulässige Höchststrafe von 21 Tagen „Bau“ zudiktirt. Es handelt sich um:

- Panzerschützen Günther Eiermann (Kühlshelm, 10 Tage Arrest)
- Panzergrenadier Wolfgang Hoffmann (Westerburg/Ww., 21 Tage, zum zweiten Mal wegen „Soldat '70“ bestraft)
- Schützen Wolfgang Jerrentrup (Walldürn, zwei Disziplinarstrafen von noch nicht bestimmter Dauer)
- Panzergrenadier Eugen Meves (Stade, 10 Tage, Antrag auf strafweise Entlassung wurde gestellt)
- Panzergrenadier Arne Winter (Hamburg, 15 Tage Arrest, anschließend strafweise Entlassung)
- Gefreiten Werner Eue (Hannover, 21 Tage)
- Gefreiten Hans-Otto Botzum (Fritzlar, 21 Tage)
- Gefreiten Rainer Golembiewski (Stadt Allendorf, 21 Tage)
- Sanitäts-Soldat Peter Theuß (Itzehoe, 21 Tage, strafweise aus dem Studienurlaub zurückbeordert)

Bei Arne Winter und Rainer Golembiewski handelt es sich um gewählte Vertrauensleute ihrer Kameraden, die die Bundeswehrführung ausschalten will. Im Falle von Peter Theuß wirkte sich die Bestrafung be-

sonders hart aus, da ihm ein Semester und u.U. der Studienplatz verloren gehen.

Besonders bemerkenswert ist der Fall des Wolfgang Jerrentrup, dem die Teilnahme an einer öffentlichen Diskussion der Jungsozialisten in Wertheim über „Soldat '70“ untersagt worden war und der wegen seines öffentlichen Protestes gegen diese ungeheuerliche Unterdrückung seiner demokratischen Rechte nun in den „Bau“ wandert.

Am 20. Mai 1970, kurz nach Erscheinen der Schrift „Soldat '70“, ließ der Verteidigungsminister in seinen „Mitteilungen für den Soldaten“ noch verlauten, die Autoren von „Soldat '70“ könnten im Verlauf einer repräsentativen Tagung mit Wehrpflichtigen ihre Anliegen vorbringen. Als am 20. November eine solche Tagung stattfand, bestritt Minister Helmut Schmidt, diese Zusage gemacht zu haben. Wörtlich: „Das ist diesen Kommunisten amtlich nicht versprochen worden.“ Schmidt führt die im „Weißbuch“ großspurig zugesagte Diskussion per Arrestzelle. NP-Offiziere dürfen hingegen weiterhin in der Bundeswehr ihr Unwesen treiben. Wird so Demokratie gewagt?

## Moskauer Vertrag als Maßstab der Bundeswehr-Praxis

Helmut Schmidt mag glauben, jene Soldaten, die im Gegensatz zu ihm den Moskauer Vertrag ernst nehmen, durch Arrest und Totschweigetaktil ausschalten zu können. Aber die Diskussion über den Weg, den die Bundeswehr geht, wird geführt unter den Wehrpflichtigen. Die Zahl jener, die den Moskauer Vertrag verwirklichen wollen und mit der Elle dieses Vertrages die tägliche Dienstpraxis messen, wächst an.

Jäger Holger Krull, in Wildeshausen beim 1. Fallschirmjägerbataillon stationiert, hat in einem Offenen Brief an Helmut Schmidt darüber informiert, wie in den Kasernen gegen die Völker der sozialistischen Länder Stimmung gemacht wird: „In der Grundausbildung, die ich genossen habe, waren bei der Gefechtsausbildung und auch anderswo Zugaben wie „... dann nichten Sie den alten Iwan einfach um!“ und „... wenn da so ein Iwan kommt, immer reinhalten!“ an der Tagesordnung.“ Und Major Neuber vom Panzergrenadierbataillon 321 sprach bei einem Gelöbniß von einer „akuten Bedrohung durch einen aggressiven Kommunismus“, vor der man sich schützen müsse. Schützen müssen sich die politisch engagierten Wehrpflichtigen vor einer Politik, wie sie von Helmut Schmidt und seinen Offizieren gemacht wird. Das geschieht, indem sie die Verträge von Moskau und Warschau zur Richtschnur ihres politischen Wirkens bei der Bundeswehr machen.

Arno Rather

Spendenkonto für Soldat '70: Bank für Gemeinwirtschaft, Dortmund, Kt. Nr. 1005.8784

„Wenn Sie völlig unverantwortliche Sätze in Ihrem Lehrbuch finden, reißen Sie doch einfach die Seiten heraus!“  
Bundespräsident Heinemann zu Gymnasiasten in Weiden

Reinhard Junge

# Reißt die braunen Seiten raus!

Im Rahmen des Kampfes um die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau gewinnt die Protestbewegung gegen die antikommunistische, revanchistische Grundtendenz zahlreicher Schulbücher immer konkretere Formen.

Bereits auf der Frankfurter Buchmesse hatten junge Arbeiter, Schüler und Studenten die Stände einiger Verlage abgeräumt, weil die dort ausgestellten Unterrichtsmaterialien weiterhin mit Landkarten arbeiten, in denen ein „Deutsches Reich“ in den Grenzen von 1937 gezeigt wird, weil dort weiterhin mit Formulierungen wie „Bedrohung aus dem Osten“ versucht wird, Haß gegen die Länder des Sozialismus zu schüren.

Anfang November zogen Düsseldorfer SDAJler mit einem Informationsstand vor die Hans-Jürgens-Berufsschule. Zusammen mit den Fragebogen zur Lehrlingsausbildung verteilten sie Flugblätter, in denen sie gegen die in Schulbüchern formulierten Gebietsansprüche an die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen protestierten. Zugleich wurden die Lehrlinge aufgefordert, den Bundespräsidenten Heinemann beim Wort zu nehmen und die braunen Seiten aus den Unterrichtsmaterialien herauszureißen.

Obwohl die Schulleitung versuchte, die Lehrlinge gegen die SDAJ aufzuhetzen (Oberstudiendirektor Sting: „Sie wollen die Demokratie zerstören“), fand die Aktion eine weitgehend positive Aufnahme. Zahlreiche Berufsschüler lieferten aus den Lehrbüchern herausgerissene Seiten mit Sätzen wie „Die deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung sind auch heute noch – rechtlich gesehen – ein Teil des Deutschen Reiches“ am Informationsstand ab und erhielten dafür ein Exemplar jenes inzwischen verbotenen Plakates, das den hakenkreuzigen Franz-Josef Strauß zeigt. Zwei dieser Lehrlinge sind der SDAJ beigetreten.

## Das Gespenst des Bolschewismus

Schulbücher mit antikommunistischer, völkerverhetzender Grundtendenz sind kein Zufall. Sie unterliegen der Genehmigungspflicht der Kultusministerien der einzelnen Bundesländer und werden stets vor allem daraufhin untersucht, ob sie den verbindlichen Richtlinien der Bundeskultusministerkonferenz entsprechen. In den „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“ heißt es zum Beispiel:

Statt dessen wird der alte „Führer-Mythos“ weitergepflegt, werden Faschismus und Krieg schicksalhaft als „Verhängnis“ bezeichnet. Und folgerichtig beschränkt sich diese ganze Abhandlung auf eine Darstellung von Erscheinungsformen, die sich vor allem auf Verstöße gegen formaldemokratische Prinzipien („Pressefreiheit“, „Koalitionsfreiheit“ usw.) konzentriert.

„Unsere Freiheit haben wir schon einmal verloren“, schreibt Nebelsiek über seine Faschismus-Abhandlung und setzt dem Kapitel „Der Kommunismus“ folgerichtig die Warnung voran: „Unsere Freiheit ist wiederum bedroht“. Es wiederholen sich dann jene Begriffe, die der Schüler bereits als „typisch“ für den Faschismus kennengelernt hat: „Einparteienstaat“, „Zwangswirtschaft“, „kriegshetzerisch“, „kollektivistisch“. (Wenn wir uns bei den Zitaten vorwiegend auf Nebelsiek stützen, dann deshalb, weil sich bei ihm alle antikommunistischen Tendenzen in sehr gedrängter Form vereinigen, zum zweiten, weil sein „Gemeinschaftskunde“-Traktat mit einer Auflage von mehr als zwei Millionen Exemplaren das an Berufsschulen am meisten benutzte Buch dieser Art ist.)

## Haß gegen die Sowjetunion

Die Totalitarismus-Theorie ermöglicht zweierlei: einmal bietet sie die Gelegenheit zu einer „Vergangenheitsbewältigung“, die sich elegant an der objektiven Wahrheit vorbeischieben kann, zum zweiten läßt sich der emotionell erzeugte Haß gegen Hitler direkt in einen Haß gegen die Sowjetunion ummünzen. Daß man dabei mit unverfrorenen Geschichtsfälschungen nicht gerade kleinlich zu Werke geht, mag am folgenden Zitat deutlich werden.

„Die Sowjetunion ist die mit Abstand größte Kolonialmacht der Erde... Im Jahre 1939 beherrschten die Großrussen (= 55 % der Bevölkerung) bereits etwa 50 größere und über 100 kleinere Völker... Und nach 1945 zwangen die sowjetrussischen Truppen der Bevölkerung in Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und der SBZ das kommunistische System auf!“ (S. 45)

Abgesehen davon, daß die nicht-russischen Völker der Sowjetunion erst durch die Zerschlagung der Zarenherrschaft in die Lage versetzt wurde, ihr kulturelles Erbe und ihre eigene Sprache zu bewahren, daß durch die Schaffung eines Nationalitäten-sowjets und zahlreicher autonomer Republiken und Gebiete ihre Selbständigkeit auch institutionell abgesichert wurde – abgesehen davon also unterschlägt Nebelsiek eine Reihe geschichtlicher Fakten, deren Kenntnis zum Verständnis der politischen Entwicklung in den sozialistischen Ländern Europas vorauszusetzen sind.

„Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus gehört zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend. Die Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet (!), die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen.“ „Bei der Darstellung des kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus sind ihre verwerflichen Zielsetzung und ihre verbrecherischen

„Kommunismus ist:

Anti-religiös, gottlos, totalitär, diktatorisch, anti-demokratisch, imperialistisch, kriegshetzerisch, militaristisch, staatskapitalistisch, arbeiterfeindlich, kollektivistisch, menschenverachtend, brutal, intolerant, skrupellos, betrügerisch.“

Aus Nebelsiek, „Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger“, Gemeinschaftskundebuch für Berufsschulen.

Methoden deutlich zu machen. Die Tatsache, daß die beiden Systeme einander bekämpfen, darf nicht über ihre enge Verwandtschaft hinwegtäuschen.“

Durch solche Richtlinien wird deutlich, daß die politische Bewußtseinsbildung an den Schulen der Bundesrepublik fest in das staatsmonopolistisch dirigierte System der Massenbeeinflussung eingegliedert ist. „Das imperialistische Herrschaftssystem in Westdeutschland“, so stellen die Autoren des in der DDR erschienenen Buches „Manipulation“ fest (1), „wendet viel Mühe und riesige Mittel auf, um das Eindringen demokratischen und sozialistischen Gedankengutes in die Arbeiterklasse zu verhindern.“

### Geschichtsfälschung als Methode

Da das Bewußtsein der Menschen ein entscheidender Faktor ihres Handelns ist, muß die Manipulationsmaschinerie der Monopole darauf abzielen, „das Bewußtsein der großen Masse des Volkes entgegen ihren objektiven Interessen den Klasseninteressen der Großbourgeoisie, der imperialistischen Ideologie soweit wie möglich anzupassen“. (2) Wir wollen versuchen, in diesem Artikel einige stets wiederholte Inhalte antikommunistischer, völkerverhetzender Massenbeeinflussung aufzuspüren, vor allem jene, die dem Geist und Inhalt der Verträge von Potsdam, Moskau und Warschau widersprechen.

Kernstück der Geschichtsfälschung und des permanenten Versuchs, die Schuljugend der Bundesrepublik zum Haß gegen den Sozialismus zu erziehen, ist die Totalitarismus-Theorie, wie sie in den oben zitierten Richtlinien zum Ausdruck kommt. Sie besteht aus zwei Teilen: einer Darstellung der Erscheinungsformen des deutschen Faschismus und ihrer Übertragung auf die sozialistischen Länder.

Diese „Theorie“ geht davon aus, daß Kommunisten und Faschisten gemeinsam die Weimarer Republik zugrunde gerichtet hätten: „Da die Oppositionsparteien (NSDAP und KPD) zuletzt über mehr als 50 % aller Sitze im Reichstag verfügten, hatten sie jede demokratische Arbeit unmöglich machen können“ (3). Daß der Faschismus aufgrund bestimmter gesellschaftlicher Bedingungen entstand, daß er vom deutschen Finanzkapital an die Macht gebracht wurde, daß ihn eine einig handelnde Arbeiterklasse hätte verhindern können – davon wird im allgemeinen nichts gesagt.

Kein Wort also davon, daß bereits im Jahre 1919 die Ungarische Räterepublik zusammengeschossen wurde, daß 1924 in Bulgarien die revolutionären Erhebungen der Arbeiter und fortschrittlichen Bauern in Blut erstickt wurden. Kein Wort auch davon, daß seit 1929 mit Unterstützung der nationalen Bourgeoisie und des internationalen Ölkartells in Rumänien der faschistische General Antonescu herrschte, daß Pilsudskis Polen faschistisch war – und daß die fortschrittlichen Kräfte all dieser Völker

1945 Seite an Seite mit der Roten Armee die Truppen Hitlers aus dem Land warfen.

### Die „Zwangvereinigung“

Eine weitere Lüge der Geschichtsschreibung ist die hartnäckige Legende von der „erzwungene(n) Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei in der SBZ mit der Kommunistischen Partei“, auf Grund derer in der DDR jetzt der „sowjetische Staatsbürger“ Ulbricht „herrscht“ (Nebelsiek, S. 13).

Das „Argument“, Walter Ulbricht sei sowjetischer Staatsbürger, ist in den Schulen als „Beweis“ dafür angeführt worden, daß in der DDR „die Russen“ herrschen; wobei es für einen „guten Deutschen“ – das wird unausgesprochen unterstellt – natürlich eine Schande wäre, einen sowjetischen Paß zu besitzen.

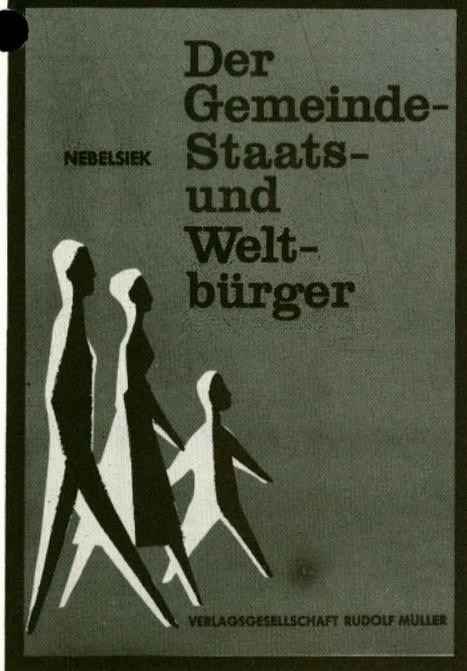
Eine der Hauptursachen für die „Machtergreifung“ des Faschismus in Deutschland war die Gespaltenheit, die Uneinigkeit des Handelns der deutschen Arbeiterklasse gewesen. Hunderttausende Kommunisten und Sozialdemokraten, die Arbeiter aller am Krieg beteiligten Länder mußten diese Zwietracht mit großen Opfern und Entbehrungen bezahlen. Die Lehre aus diesen 12 Jahren des Faschismus konnte also nur heißen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus in gemeinsamem Handeln alle Wurzeln des Faschismus – insbesondere seine ökonomischen – zu beseitigen hatten.

Während in der damaligen Ostzone sich KPD und SPD gemäß dem Willen der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder zu einer Partei vereinigen konnten, wurde diese Vereinigung in Westdeutschland durch die Besatzungspolitik des amerikanischen, englischen und französischen Monopolkapitals verhindert. Nachdem es bereits auf Orts- und Bezirksebenen (so in Hamburg, München, Bremen, Frankfurt und in einigen Orten des Ruhrgebiets) zu einer festen Aktionseinheit beider Parteien gekommen war, erhielten Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer alle Vollmachten und jede Unterstützung der Besatzungsarmeen zur erneuten Spaltung der Arbeiterklasse.

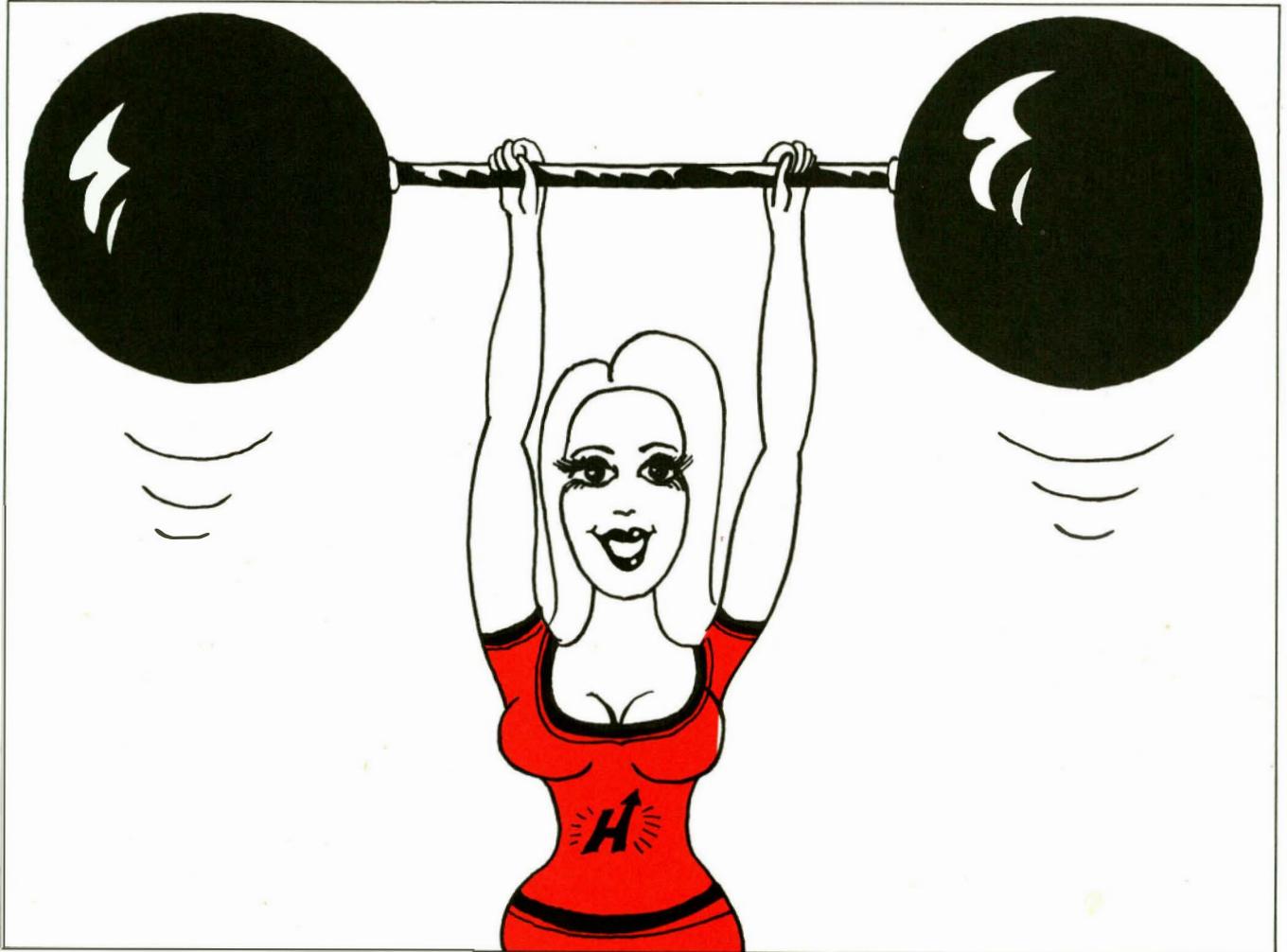
Also: in der DDR wurde diese Vereinigung von KPD und SPD nicht erzwungen, wohl aber in der heutigen Bundesrepublik von außen verhindert.

### Die Grenzen

Viele Geschichts- und Erdkundebücher, vor allem die in der Schule benutzten Atlanten, unterstützen – direkt oder indirekt – die Gebietsansprüche der Revanchistenverbände an die Sowjetunion, die VR Polen oder die CSSR. Landkarten werden grundsätzlich nur dann für den Gebrauch im Unterricht genehmigt, wenn sie Illusionen über den völkerrechtlichen Status des ehemaligen Ostpreußen oder Schlesiens wachhalten.



# Höchstqualität!



WENN ANDERE BEREITS NERVÖS WERDEN, DRUCKEN  
WIR IMMER NOCH QUALITÄT. HÖCHSTQUALITÄT!  
MIT EINEM WORT: HOSCH-QUALITÄT!  
DAS SCHAFFT FÜR SIE EIN JUNGES  
TEAM IN EINEM MODERN EINGERICHTETEN  
BETRIEB. WIR DRUCKEN: PLAKATE, ZEITSCHRIFTEN,  
BROSCHÜREN, PROSPEKTE VON DIN A6 BIS DIN A 1.

## **HOSCH** GMBH

6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Landstraße 78 a, Telefon: (0611) 57 10 51

HOSCH  heißt Höchstqualität

ese Gebietsansprüche werden durchgängig in den Texten der Lehrbücher wiederholt und vertieft. So werden unter dem Oberbegriff „Deutschland“ Landschaften behandelt, die seit 1945 weder zur Bundesrepublik noch zur DDR gehören; da reicht die „deutsche Ostseeküste“ von Kiel bis „Königsberg“ (Kaliningrad), da findet man „Schlesien und die Sudeten“.

Zugleich wird der Mythos des deutschen Wesens kultiviert: „Deutsche Ordensritter und Kaufleute haben die Ostseeprovinzen erschlossen“ – „Deutsche Siedler verwandelten die ostelbischen Gebiete in Kornkammern und Gemüseland“, heißt es in einem Erdkundebuch des Klett-Verlages (4).

Mit dem Begriff „erschlossen“ wird dabei die Eroberungspolitik deutscher Kaiser und Kleriker beschönigt, mit dem Wort „verwandeln“ verschwiegen, daß die slawische Urbevölkerung dieser Gebiete immer mehr zurückgedrängt und unterdrückt wurde, bis schließlich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts den Unterricht in den wenigen Schulen nicht einmal mehr in der eigenen Sprache durchführen durfte.

### Wir brauchen neue Schulbücher

Bücher wie diese verstoßen unverhohlen gegen die Gebote des Potsdamer Abkommens, den Faschismus in Deutschland endgültig auszurotten. Zugleich stehen sie auch im krassen Widerspruch zum Geist und Inhalt der Verträge, die in Moskau und Warschau unterschrieben wurden und in Prag vorbereitet werden. Im Kampf um die Ratifizierung und Verwirklichung dieser Abkommen muß erreicht werden, daß Schulbücher mit revanchistischem, völkerverhetzendem Inhalt endgültig aus den Klassenzimmern der Bundesrepublik verbannt werden.

Die Bundesregierung hat in Moskau und Warschau schriftlich die Unantastbarkeit und Unveränderlichkeit aller Grenzen in Europa, insbesondere die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR anerkannt. Sie wird diesen Unterschriften nicht nur mit der Ratifizierung der Verträge, sondern auch mit neuen Richtlinien für den Schulunterricht Rechnung tragen müssen.

Was not tut, ist eine demokratische Mitbestimmung der Öffentlichkeit, vor allem aber der Gewerkschaftsjugend und der anderen demokratischen Jugendverbände an der Konzipierung von Unterrichtsrichtlinien, an der Erarbeitung und Überprüfung von Schulbüchern. Diese Forderung hat im Jahr der arbeitenden Jugend besondere Bedeutung: es geht um den Einfluß der jungen Arbeiter und Angestellten, der Schüler und Berufsschüler auf die Bildungsinhalte selbst.

Die Düsseldorfer SDAJler haben mit ihrer eingangs geschilderten Aktion ein praktisches Beispiel dafür geliefert, wie man den Kampf um die Ratifizierung der bisher nur

unterzeichneten Verträge mit neuen Inhalten füllen kann. Ebenso die DKP in Mannheim: sie hat ein Einlegeblatt für alle Schul- und Lehrbücher herausgegeben, auf dem der Text des Moskauer Gewaltverzichtsabkommens und ein Brief Scheels an den sowjetischen Außenminister abgedruckt sind. Letzter Satz dieses Flugblatts: „Hiermit sind alle Inhalte dieses Buches, soweit sie dem Wortlaut und Sinn der vorstehenden Texte zuwiderlaufen, hinfällig.“ Ein guter Anfang im Kampf gegen die braunen Schulbücher wurde bereits Anfang 1970 in München gemacht. Dort forderten Vertreter der SDAJ, Falken und Jungsozialisten, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Humanistischen Aktion und des Deutschen Freidenker-Verbandes in einer gemeinsamen Erklärung den bayerischen Kultusminister auf, die „Unzulänglichkeiten“ der in Bayern benutzten Schulbücher zu beseitigen und die Öffentlichkeit bei der Lehrplangestaltung und der Prüfung von Unterrichtsmaterialien herzustellen. Solche Forderungen müssen durch Diskus-

sionen in den Klassenzimmern und Aktionen vor und in den Schulen weitere Verbreitung finden.

Zitate:

- (1) Autorenkollektiv: „Manipulation – Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie“, Dietz-Verlag, Berlin, 2. Aufl., S. 31
- (2) ebenda, S. 39
- (3) Karl Nebelsiek: „Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger – Ein Grundriß der Bürgerkunde und Sozialkunde“, Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld, 92.94 Aufl., 1967, S. 21
- (4) Drege/Bertram: „Von der Heimat zur Welt 1 – Deutschland – Ausgabe C“, Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart, Nachdruck 1. Aufl., 1968, S. 20

Zur weiteren Lektüre empfohlen: „Das Demokratieverständnis in unseren Schulbüchern“, herausgegeben vom Deutschen Freidenker-Verband, Landesverband Bayern, München 1970.

**3. Krieg?**

**niemals!**

**Weils um den Frieden geht:  
Grenzen anerkennen!  
Moskauer Vertrag ratifizieren!  
Sofort!**

**Auszüge aus dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnen hier in die westliche Zeit ihres Friedens, dem völkerrechtlichen Frieden aufzutreten und die Entscheidung zu erörtern.

Sie bekräftigen die Bestehen der Grenzbestimmung der Linie in Europa von der Ostsee bis zur Adria, die im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken festgelegt ist, und sie erklären, daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht durch die Unterzeichnung dieses Abkommens verändert werden soll.

Sie verpflichten sich, die territorialen Integrität der Staaten in Europa an ihrem höchsten Grenzen unantastbar zu achten.

Sie erklären, daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht durch die Unterzeichnung dieses Abkommens verändert werden soll.

Sie bekräftigen hiermit und bestätigen die Grenzbestimmung in Europa als unantastbar, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken festgelegt ist, und sie erklären, daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht durch die Unterzeichnung dieses Abkommens verändert werden soll.

Dieses Plakat ist für DM 4,- zu beziehen beim Weltkreisverlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

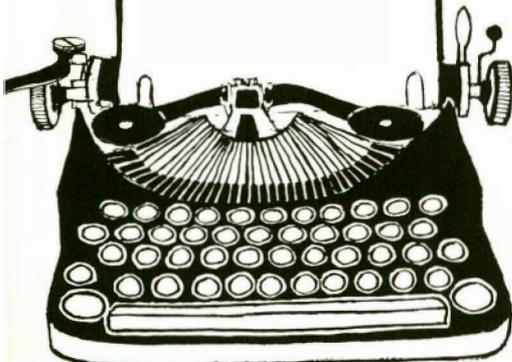
# POST

An Redaktion  
"elan"  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.  
Betrifft:  
Briefkontakte

Liebe Leser!  
Schreibt uns  
Eure  
Adressen-  
wünsche. Wir  
werden Euch  
gerne  
Anschriften  
aus den  
verschiedenen  
Ländern  
übersenden.



## Schuß frei!

Nochmal: „Aktion Widerstand“

Man traf sich in Würzburg. Die NPD lud ihre Mitglieder ein zur „Aktion Widerstand“. Ungefähr 4000 Ewiggestrige hörten sich markige Sprüche an. Die Fabel vom „Ausverkauf Deutschlands“ ist gemeinhin bekannt.

Neu waren die Parolen „Willy Brandt an die Wand!“, „Deutsches Land wird nicht verschenkt — eh' wird Willy Brandt gehenkt!“ und „Seit Moskau wissen wir's genau — Brandt heißt die Verrätersau!“

Das ist schlicht Anstiftung zum Mord, laut Strafgesetzbuch: lebenslänglich Zuchthaus.

Nach Bekanntwerden solcher Mordhetze müßten sich sämtliche Augen öffnen. Ein Großteil der Würzburger Zuhörer waren Jugendliche. Walter Rathenau wurde von jungen Nationalisten ermordet . . . Noch sind bei uns keine Politiker umgebracht worden, doch wie lange wird es noch dauern?

Die Schüsse auf den sowjetischen Soldaten in Westberlin galt, so gab der Attentäter bekannt, der Politik Brandts. Es gibt Beweismaterial, demzufolge der Attentäter der „Aktion Widerstand“ nahesteht. Der Deutsche-Attentäter war ebenfalls rechtsradikal. Der Pistolenheld Kolley ist Mitglied der NPD. Es wurden bereits ganze Waffenlager dieser neuen Nazis ausgehoben (Stern). Der potentielle Führernachfolger Franz Josef Strauß spricht ganz offen von Maschinenpistoleneinsatz und sagt außerdem: „Wer mich daran hindern würde an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen!“ (SPIEGEL).

Wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit wurde die KPD in der Bundesrepublik verboten. Die NPD jedoch und ihre Schwesterorganisationen, deren Mitglieder oder Anhänger zum Mord am Bundeskanzler aufrufen, deren Mitglieder oder Anhänger schon mehrfach Mordversuche aus politischen Motiven begangen haben, werden gefördert, weil nicht bekämpft.

Sind Demokraten in der Bundesrepublik noch sicher?

GÜNTER REICHWALD, Hamburg

Leider mußte ich wieder feststellen, daß die neonazistischen Kreise keine Mittel scheuen, die alten Zeiten wieder heraufzubeschwören. Noch ist es Zeit, diese Neopimpfe zu bekämpfen, doch schon morgen kann es zu spät sein. Alle Demokraten müssen gemeinsam gegen solche gesetzeswidrigen Gruppen vor-



*Серженту протестную резолюцию группы "Элан" и желаю всего прекрасного в борьбе за свои права против империализма, за мир, демократию и социальный прогресс  
Анатолий Филиппенко СССР*

Flieger-Kosmonaut Oberst Anatoli Filipchenko schrieb den Lesern des „elan“: „Ich grüße herzlich die Leser der Zeitschrift elan und wünsche der ganzen fortschrittlichen Jugend der Bundesrepublik Deutschland Erfolge im Kampf für ihre Rechte, gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.“

gehen, sie entlarven und zu Fall bringen. Gruppen wie „Aktion Widerstand“ und die NPD gehören verboten.

HELMUT T., München

## Rettet Angela Davis!

Unter eine Protestresolution an die Botschafter der USA sammeln Bielefelder SDAJler 59 Unterschriften.

Wir, die Unterzeichner dieser Resolution, fordern die unverzügliche und bedingungslose Freilassung der widerrechtlich eingekerkerten amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis!

Wir protestieren energisch gegen das ungeheuerliche Vorha-

ben der USA-Justiz Angela Davis in den kalifornischen Gefängnissen zu ermorden!

Um der immer stärker werdenden Widerstandsbewegung gegen die Politik Nixons und seiner Regierung einen Schlag versetzen, wollen die heischenden Kräfte in den USA Angela Davis ein Exemplar statuieren.

Angela Davis steht für alle fortschrittlichen USA-Bürger,

- die für eine sofortige Beendigung des Vietnamkriegs eintreten,
- die sich gegen die zunehmende Unterdrückung im Innern auflehnen,
- die für die Gleichberechtigung ihrer farbigen Mitbürger kämpfen,
- die für eine demokratische Umgestaltung der US-Gesellschaft sind!

Darum ist sie den Herrschenden unangenehm.

Wir wünschen uns ein in die weltweite Solidaritätsbewegung für die Freilassung von Angela Davis. Rettet Angela Davis!

I. A.  
ERNST-ECKHARD WIEBESIEK  
Bielefeld

Wer zu diesen Verbrechen schweigt, macht sich mitschuldig. Wir als junge Sozialisten sehen darin eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und eine Störung der gegenwärtig weltweiten Spannungsbemühungen.

Deshalb fordern wir

- die sofortige Freilassung von Angela Davis
- die Einstellung des Polizeiterroris gegen alle fortschrittlichen Kräfte in den USA und die unverzügliche Einstellung aller Aggressionshandlungen gegen das vietnamesische Volk und die Völker Indochinas.

I. A. KARIN ROHRIG, Göttingen

## NPD verbieten!

An den Bundeskanzler richtete einer der Mitunterzeichner der Studie „Soldat '70“ folgenden Brief:

Hiermit fordere ich Sie auf, ein Verbot der neonazistischen NPD wie auch der anderen neonazistischen Organisationen zu erwirken.

Als Soldat der Bundeswehr habe ich die Aufgabe, das Grundgesetz zu verteidigen und für Recht und Demokratie einzutreten. Ich möchte nicht, daß es mir so geht, wie dem Rotgardisten der Sowjetunion, auf dem am 54. Jahrestag der Oktoberrevolution in Westberlin ein Mordanschlag verübt wurde.

Solange es in der Bundesrepublik noch neonazistische Organisationen gibt, ist unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung in Gefahr. Herr Bundeskanzler, ich fordere Sie auf, daß Sie sich dafür einsetzen, daß die Täter, die den Mordanschlag verübten, aufs Härteste bestraft werden.

RÜDIGER RAGUSE,  
z. Z.ensburg

## Munitionsdepot

Die Landesjugendleitung der Naturfreundejugend des Saarlandes wandte sich an „elan“ mit einer Protesterklärung.

Kaum ein Jahr nach den Protesten der Warndbevölkerung

gegen das dort geplante Munitionsdepot erwägt die Regierung von neuem, Munitionsdepots in saarländischen Landschaftsschutzgebieten zu errichten. Wieder versucht man, hinter dem Rücken der Bevölkerung den notwendigen natürlichen Lebensraum der Menschen einzuengen.

Schon seit Wochen sind Holzfällerkommandos im Gebiet zwischen Urexweiler, Wustweiler und Dirmingen im Einsatz. Mit undemokratischen Methoden sollen hier Ziele verwirklicht werden, die den Interessen der Bevölkerung widersprechen; denn welchen Sinn haben nach dem Gewaltverzichtsvertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion Munitionsdepots? Die dafür vorgesehenen Gebiete können besser als Naherholungsgebiete genutzt werden. Nachdem die CDU im Saarland fest im Sattel der Regierung sitzt, kann sie es sich leisten, sich über die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung hinwegzusetzen. Nur durch gemeinsames Handeln aller sozial denkenden und fortschrittlichen Kräfte kann der Bau von Munitionsdepots verhindert werden.

MONIQUE BROQUARD  
Sulzbach/Saar

## Con-Son

Zu unserem „Report aus der Hölle“ im elan 12/70 schreibt eine Leserin:

Ich habe nie einen schrecklicheren Bericht über einen heute existierenden „Zustand“ gelesen wie den über die Hölle von Con-Son. Ich spüre dem Text an, daß hier eine Wort-für-Wort-Übersetzung stattgefunden hat, die die psychische Verfassung der Autoren tatsächlich ahnen läßt: cooler kann man über ein derartig total an die Wurzel der Existenz gehendes Erlebnis nicht schreiben. Die völlige Sachlichkeit scheint hier der einzige Schutz vor dem Tod zu sein.

Die psychische und physische Stärke und Ausdauer von Menschen ist nicht ausmalbar, die angesichts dieser höllischen Umstände sagen können: „Was für uns zählte, das war, den Wächtern sowie den ‚Verantwortlichen für Disziplin‘ standzuhalten“. Man kann diese Haltung nur erfassen, wenn man sie an sich selbst kennt.

Ich danke elan für diese „Information“, weil sie mir ein realistischeres Weltbild vermittelt und mir dabei hilft, zu einer realistischeren Einschätzung meiner selbst zu kommen.

BETTINA KUBY, München

## Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige Gelegenheiten, fabrikneu, Kofferschreibmaschinen, Saldiermaschinen, Rechenautomaten. Profitieren Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog II/286

**NÖTHEL AG** Deutschlands großes  
Büromaschinenhaus

34 Göttingen · Markt 1 · Postfach 601  
Telefon 620 08, Fernschreiber Nr. 096 - 893

Jagow versichert (fast) alles —  
auch Deinen Jugendclub und  
Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen  
2 Hamburg 73,  
Wildschwanbrook 95  
Tel. 678 0993

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:  
Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow  
Reisedienst  
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,  
Tel.: 229 96 66



„**Abonnenten**“  
**haben's besser:**

Ich bestelle ab \_\_\_\_\_  
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens  
ein Jahr, das Magazin für junge Leute  
elan.  
(Jahresabonnement 13 DM einschließ-  
lich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

... und dann  
einsetzen an:  
Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund, Brüderweg 16



# Bildlich ges

Uli Stein

„Wie steht es eigentlich bei Ihnen mit der Pressefreiheit im Inneren?“ fragte ich einen Springer-Redakteur und wollte es einmal aus seinem Munde erfahren.

„Der Artikel Fünf des Grundgesetzes“, sagte der ernst, „ist bei uns oberstes Gebot“, langte ein Grundgesetz hervor und begann feierlich zu zitieren: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern!“

„Ist ja auch ganz selbstverständlich“, setzte er hinzu, „schließlich arbeiten wir ja auch in seinem Auftrag, an seinen Zeitungen, nehmen sein Geld und sind seine Redakteure!“

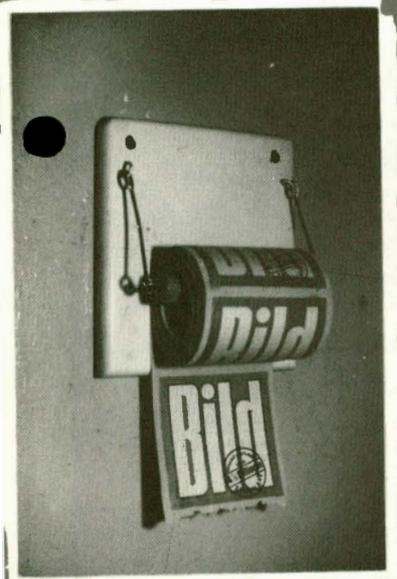
„Da bin ich aber beruhigt, entgegnete ich, „ich dachte schon, Ihre Kritiker hätten übertrieben!“ und machte, daß ich davon kam!

„Lügen haben kurze Beine, aber eine hohe Auflage“  
(Verleger-Weisheit aus dem Westdeutschen)

Nach der Lektüre eines BILD-Leitartikels tippte mein Nachbar auf den Namen P.B. und murmelte bitter: „Dieses Schwein!“ Ich sah ihn ernst an und widersprach. „Gut, er lügt, er hetzt und giftet. Aber Ihre Kritik ist nicht zutreffend. Ein Schwein ist immerhin ein friedliches Vieh.“



# Brochen



Als Verleger Springer seinen Redaktionsstab zusammenstellte, hatte er die Wahl unter vielen begabten Männern eines Volkes von Dichtern und Denkern. Er wählte die Dichter.

## Gendarstellung

Es ist unrichtig, daß jede zweite Zeile in BILD erlogen ist. Richtig ist vielmehr, daß jede zweite nicht erlogen ist!

„Er lügt, daß sich die Balkenüberschriften biegen!“  
(Volksmund)

„Ich war heute beim Frisör“, berichtete die Gattin ihrem Mann, „er hat überall etwas weggenommen, vorn und hinten ein bißchen gekürzt, oben ein wenig gestutzt, dann alles eingedreht, damit es gut sitzt, dann gefärbt und zuletzt schön hoch toupiert. Was hast du denn heute vormittag gemacht?“

„Dasselbe“, antwortete er. Er war BILD-Redakteur.

„Müde von der Hetze des Alltags steht der Vater am Abend in der Tür!“

(Aus dem Schulaufsatz eines BILD-Redakteur-Sohnes)



## Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas



## Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques

Dieses Referat und Material soll alle, die sich im Kampf gegen die faschistische Kolonialmacht Portugal engagieren, in die Lage versetzen, selbst als Referenten, Diskutanten oder Teilnehmer an Forumgesprächen aufzutreten.

Es soll helfen, Antworten auf solche Fragen zu geben, wie:

Welche Auswirkungen hatte die portugiesische Kolonialpolitik auf die afrikanische Bevölkerung?

Welcher Methoden bedient sich der portugiesische Kolonialismus?

Welche ökonomischen Interessen hat die BRD in diesen Gebieten?

Wer unterstützt mit welchen Mitteln die portugiesische Regierung bei ihrem Kolonialkrieg?

Erschienen als Sonderdruck des Antiimperialistischen Informationsbulletin.

(Für Abonnenten des AIB 33% Ermäßigung) Preis: 3,— DM

Bestellungen an:

„Antiimperialistisches Informationsbulletin“

p. A. Barbara Schilling,

3550 Marburg/Lahn, Liebigstr. 46

## Reportage

Kurt und Jeanne Stern

# Bevor der Morgen graut

Vietnam zwischen Krieg und Sieg

46 Fotos

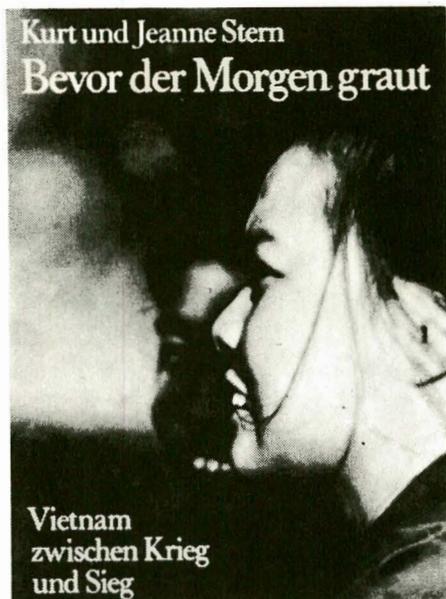
268 Seiten, 16 Tafeln

Leinen

7,50 M

1. Auflage 1969

Lesealter: ab 14 Jahre



„Die Jacht fuhr durch den silbrigen Morgendunst, uns war, als schwebten wir zwischen Himmel und Wasser, schwerelos, zeitlos. Die Dschunken sahen zuweilen wie Miniaturfelsen aus und manche Felseninseln wie Riesendschunken.“ So sahen Kurt und Jeanne Stern die Bucht von Ha-Long mit ihren dreitausend aus dem Chinesischen Meer aufragenden Felsenriffen, mit ihrer berg- und waldreichen Küste und einem herrlichen Strand: ein Touristenparadies der Zukunft – nach dem Sieg.

Doch nicht als Touristen sind die Autoren, deren erstes Vietnam-Buch „Reisfelder-Schlachtfelder“ 1967 wenige Wochen nach Erscheinen vergriffen war, zum zweitenmal nach Vietnam gefahren. Auf Einladung der Regierung der DRV haben sie die bei ihrem ersten Besuch gesammelten Kenntnisse und Eindrücke erweitert und vertieft. „Tag für Tag hatten wir in den Zeitungen, am Rundfunk, vor dem

Bildschirm die Nachrichten über die immer zügelloser werdende Eskalation des amerikanischen Krieges verfolgt. Daher unsere Beklommenheit im Flugzeug von Peking nach Hanoi: Wen und was werden wir unverseht wiederfinden? Wir fürchteten uns vor den Spuren eines apokalyptischen Jahres im täglichen Leben, im liebevoll gewonnenen Bild der Städte und Dörfer, in den vertrauten Gesichtern unserer Freunde und Genossen. Dann waren wir da, weilten viele Wochen in der Hauptstadt selbst, machten zwischendurch verschiedene Reisen durchs Land, stellten die Geduld unserer zahllosen Gesprächspartner – alte und neue Bekannte, Nord- und Süd-vietnamesen, Arbeiter, Künstler, Staatsmänner – durch endloses, oft wohl als indiskret empfundenes Fragen auf eine harte Probe, sahen, hörten, beobachteten über drei Monate lang die verschiedensten, für uns neuen Aspekte der vietna-

mesischen Wirklichkeit, erlebten die entscheidende Phase des Krieges: den Übergang vom Krieg zum Sieg, die erstaunlichen, noch unter Bomben in Angriff genommenen Vorbereitungen für die Nachkriegszeit auf allen Gebieten: Industrie und Landwirtschaft, Medizin und Volksbildung, Kunst und Wissenschaft.“

### Wichtig:

Diese Reportage, äußerst aktuell und von hohem Informationswert, beantwortet eine Fülle von Fragen der Bürger, die täglich mit dem vietnamesischen Volk Solidarität üben. Kurt und Jeanne Stern haben Vietnam gesehen und sind in die Probleme des Landes eingedrungen. Sie wissen, worauf die Siegesgewißheit der Vietnamesen beruht, und können – frei von allem Pathos – die Motive ihres bewundernswerten Heldentums analysieren.

Unsere Veröffentlichungen können in Westdeutschland, in Westberlin und im Ausland über den Buchhandel bezogen werden.

Bestellungen nehmen auch die Firma Deutscher Buch-Export und -Im-

port GmbH, DDR - 701 Leipzig, Postfach 160 und der Verlag entgegen.

Im sozialistischen Ausland können Bestellungen nur über die Buchhandlungen für fremdsprachige Literatur erfolgen.

VERLAG NEUES LEBEN BERLIN

Der Verlag der jungen Generation  
DDR - 108 Berlin  
Postfach 1223  
Telefon: 20 02 11

**Ein atemberaubendes Buch eines außergewöhnlichen Autors.  
Die ungeschminkten Aventure eines ehemaligen Kriminellen, aufgezeichnet von ihm selbst.  
Ein Buch über das Abenteuer der Menschwerdung, ein Bericht von kompromißloser Aufrichtig-  
keit! Die erste Veröffentlichung im deutschen Sprachgebiet!**

Aus dem Russischen von Harry Burck. Mit einer Vorbemerkung von Marietta Schaginjan.  
276 Seiten · Leinen 6,80 M

„... Etwas durchzieht wie ein Faden dieses ungeheure Kaleidoskop eines verzweifelten, eines verruchten Lebens – der Flüchtende bringt es zuwege, die Aufzeichnungen zu bewahren, seine jammervoll zerfledderten Hefte. Dutzende Male, sobald das Papier vor Altersschwäche zu zerfallen droht, schreibt er seine Aufzeichnungen neu in ungelenker Kinderschrift. Er wühlt sie im Sand ein und holt sie bei erster Gelegenheit wieder hervor. Dieses Bemühen um die Tagebuchaufzeichnungen, dieser unabdingbare Wunsch, sie als sein Wertvollstes zu erhalten, signalisiert etwas zutiefst Menschliches: den Hang, um jeden Preis die Wahrheit festzuhalten...“

Marietta Schaginjan

# **Aufzeichnungen aus der Unterwelt Ahto Levi**

*Ich war  
der Canale Wolf*

**Verlag Volk und Welt Der Verlag für internationale Literatur DDR  
108 Berlin, Glinkastraße 13-15**

# IM WINTERGRUND

